

UNIVERSITY OF TORONTO



3 1761 00457919 9

Joos, Josef  
Die sozialdemokratische  
Frauenbewegung in Deutschland

HQ

1623

J6

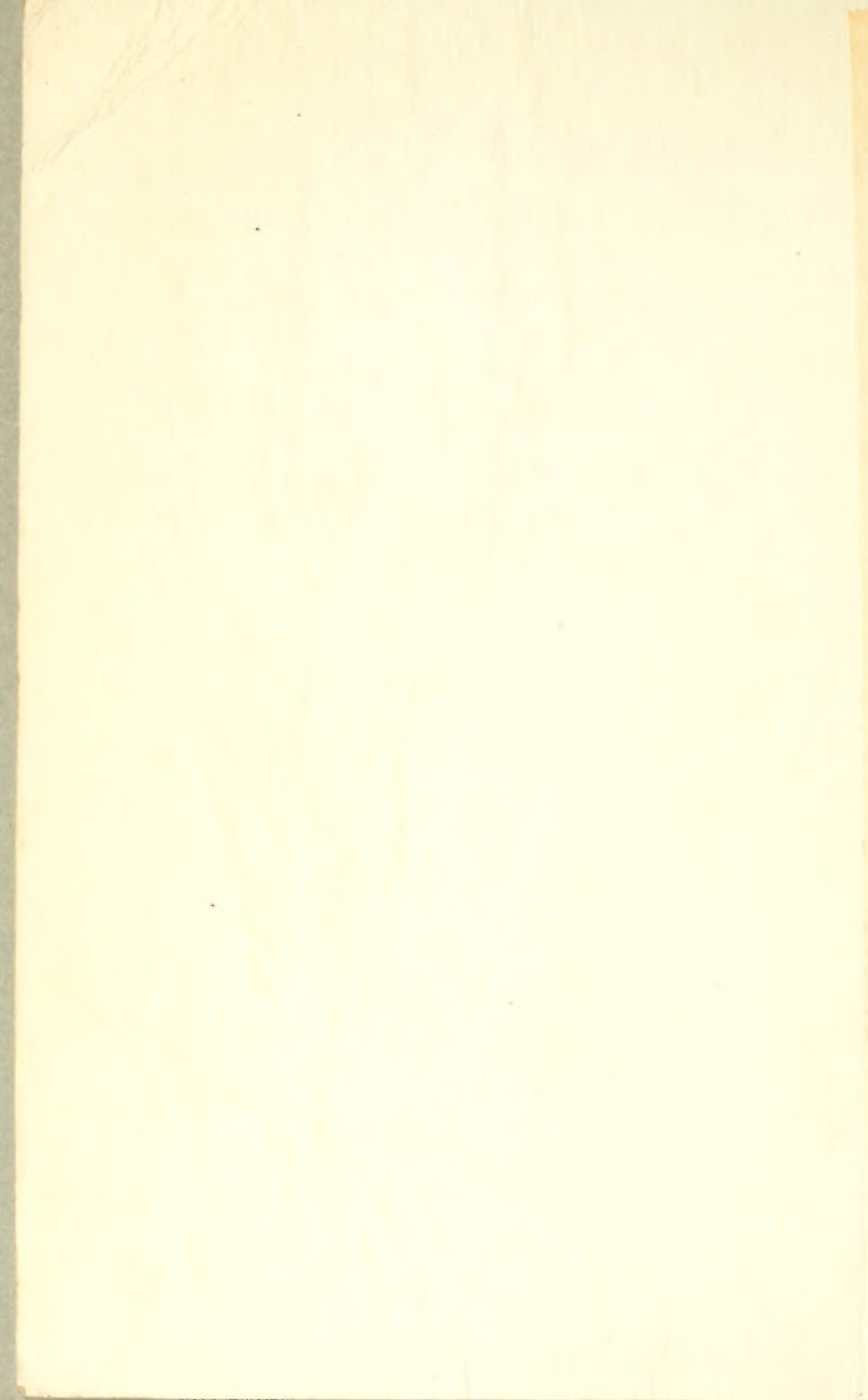


J. ZOOS

Die sozialdemokratische  
Frauenbewegung



Volksvereins-Verlag GmbH. M. Gladbach



# Die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutschland

Von Joseph Joos

M. Gladbach Volksvereins-Verlag GmbH. 1912

HQ  
1623  
J6



# Inhaltsverzeichnis

## Einleitung

### I. Der Aufbau

#### A. Bis 1890

1. Frauenfrage und Partei . . . . .	10
2. Die Gewerkschaften . . . . .	12
3. Verlegenheitsgründungen der Frauen . . . . .	12

#### B. Ein weiteres Jahrzehnt

1. „Die Arbeiterin“ . . . . .	14
2. „Die Gleichheit“ . . . . .	14
3. Gründung auf Gründung . . . . .	15
4. Zähle Bemühungen in Partei und Gewerkschaft . . . . .	16

### II. Die Frauenkonferenzen

#### Von 1900 bis zum Erlass des Reichsvereins- gesetzes 1908

Mainz 1900 . . . . .	31
München 1902 . . . . .	34
Bremen 1904 . . . . .	36
Mannheim 1906 . . . . .	39
Die erste internationale Frauenkonferenz . . . . .	42
Nürnberg 1908 . . . . .	45

### III. In der Partei

Organisation, Agitation, Bildungsbestrebungen . . . . .	49
Über die Broschürenliteratur der sozialdemokratischen Frauenbewegung . . . . .	55
Die zahlenmäßige Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Frauenorganisation seit 1908 . . . . .	56

#### IV. Sozialdemokratische und bürgerliche Frauenbewegung

#### V. Sozialdemokratische Frauenbewegung und Kulturfragen

Religion, Kirche, Schule . . . . .	69
Ehe und Familie . . . . .	73

### Schluß

#### Anhang

1. Die weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei nach Agitationsbezirken und im Verhältnis zu den männlich Organisierten in den Jahren 1911 und 1912 . . . . .	83
2. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften im Verhältnis zur gesamten Mitgliederzahl . . . . .	84
3. Der weibliche Mitgliederbestand 1910/11 in den einzelnen sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden . . . . .	85





„Wohl schon seit einem Viertelsjahrhundert spricht man in Deutschland von einer Frauenbewegung, deren Anhängerinnen bemüht sind, die gleiche Stellung des Weibes mit dem Manne zu erringen. Die Gesetze unseres Landes stellen die Gattin und Mutter nicht auf gleiche Stufe mit dem Manne, sondern weisen ihr eine Stellung an, welche durchaus nicht im Einklang steht mit ihren vielen und großen Pflichten gegen Staat, Gesellschaft und Familie. Gewerbetreibende Frauen haben Steuern zu zahlen wie die Männer, sie sind verantwortlich gegenüber Gesetzen, an deren Beratung sie nie teilnehmen dürfen. Und trotzdem stellt das Gesetz das Weib auf eine Stufe mit unmündigen Kindern. Kurz, das deutsche Weib besitzt — wie die Sklaven — nur Rechte, die man ihm aus Güte bewilligt.“

Als Emma J h r e r, eine der ersten Führerinnen der sozialistischen Frauenbewegung Deutschlands, diese Worte niederschrieb<sup>1)</sup>, da war die Scheidung zwischen bürgerlicher Frauenbewegung und „proletarischer“ längst Tatsache. Die erste bürgerliche Gründung, der „Allgemeine deutsche Frauenverein“, fällt in das Jahr 1865, der erste „Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung der Proletarierfrauen“ ward 1869 bereits in Berlin gegründet. Es nützte dem „Allgemeinen deutschen Frauenverein“ nichts, daß er sich neben dem Bestreben nach Erweiterung der weiblichen Erwerbstätigkeit in etwa auch den Interessen der Arbeiterinnen zuwandte; es nützte dem 1866 gegründeten „Letzteverein“ nichts, als er 1877 die statutarische Bestimmung, sich nicht mit den in den Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen, Dienstboten, Wäscherinnen usw. zu befassen, aufhob. Es war zu spät. Die „proletarischen Frauen“ hatten sich bereits auf die Formel festgelegt, an der sie bis heute festgehalten: „Die Frauenbewegung ist keine besondere Bewegung, sie ist ein Teil der allgemeinen sozialen Frage, die nur der Sozialismus der Sozialdemokratie lösen kann.“

Die deutsche Frauenbewegung im allgemeinen hatte es nicht leicht, über die Berge von Vorurteilen und mißverständlichen Auffassungen hinüberzukommen, die ihr im Wege lagen und zum Teil heute noch Schwierigkeiten bereiten. Dazu kamen die in den verschiedenen Bundesstaaten bis 1908 konservierten vereinsgesetzlichen Bestimmungen, die den

<sup>1)</sup> „Die Organisation der Arbeiterinnen Deutschlands, ihre Entstehung und Entwicklung“, 1893, Einleitung.

Frauen sowohl die Teilnahme an Versammlungen wie die Vereinigung in mehr oder weniger politischen Vereinen ungemein erschwerten. Preußen, Bayern, Braunschweig, Lippe, die beiden Neuß und Anhalt unterfügten in ihren Vereinsgesetzen weiblichen Personen ohne weiteres die Teilnahme an politischen Vereinen. Organisationen, die sich in den durch § 152 der Gewerbeordnung gezogenen Schranken hielten, sollten zwar nicht unter den Begriff „politische Vereine“ fallen. Indes machten einzelne Behörden immer wieder den Versuch, aus Unkenntnis oder mit Absicht, auch berufswirtschaftliche Organisationen als „politische Vereine“ zu betrachten und demgemäß zu behandeln. Allerdings gaben die gewerkschaftlichen Bestrebungen der proletarischen Frauen, die noch ausgeprägter wie bei ihren männlichen Genossen jederzeit in innigem Zusammenhang standen zu politisch-sozialdemokratischen Zielstreben, den Behörden vollauf Handhaben dazu.

So bestimmte lange Zeit, um im Stile sozialdemokratischer Geschichtsschreibung zu reden, „eine doppelte Entrechtung“ die Formen der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Dabei rangen ihre Wortführerinnen ebenso lange Zeit mit nur mäßigem Erfolg sowohl in der politischen Partei wie in den Gewerkschaften um Verständnis und um Einfluß.

Wenn sich die sozialistische Frauenbewegung allen Schwierigkeiten zum Trotz dennoch durchgesetzt hat, so legt das Zeugnis ab von der Energie und der Fähigkeit ihrer Führerinnen, namentlich der spätern Führerin und überragend leitenden Persönlichkeit Klara Z e t k i n. Freilich half ihnen die wirtschaftliche Entwicklung. Sie riß unbarmherzig immer weitere Millionen von Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben hinein. Diese Tatsache trug ihre Logik zugunsten einer Frauenbewegung in sich selbst. Hernach kam der sozialdemokratischen Frauenbewegung die Massenverstärkung der männlichen Organisierten in Partei und Gewerkschaft zustatten. Von ihren wachsenden Machtmitteln finanzieller und agitatorischer Art profitierte auch sie, deren Presse und Bildungsmittel kamen auch ihr zugute. Schließlich wirkte in den sozialistischen Domänen das Schwergewicht der Zahl für die weitere Entwicklung.

Wollen wir die sozialdemokratische Frauenbewegung in ihrer Eigenart erkennen und in ihrem geschichtlichen Werden und Aufsteigen verfolgen, dann müssen wir unsern Blick richten auf die beiden Zweige der modernen sozialdemokratischen Bewegung, auf Partei und Gewerkschaften. In beiden Organisationsformen sehen wir von Anfang an ein und die selben Personen am Werk, hier für die politische, dort für die berufswirtschaftliche Erfassung der Frauen und Mädchen wirkend, immer im Geiste des revolutionären Klassenkampfes. In der „proletarischen Frauenbewegung“ waren Partei und Gewerkschaften

immer „eins“ in dem Sinne, als der Partei, der Trägerin des Geistes und der Quelle des Lebens, die erste Stelle eingeräumt war. „Denn“, so lautet ein Wort Clara Zetkins, „von den Gewerkschaften gilt wie von der Taufe: Wasser allein tut's freilich nicht, sondern der Geist Gottes, der mit und bei dem Wasser ist. Mit andern Worten: Die Organisation allein tut es nicht, es muß in ihr der klassenbewußte, revolutionäre, proletarische Kampfesgeist lebendig sein.“<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1905, 68.

# 1. Der Aufbau

A. Bis 1890

1. Frauenfrage und Partei. Als bei der Beratung des Parteiprogramms auf dem Coningresskongress zu Weitha 1875 die Forderung des Wahlrechts der Frauen auf der Tagesordnung stand, führte „Genosse“ Hasselmann u. a. aus: „Was das Wahlrecht der Frauen betrifft, so muß man unterscheiden, was für die Verhältnisse der Gegenwart und die der Zukunft zählt. Es ist rechtlich eine Unrechtfertigkeit, daß ein Teil der Menschen benachteiligt ist, und im sozialistischen Staate muß es vollständig entfernt werden. Das Weib ist aber heute im allgemeinen noch weit zurück, weil seine Erziehung schlechter ist als die des Mannes.“ Bebel<sup>1)</sup> widerspricht ihm. Wenn die Frauen heute noch nicht genügend gebildet wären, das Wahlrecht zu gebrauchen, dann müßte man eben dahin streben, daß sie es würden. Und dies geschehe eben dadurch, daß man ihnen das Wahlrecht gibt, „damit sie sich in der Verwendung desselben üben“. Er stellte also den Antrag, in das Programm der Partei die Forderung

1. Bebel zählt überhaupt zu den ersten führenden Sozialdemokraten, die sich um Aufrüttelung und Organisierung der Frauen bemüht haben. In seinen Lebenserinnerungen („Aus meinem Leben“ 2. Teil) erwähnt er beiläufig, daß vom Anfang seiner Agitation an „die Frauen ein nicht unerhebliches Contingent zu den Versammlungsbesuchern stellten, die nachher eifrige Agitatorinnen für uns wurden“. Im Oktober 1876 zu Beginn des Wahlkampfes ließ Bebel in Leipzig eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Stellung der Frau im heutigen Staat und zum Sozialismus“. „Obgleich wir“, so erzählt er, „den größten Saal Leipzigs zur Verfügung hatten, sahte er nicht die Masse der herbeiströmenden Zuhörer, von denen viele wieder wegen Mangel an Raum umkehren mußten. Die Frauen waren sehr zahlreich vertreten. Ich setzte ihnen u. a. auseinander, welche lebhaftes Interesse auch sie an den bevorstehenden Reichstagswahlen nehmen müßten: da sie aber vorläufig kein Wahlrecht besäßen, sei es ihre Aufgabe, agitatorisch in den Wahlkampf einzugreifen und ihre Männer und wahlberechtigten Verwandten für die Beteiligung an der Wahl anzutreiben, und zwar zugunsten der Sozialdemokratie, die für ihre volle politische und soziale Gleichberechtigung eintrete. Die Versammlung verlief nach Wunsch; es war die erste Versammlung, in der die Frauen zur politischen Beteiligung bei einer Wahl aufgefordert wurden.“ (l. a. S. 381.

des allgemeinen usw. Wahlrechts für die Angehörigen beiderlei Geschlechts aufzunehmen. Der Kongreß lehnte diesen Antrag ab.<sup>1)</sup>

Auch in der sozialdemokratischen Partei und in ihren Gewerkschaften wurden damals die Frauen als „nicht voll“, „nicht reif“ angesehen. Bis in die letzten Jahre hinein begegnen wir den Klagen der Frauen über eine achselzuckende und leichte Behandlung ihrer Bewegung. „Nirgendwo“, äußerte „Genosse“ v. Volkmar in seiner Begrüßungsrede zur zweiten Konferenz sozialdemokratischer Frauen noch 1902, „ist das Vorurteil, das von altersher überkommen, das sich so gern als Natur ausgeben möchte, so stark und widerstandskräftig als auf dem Gebiet des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frau.“

„Es wird leider von den Männern noch alles in einen Topf geworfen, was von den Frauen ausgeht,“ klagte Frau Steinbach (Hamburg) auf dem Haller Parteitag 1890. Der hochangesehene „Genosse“ Ignaz Auer erwiderte hierauf etwas spöttlich:

„Es ist eigentlich bedauerlich, daß die Frauen gar so viel zu klagen haben. Das liegt doch wohl nicht am mangelnden Entgegenkommen seitens der Parteigenossen, sondern vielleicht sind die Frauen auch in etwas pessimistischer Stimmung. Ihre Bewegung hat ja wirklich noch nicht die Ausbreitung, die wir alle ihr wünschen, und je kleiner die Bewegung ist, je mehr sie noch in den Kinderstube steckt, desto mehr machen sich innere Zwistigkeiten, kleinliche Nörgeleien und ein gewisses Gefühl des Unbefriedigtseins geltend. Es scheint mir, daß auch die Leiterinnen der Frauenbewegung bei uns nach und nach dahin gekommen sind, daß sie über die Dinge, die sie selbst reformieren und bessern sollen, in Uneinigkeit geraten und nun uns armen Männern die Schuld dafür geben, daß sie sich untereinander nicht vertragen können“ (Prot. 229).

Es handelte sich in der Debatte auf diesem Haller Parteitag darum, den Frauen eine Betätigungsmöglichkeit innerhalb der Partei zu verschaffen. 1877 hatte die Sozialdemokratie ihre Parteiorganisation aufgelöst und unter dem Sozialistengesetz ohne Organisation weiter gelebt. Als 1890 das Sozialistengesetz gefallen war, schuf sich die Partei eine neue Organisation. Danach sollte jeder als zur Partei gehörig betrachtet werden, „der sich zu den Grundätzen des Parteiprogramms“ bekannte „und die Partei nach Kräften“ unterstützte. In Rücksicht auf das in Preußen und manchen andern Bundesstaaten noch (bis 1900) zu Recht bestehende sogenannte „Verbindungsverbot“ — politische Vereine durften nicht mit-

<sup>1)</sup> Erst 1891, als das heute noch gültige Erfurter Programm geschaffen wurde, fand die Gleichberechtigung der Frau Anerkennung, und erst der Parteitag zu Dresden 1903 stellte als Aufgabe heraus, daß „bei allen Kämpfen des Proletariats das Frauenwahlrecht gefordert, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden“ mußte.

einander in Verbindung treten — richtete man sich so ein, daß in den einzelnen Reichstagswahlkreisen in öffentlichen Versammlungen zwecks Wahrnehmung der Parteinteressen Vertrauensmänner gewählt wurden. Um nun auch den Frauen, die nach den landesgesetzlichen Bestimmungen verschiedener Bundesstaaten weder in die Parteivereine aufgenommen wurden noch an den öffentlichen Versammlungen der männlichen Parteigenossen teilnehmen konnten, eine Möglichkeit zur Anteilnahme am Parteileben zu geben, wurde dem Organisationsstatut ohne Beschränkung bei, laut der in besondern Frauenversammlungen weibliche Vertreter als Delegierte auf den Parteitagen geschickt werden konnten. Diese Möglichkeit wurde von den Frauen freudig verteidigt, und mußte es, wie wir später sehen werden, bis anderwärtige sich herausgebildet hatten.

2. Die Gewerkschaften. Lagen vorderhand für die politische Partei hinsichtlich der Einbeziehung der Frauen die größten Schwierigkeiten und nicht einmal ein dringendes Bedürfnis vor, so war die Sachlage für die Gewerkschaften wesentlich anders. Die Berufsorganisationsformen bekamen bereits im vollen Umfange die Wirkungen der steigenden Frauenerwerbstätigkeit zu spüren. Man hätte annehmen sollen daß der Weibante, auch bei erwerbstätigen Frauen und Mädchen in der Verbändelbewegung, ihr Einwirken und Trachten ganz und gar beschäftigt hätte. Dem war aber nicht so. Die Gewerkschaften der damaligen Zeit waren noch kein festes Wesen, standen in ihrer Abhängigkeit und hatten mit der Protaganda des Gewerkschaftsbundes unter den männlichen Arbeitern Übergang zu tun. Der Geneigtheit, unter den erwerbstätigen Frauen Anstaltsorten zu errichten, stand aber vor allem die Illusion entgegen, die noch allenthalben anzutreffen war und bis in neuere Tage die Gemüter beherrschte, es wäre diese Erwerbstätigkeit der Weiblichen doch nur eine vorübergehende Wirtswanderung, jedenfalls ein Mittel, das bekämpfungswert sei. Frauenarbeit war Lehndrud und gefährliche Konkurrenz für die männliche Erwerbsarbeit. Darum liefen die Bestrebungen der männlichen Erwerbstätigen lange Zeit ausschließlich auf Beschränkung der schlecht bezahlten weiblichen Arbeit hinaus. Andererseits fürchteten die Gewerkschaften durch Aufnahme der Frauen veremagteselblichen Schwächen zu begehen, in der Ausübung zu verfallen. Noch steckten ihnen die Drangsale der Zeit des Sozialistengesetzes in den Knochen. Erst 1901, auf dem Kongress in Kauterstadt, als die Gewerkschaften sich zu Zentralverbänden vereinigen und festes Wesen gewannen, entschlossen sie sich zu weiterem.

3. Verlegenheitsgründungen der Frauen. Inzwischen waren die Frauen nicht untätig gewesen. Mit und ohne Hilfe

ihrer männlichen Genossen suchten sie Frauenvereinigungen der verschiedensten Art zu gründen. Im Vordergrund stehen die Bemühungen der Berliner „Genossinnen“.

Der Verein von 1869 wurde bereits erwähnt. Er mußte sich 1871 auflösen, ohne bleibende Spuren zu hinterlassen. 1872 folgte eine Neugründung. Sie „fiel aber nach einigen Jahren in eine der zahlreichen Fanggruben, welche das Vereinsgesetz für alle Unerfahrenen vorgesehen“ hat; sie verfiel der polizeilichen Auflösung „wegen Beschäftigung mit Politik“. Der Vorstand wurde zu hohen Geldstrafen verurteilt.<sup>1)</sup> Im Jahre 1882 machten Berliner Damen der besitzenden Klassen in öffentlicher Versammlung den Versuch, Arbeiterinnen für die Besserung ihrer Lage zu interessieren. Am selben Abend erhoben aber die Sozialistinnen ihre Stimme: „Proletarierfrauen, vereinigt euch!“ Es schlossen sich sofort gegen 500 Frauen und Mädchen unter dieser Parole zusammen. In Berlin erstanden nicht weniger wie drei von Sozialistinnen gegründete Vereine. Alle drei wurden polizeilich aufgelöst und die Vorstände bestraft. Streiterinnen derselben Vereine waren es, die 1885 den „Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen“ ins Leben riefen, der bald großen Aufschwung nimmt und eine außerordentliche agitatorische Tätigkeit entfaltet. Er richtet besondere Kommissionen ein für die einzelnen Berufszweige, und diese sammeln Material über die Lage der Arbeiterinnen der betreffenden Industrien, bringen es an die Öffentlichkeit und interessieren diese für die Aufbesserung der Verhältnisse. Es kommt damals auch schon zu einer rein gewerblichen Frauenorganisation, dem „Verein der Mäntelnäherinnen“. Er bietet Rechtsschutz, ärztliche Hilfe und Arbeitsnachweis und petitioniert im Sinne seiner Aufgaben. 1886 kommt ein „Streikerlaß“ (Puttkammer); alle genannten Vereine verfallen der Auflösung. Damit tritt die sozialistische Arbeiterinnenbewegung Berlins wieder für einige Zeit in den Hintergrund. Aber die Bewegung verflüchtigt sich nicht. Als Mitglieder der 1884 zwecks Umgehung des Sozialistengesetzes gegründeten „Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen“ (Sitz Offenbach) fanden die Treugebliebenen in Berlin und andern Städten Anlaß und Gelegenheit, zusammen zu kommen und die angeknüpften Verbindungen aufrechtzuerhalten. Die Berliner „Genossinnen“ erzwangen sich durch zahlreiches Erscheinen in öffentlichen politischen Versammlungen das bis dahin den Frauen durch das Gesetz verweigerte Recht zur Teilnahme an solchen Versammlungen.<sup>2)</sup>

Auf dem Pariser internationalen Sozialistenkongreß von 1889 ließen sich die sozialistischen Frauen und Mädchen durch Emma J h r e r und

<sup>1)</sup> Vgl. J h r e r, Die Organisation der Arbeiterinnen Deutschlands 4.

<sup>2)</sup> B e r n s t e i n, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 371.

Klara Zetkin vertreten. Die Berichterstattung über den Kongress gab Gelegenheit zur Wiederaufnahme der öffentlichen Agitation und Organisation der Organisation. Eine Agitationskommission wird gebildet.

Witterweise erscheinen die Arbeiterreligiose Arbeiter Wilhelm II. Am 10. Mai 1890 besuchen zwei sozialdemokratische Frauen den preussischen Minister des Innern (v. Hertwich) und erwirken, daß von da ab die von Frauen für Frauen einberufenen Versammlungen nicht mehr untersagt werden. Auch sonst wird etwas mehr Freiheit gegeben, die Frauen nutzen diese nach Möglichkeit aus. Es entstehen einige gewerbliche Arbeiterinnenvereine. Alle betonen streng ihren unpolitischen Charakter. Zwei Vorkämpferinnen aber beteiligen sich intensiv am sozialdemokratischen Parteileben. Auf dem Parteitag in Halle erscheinen außer Frau Steinbach Emma Ihrer und noch zwei weitere weibliche Delegierte. Dort wird man sich über die Notwendigkeit eines besondern Organs für die sozialistische Arbeiterinnenbewegung klar.

## B. Ein weiteres Jahrzehnt

1. „Die Arbeiterin“. Anfangs 1891 erschien in Hamburg die Zeitschrift „Die Arbeiterin“, der erste geistige Mittelpunkt der sozialistischen Frauenbewegung. „Zem Hauptzweck für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes auf wirtschaftlichem und volkswirtschaftlichem Gebiete“ will das Organ dienen.

„Wir haben lange gewartet“, heißt es in dem Aufruf, „bevor wir auf den von allen Zeiten laut gewordenen Wunsch, eine speziell für die Frauen bestimmte Zeitung herauszugeben, eingingen. Es ist aber nicht das erstemal, daß ein solches Unternehmen versucht wird und guten Erfolg hat. Bereits in der ersten Hälfte der 80er Jahre gab Frau Guillaume Schad „Die Staatsbürgerin“ heraus (Organ für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes), und seitdem dies nach kaum einjährigem Erscheinen ebenfalls dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, verband uns nur der gleiche Gedanke, das gleiche Streben miteinander, das Streben nach der völligen Selbstständigkeit, auch der Frau.“

Im übrigen ist von „Anskentung der Frau“ und vom „weiblichen Teil des Proletariats“ die Rede. Das Wort Sozialismus fällt nicht. Es unterzeichnen: Frau Klara Zetkin (Paris), Frau Marx-Aveling (London), Frau Stanislu, Frau Guillaume-Schad. Noch aber war die Bewegung zu schwach, um aus eigener Kraft ein Blatt zu halten. Nach Kollerschick stellt „Die Arbeiterin“ ihr Erscheinen ein. Klaret aber sofort Erfolg in der „Gleichheit“. Im Herbst des Jahres in Stuttgart abgenommen mit Klara Zetkin als Redakteurin, während Emma Ihrer noch mehrere Jahre als Herausgeberin zeichnet.

2. „Die Gleichheit“. Am 28. Dezember 1891 erscheint die Probnummer des neuen sozialistischen Frauenorgans, des Blattes,



das bis zum heutigen Tag tatsächlich Mittelpunkt der geistigen Bestrebungen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands und geistiges Band geblieben ist, „Die Gleichheit“. Hier wird nichts mehr verhüllt und vertuscht. Der Aufruf setzt gleich ein:

„Die Gleichheit“ tritt für die volle gesellschaftliche Befreiung der Frau ein, wie sie einzig und allein in einer im Sinne des Sozialismus umgestalteten Gesellschaft möglich ist, wo mit der ökonomischen Abhängigkeit eines Menschen von einem andern Menschen die Grundursache jeder sozialen Knechtung und Achtung fällt. Sie geht von der Überzeugung aus, daß der letzte Grund der Jahrtausende alten niedrigen gesellschaftlichen Stellung des weiblichen Geschlechts nicht in der jeweiligen „von Männern gemachten“ Gesetzgebung, sondern in den durch wirtschaftliche Zustände bedingten Eigentumsverhältnissen zu suchen ist . . .

Dieser Auffassung gemäß erblickt die „Gleichheit“ den Feind der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts weder in dem Egoismus noch in den Vorurteilen der Männerwelt, sie predigt nicht den Krieg von Geschlecht zu Geschlecht, sie glaubt nicht an die Messiasrolle einer zugunsten der Frauen veränderten Gesetzgebung.“

Diese programmatische Erklärung, die die Hand von Klara Zetkin verrät, war die glatte Abjage an die bürgerliche Frauenbewegung und das Bekenntnis der Eingliederung des „proletarischen Frauenstrebens“ in die Parteiziele der Sozialdemokratie.

3. Gründung auf Gründung. Nun, da die sozialistischen Frauen ihr Organ haben, setzt eine rege Versammlungstätigkeit ein in allen Teilen Deutschlands; auch in Rheinland-Westfalen und im Saargebiet finden, soweit die örtlichen Polizeibehörden es zulassen, Frauenversammlungen statt, in denen je nach dem Maße der gebotenen Vorschicht politische, berufswirtschaftliche, auch hygienische und hauswirtschaftliche, ja sogar naturwissenschaftliche Vorträge gehalten werden. Diesen Versammlungen folgte zumeist die Gründung von Frauenorganisationen auf dem Fuße, so in Berlin, Bielefeld, Bremen, Breslau, Elberfeld, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover, Hanau, Herford, Köln, Liegnitz, München, Mannheim, Mainz, Moskau, Stuttgart, Wandsbek. Sie nennen sich „Frauen- und Mädchenvereine“, „Frauen- und Mädchenbildungsvereine“, „Arbeiterinnenvereine“.

Mit der Bildungsarbeit sah es in diesen Vereinen allerdings noch trostlos aus. Es mangelte an begabten rednerischen Kräften. Die wenigen Frauen, die zur Verfügung standen, hielten allenthalben gleichlautende Vorträge. So ging eine Frau Rohrlach ein ganzes Jahr herum mit einem Vortrag über „Volksaberglauben“, worin sie namentlich „das durch den religiösen Aberglauben in Frauenkreisen angerichtete Unheil“ nachwies.

Die Frauen hielten sich damit, daß sie vielfach an Stelle von Vorträgen Vorlesungen aus Parteibroschüren einsetzten. Eine „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ der damaligen Zeit<sup>1)</sup> spottete über den Zustand der sozialdemokratischen Frauenbewegung jener Tage:

„Trotz aller auf den sozialdemokratischen Parteikonventionen gefaßten Beschlüsse ist die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung immer noch keinen Schritt weiter gekommen: sie bietet das Bild vollkommenster *Bersahreubeit*; es werden ja beständig neue Organisationen gegründet, aber ebenso beständig gehen alle wieder ein. . . Außer der Frau Emma *Nhrer* sind zwar noch eine ganze Anzahl Frauen für die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung tätig; aber alle mit herzlich wenig Talent. Fräulein *Wabwig* war krankhaft überspannt; Fräulein *Wadde* in Berlin ist einseitig roden; Frau *Wschm*, die namentlich den Norden Deutschlands bereist, samaischt, wie der Berliner sagt, »Molartars« und Frau *Mahrbach* (soll heißen *Mohrad*), Frau *Müger*, die im Westen unseres Landes die Frauen zu fördern suchen, sind rhetorisch angelegte Kräfte. Frau *Schmidt Willelma* (was namentlich *Wilhelma*) ist ein sehr geliebtes Huhn und darum taugt sie für die Arbeiterinnen wenig. Daher ist es denn kein Wunder, daß es mit der Arbeiterinnenbewegung nicht vorwärtsgeht.“

An alledem kamen fortwährende Zankhaken und Störungen seitens der Polizeibehörden. Die Frauenvereine wurden nach wie vor als „politische Vereine“ erklärt und aufgelöst, selbst die Anteilnahme von Frauen an Versammlungen an einzelnen Orten verboten.

Sollten diese Umstände der sozialistischen Frauen dauernden Bestand haben, dann bedürften sie der Unterstützung der männlichen Organisationen der verschiedensten Zweige der sozialistischen Bewegung. Daran sehen wir von da ab die Frauen eifrig darauf bedacht, sich diese Unterstützung zu sichern. Sie sind unermüdlich im Nachweis der absoluten Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Organisation von Frauen, sie ergreifen jede Gelegenheit, wo sie dazu kommen können, suchen jeder Gefahr einer Verminderung ihres Einflusses sofort zu begegnen, entwickeln jähe Ausdauer in Antreibungen und Antreiben auf Partei- und Gewerkschaftskongressen — alles im Interesse zu wachen, es zu beleben und wachzuhalten. Durch die Organisation der Männer wollen sie für ihre Frauenbewegung wirken.

#### 4. Zähle Bemühungen in Partei und Gewerkschaft

Wie sprachen schon von der Bestimmung im Goller Organisationsstatut der Partei (1890), wonach den Frauen in Rücksicht auf weltungesellschaftliche und versammlungsgesellschaftliche Schwierigkeiten das „Sonder-

<sup>1)</sup> Nachzulesen in der „Gleichheit“ 1892, 130.

recht" gegeben war, in besondern öffentlichen Frauenversammlungen vollberechtigte Delegierte zum Parteitag zu schicken.

Dem Parteitag von 1892 gab die „Gleichheit" die Mahnung mit auf den Weg: „Die sozialdemokratische Bewegung würde in ihr eignes Fleisch schneiden, sie würde einen Selbstmord begehen, wollte sie nicht alle Bestrebungen freundlich begrüßen, die auf Aufklärung und Organisation der Frauen hinauslaufen. Die Sozialdemokratie darf sich keine Gelegenheit entgehen lassen, mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und hoher Begeisterung die ihr den Proletarierinnen gegenüber zufallenden Pflichten zu erfüllen, Aufklärung in deren Reihen zu tragen, sie in politischen und wirtschaftlichen Fragen zur Reife zu erziehen, sie dem Heer des kämpfenden Proletariats zuzuführen. Die Gewinnung des weiblichen Proletariats für den Sozialismus ist genau so wichtig wie die Eroberung der Landbevölkerung für denselben.“ Auf dem damaligen Parteitag legte die Berliner Genossin Ottilie Baader, die spätere Zentralvertrauensperson der sozialistischen Frauen Deutschlands, einen Antrag vor, den das „Sonderrecht" betreffenden Passus im Organisationsstatut zu streichen. Die Frauen wollten „keine Vorrechte", sondern „gleiche Rechte". Zwei Jahre später aber wurde auf Antrag beschlossen, den alten Zustand wieder herzustellen. Es hatte sich herausgestellt, daß jene Streichung nicht zweckmäßig war. „Die Frauen sind nun einmal rechtlos, und es ist ihnen beim besten Willen unmöglich, an der Organisation der Männer teilzunehmen. Die Masse der Frauenwelt ist im allgemeinen rückständiger als die der Männerwelt, die weiblichen Delegierten können in gemeinsamen Versammlungen häufig nicht konkurrieren mit den Männern, das führt zu Reibereien.“<sup>1)</sup> Ignaz Auer unterstützte Zetkin. Die Partei müsse der Frauenbewegung Gelegenheit geben, auf den Parteitagen vertreten zu sein, ohne dabei von der Gnade der Männer abhängig zu sein. Diese Abhängigkeit habe sich nicht bewährt. Der Antrag stelle einen Beschluß von Halle wieder her, „auf den die Frauen im Vertrauen auf die Loyalität so unvorsichtig waren, im Berliner Parteitag zu verzichten". Hoffentlich seien die Frauen künftig nicht mehr so unvorsichtig.

Schon der Parteitag von 1892 hatte auf Antrag einer Versammlung von Mädchen und Frauen in Berlin hin beschlossen, im Organisationsstatut den Ausdruck „Vertrauensmann" zu streichen und dafür „Vertrauensperson" zu setzen. Gleichzeitig wurde auf Antrag der Frauen und Mädchen von Mannheim beschlossen, daß seitens der sozialdemokratischen Partei eine rege Agitation entfaltet werde, zum Zwecke einer Einbeziehung der Proletarierinnen in die gewerkschaft-

<sup>1)</sup> Zetkin auf dem Frankfurter Parteitag 1894, Prot. 174.

liche und — wo dies möglich — politische Organisation der Arbeiter; ferner, daß in den Zeiten der Wahl Agitationsversammlungen veranstaltet werden, mit dem doppelten Zweck, gegen die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts zu protestieren und Aufklärung über politische Fragen in die Reihen der Proletarierinnen zu tragen.

Diese Zeit der Wahl agitation setzte bald ein. Der Reichstag hatte eine Militärvorlage abgelehnt und war aufgelöst worden. Im Juni 1893 waren Reichswahlen. Die sozialdemokratische Partei nutzte den Zeitpunkt zu einer unerhörten Agitation aus. Auch die Frauen beteiligten sich. In der „Gleichheit“ jagte ein Aufruf den andern. Die Gelegenheit war da, wo sich die junge Frauenbewegung die Sporen verdienen konnte. Eine in Berlin gegründete Agitationskommission erließ einen Aufruf an die Parteigenossinnen, der in 100.000 Exemplaren auch außerhalb Berlins Verteilung fand, worin den Frauen nahegelegt wurde, Schulter an Schulter mit den Genossen in den Wahlkampf einzutreten. „Wir wollen Opfer bringen . . . wir wollen und müssen behilflich sein in der Agitation, bei der Verbreitung von Flugblättern und Stimmzetteln, kurz, wir dürfen keine Arbeit scheuen.“ Und in einer spätern Aufforderung hieß es:

„Macht überall euren Einfluß auf den Vater, den Gatten und den Bruder geltend, damit sie solche Männer wählen, die mit der bisherigen und der in Aussicht genommenen Veräußerung des Volkes ernsthaft brechen wollen. Aber bei diesem Einfluß, den ihr zu Haus ausüben könnt, darf es nicht bleiben, ihr müßt weiter und mehr agitieren. Deshalb müßt ihr euch hinauswagen, treppauf, treppab Flugblätter verbreiten, Stimmzettel verbreiten, und noch ein weiteres legen wir euch ans Herz: Die Führung des Wahlkampfes erfordert Geld. Proletarierinnen, opfert euer Scherlein, das Scherlein der Witwe . . . Mit Freuden sehen wir, wie die Teilnahme der Frauen und Mädchen zunimmt, erfreut sind wir, daß die Teilnahme der Frauen an den Versammlungen in größerem Umfange stattfindet. Frauen und Mädchen, übt euch im Wahlkampfe.“ „Gleichheit“ 1893 13.

Trümpfierend berichtete nach der Wahlschlacht das Organ der sozialistischen Frauen: „Wer möchte es der Bourgeoisie verargen, daß sie in der Beteiligung der deutschen Proletarierinnen an den Wahlkämpfen ein neues beunruhigendes Zeichen der Zeit sieht, wenn ihr vor den „Machtlosen“ und Versammlungsstürzerinnen graut.“

Inzwischen rüdete der alljährliche Parteitag heran. Die „Gleichheit“ regte ein planmäßiges Vorgehen bei der Wahl von Delegierten zum Parteitag sowie die Abhaltung einer Beiprächung unter den Delegierten an. Der Zweck sollte sein, eine Konzentration der Kräfte und Mittel herbeizuführen, um breite Massen der proletarischen Frauen und Mädchen über ihre Anwesenheit auszuklären

und für die sozialistische Idee zu gewinnen. Die Besprechung kam im Anschluß an den Kölner Parteitag, wenn auch nicht in der geplanten Form (die Polizei verbot sie!) so doch als „privater Meinungs-austausch von Genossinnen und Genossen“ zustande. Die Ergebnisse wurden als „Gesichtspunkte zur Beachtung“ in der ganzen sozialdemokratischen Presse veröffentlicht.

Diese „Gesichtspunkte“ waren für die weitere Entwicklung von eminenter Bedeutung. Die Frauen gaben darin die Form der besondern Frauenorganisation preis. Wo die Vereinsgesetzgebung es gestatte und nicht besonders stichhaltige Erwägungen vorlägen, so hieß es, wäre vorzuziehen, daß die Frauen in die bestehenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Männer einträten, statt sich in besondern Vereinen zusammenzuschließen. Den vorhandenen Frauenorganisationen wurden praktische Arbeiten zugewiesen. Sie sollten Erhebungen anstellen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der proletarischen Berufsarbeiterinnen, Material sammeln, dasselbe agitatorisch in öffentlichen Versammlungen ausnutzen und an die Redaktion der „Gleichheit“ senden. Der wichtigste unter den „Gesichtspunkten“ aber war die Empfehlung der Gründung von besondern Agitationskommissionen nach dem Muster der Berliner. Sie sollten die Agitationszentralen sein. Um dem Vereinsgesetz zu entgehen, ward bestimmt, daß die Kommissionen nur aus drei Personen zu bestehen hätten. Die Berliner Agitationskommission wurde als Zentralstelle eingesetzt. An sie sollten alle Materialien und auch Gelder zur Schaffung eines Agitationsfonds gelangen. Als Organ wurde selbstverständlich die „Gleichheit“ bestimmt.

Die Wirkung dieser organisatorischen Maßnahmen zeigte sich sofort in größerer Planmäßigkeit und Einheitlichkeit der Agitation. „In immer dichtern Scharen und immer inniger drängt sich die proletarische Frauenwelt um das Banner der Sozialdemokratie. Und sie kommt nicht allein. An ihrer Hand kommt das proletarische Kind, wird es in die Bewegung eingeführt usw.“<sup>1)</sup>

In der Zwischenzeit war aber auch die Polizei nicht müßig gewesen. Allenthalben gab es Anklagen, Prozesse gegen Mitglieder von Agitationskommissionen und Frauenvereinen. So mußte die Besprechung unter den Delegierten auf dem Parteitag 1894 wiederum „rein privat“ sein, und die „Gesichtspunkte“, die jetzt zur Beachtung empfohlen wurden, mußten dieser neuen Situation Rechnung tragen. Es wird empfohlen, keine „Frauenagitationskommissionen“ mehr zu gründen, die noch bestehenden Kommissionen oder Komitees aufzulösen. An ihre Stelle

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1894, 137.

sollte eine in öffentlicher Versammlung gewählte weibliche Vertreterin treten. In dieser einen Hand sollten die agitatorischen Aufgaben wenigstens nach außen hin vereinigt werden. Im übrigen, so besagten die neuen Gesichtspunkte, sei im Hinblick auf die Geschäftigkeit der Polizeibehörden der Schwerpunkt der Agitation auf die gewerkschaftliche Erfassung der Arbeiterinnen zu legen. Die Gewerkschaftsverbände werden gebeten, bei der Agitation unter Arbeiterinnen weibliche Agitatoren zu verwenden, wie überhaupt weibliche Mitglieder zu Verwaltungsposten heranzuziehen. Als einzige Monate später auch die Berliner Frauenagitationskommission, die Zentrale, vollständig aufgelöst wurde, wählte man auch da zur Erledigung der Geschäfte eine Vertrauensperson, die spätere Zentralvertrauensperson für ganz Deutschland.

Vom Zweifel, die sozialistische Frauenbewegung war in eine Zeit schwarzer Bedrängnisse hineingeraten. Wo immer mit heißem Bemühen ein noch so fadensteiner Grund herausgelöst werden konnte, die Frauen aus öffentlichen, politischen und nichtpolitischen Versammlungen beherrschterseits auszuweisen, Frauen das Referat in solchen zu unterlegen, Versammlungen, an denen sich Frauen beteiligen sollten, nicht zu gestatten, Versammlungen, in denen Frauen anwesend waren, aufzulösen, da jedoch etc.<sup>1)</sup> Die proletarische Frauenbewegung war in ihren Fortschritten gehemmt. Es ärgerte die „Genossinnen“, daß die Partei bei alledem anscheinend untätig blieb, und wie ein Vorwurf laut es an der „Gleichheit“ vom 17. April 1895: „Die Genossen unterschätzen vielfach noch die Bedeutung des vollzogenen Umschwungs, die Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung. Sie erlauben in ihr etwas, das man im sozialistischen Ungar wohlwollend dulden kann, das man aber nicht mit aller Strafe unterstüßen und fördern muß.“ Wie sehen von da ab die Sozialistinnen einig in Gewerkschaftsversammlungen wirken, und auch die „Gleichheit“ rüdt die gewerkschaftliche Agitation mehr in den Vordergrund. Allerdings, sie warnt gleichzeitig vor „Überschätzung der Macht gewerkschaftlicher Organisation“. Sie empfiehlt „die Stellen nicht zu sprengen, nur zu lockern. Die Kapitalisiergesellschaft fortzusetzen und damit der Proletarwin ihre volle Aktivität bieten,“ das könnte „nur der große Kampf im Sinne der Sozialdemokratie“.

Wiederum treffen sich die strengsten Klaffen auf dem Parteitag in Breslau 1895. Am allgemeinen lauten die Mitteilungen über den Stand der Bewegung befreiend. Nach wie vor julle der Schwerpunkt

1) „Gleichheit“ 1895, 131.

der Bestrebungen darauf gelegt werden, die Berufsarbeiterinnen in die Gewerkschaft hineinzuziehen. Um die Proletarierin aber politisch immer besser zu schulen und gewerkschaftlich immer umfassender zu organisieren, wird wieder empfohlen, besondere weibliche Vertrauenspersonen zu wählen. Ihnen soll die Aufgabe zufallen, die Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften zu unterhalten und eine rührige mündliche und schriftliche Agitation unter den Frauen und Jugendlichen zu betreiben. In Berlin gelingt es den Frauen, in Parteiversammlungen weibliche Vertrauenspersonen gewählt zu bekommen, also parteioffizielle Vertreterinnen ihrer Bewegung. Der Parteitag selbst forderte in einem Beschluß die Vertrauenspersonen und Agitatoren in der Partei auf, „durch möglichst vielseitige statistische Feststellungen über die unausgesetzte Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnisvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen und Gewerbebetrieben, die helle Beleuchtung und die scharfe Kritik allseitiger Öffentlichkeit zu verbreiten.“ Das gesammelte Material sei der Redaktion der „Gleichheit“ zu übermitteln. Das war Vorarbeit für den neuen Vorstoß im folgenden Jahre.

In einer erfreulichen Erklärung verzeichnet die „Gleichheit“ den Übertritt der Frau Lily v. Gizycki (später Lily Braun), der Redakteurin der „Frauenbewegung“ (Organ der Frauenrechtlerinnen) zur Sozialdemokratie — eine kleine Genußnahrung für die Enttäuschungen der letzten Jahre. Es war die Zeit, wo ein schöngeistig humanitär frisiertes „Auchsozialismus“ salonfähig geworden,<sup>1)</sup> die Zeit auch, da in der bürgerlichen Frauenbewegung Leben entstand, soziale und radikale Strömungen in ihr aufkamen, das Bürgerliche Gesetzbuch in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Klara Zetkin hieß zwar die neue Mitstreiterin, mit der sie kaum einige Monate vorher in bitterer und persönlich zugespitzter Fehde in Sachen der Beurteilung bürgerlicher Frauenbewegung gelegen, „herzlich willkommen“. Aber es war ihr offenbar nicht wohl dabei. Sie, der es mit Mühe und Not gelungen war, auch den Schatten einer Sympathie für bürgerliches Frauenstreben unter ihren Anhängerinnen auszutilgen, sie, die ein tödliches Mißtrauen gesät und deren Streben dahin ging, jegliche Berührung mit bürgerlichen Bestrebungen aufs ängstlichste zu verhüten, hatte allerlei Befürchtungen. Sie wußte nur zu gut, wie unsicher und unreif ihre Bewegung noch war, wie leicht Verwirrung entstehen konnte, wo sie nicht ihre Hand hielt, sich nicht persönlich einsetzte und ihren Einfluß geltend machen konnte.

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1896, 72.

Wie sah es denn bei den Trägerinnen der Bewegung damals noch aus? In einem freundschaftlichen Mat an Frau v. Wignett hatte selbst Wohlwacht sich ausgelassen: „Kummern Sie sich nicht um Sie (die Frauen), wenn Sie was erreichen wollen. Die sind noch ruckwärtiger als die Männer, können gar nicht anders sein. Wo sollten sie auch die Erkenntnis hernehmen des armen Weibes? Schon alles mögliche, wenn Sie von uns ihrem proletarischen Zustand heraus gute Partisogenossinnen sind.“<sup>1)</sup> Mit Frau W. schloß charakterisiert die damalige „Kerntruppe“, die Berliner führenden „Genossinnen“:

Ich behaupte die Erregungen der Frauenorganisationen regelmäßig, trotz der erschwerenden Daseis der Soldate, zu denen sie stattfanden. Wenn die Volkspartei, die uns zunächst auf dem Forum war, gewußt hätte, was davon weitersehender die Fragen waren, über die wir debattierten, sie würde uns ruhig wissem Beschäftigt überlassen haben. Neben Wanda Ullrich<sup>2)</sup>, nicht weiter in Berlin war, haben zwar auch bei uns in Saarbrücken der Mann geübt zu sein, aber was sie vorbrachten, das drehte sich meist um die Heilsicheren Dinge. Derselbe Zank, der selbe Reiz, der mir die bürgerliche Frauenbewegung vergällt hatte, fand sich auch hier, nur daß er sich in gröbren Formen äußerte. Ich wäre lieber enttäuscht gewesen, wenn ich mich allmählich Einblick gewonnen hätte, die mir die Dinge in anderem Lichte erscheinen ließen.

Ich lernte das Leben dieser Frauen kennen. Da war eine, die tagaus tagein in dieselbe elende Zwischenmeisterwerkstatt ging, um, wenn sie todmüde heimkam, von dem betrunkenen Mann mit Schlägen oder zudringlichen Färllichkeiten empfangen zu werden; — sollte sie nicht verbittert sein? Da war eine andere, die, obwohl sie einen braven Gatten hatte, auf ihre alten Tage in die Fabrik zurückgekehrt war, weil sie nur auf diese Weise ihrem kranken Sohn den Besuch eines Sanatoriums ermöglichen konnte; — sollte sie die glücklichen Mütter nicht beneiden, die die Gesundheit ihrer Kinder nicht so schwer ertausen mußten? Und ein verblühtes Mädchen war zwischen uns, die ihrer gefähmten Mutter ihre ganze Jugend hatte opfern müssen: — war's nicht begreiflich, daß etwas wie Haß in ihren Augen aufblühte, wenn ich sprach?

Einmal besuchte ich die kleine dicke Frau Wengels; sie war vor drei Tagen ihres siebenten Kindes genesen, und ich fand sie schon wieder hinter dem Waschtisch. War es erträulich, daß sie reizbar war? Alle diese Frauen standen in harter Arbeitsfront; war es nicht viel merkwürdiger, daß sie sich dabei die Straft, den Eifermut, die Begeisterungsfähigkeit erhalten hatten, die es ihnen möglich machte, ihre spärliche Freizeit, ihre ihnen so bitter nötige Nachtruhe dem Dienste der Partei zu widmen? Sie leisteten das Außerste, was sie leisten konnten; es war nicht ihre Schuld, daß es trotzdem so wenig war. . . . Frau Wengels war nach dem Parteitag zur „Vertrauensperson für ganz Deutschland“<sup>3)</sup> gewählt

<sup>1)</sup> Mit Frau u. Memoiren einer Sozialistin, Kampfbahre, 44.

<sup>2)</sup> Alara Jettin?

<sup>3)</sup> Es handelt sich hier offenbar um die 1896 von den Berliner „Genossinnen“ gewählte Vertrauensperson Frau M. Wengels.



worden. War es nicht wie ein Hohn auf die Frauenbewegung, daß sie, die kaum Zeit hatte, eine Zeitung zu lesen, für die das Schreiben eines Briefes eine fast unüberwindliche Aufgabe war, an ihrer Spitze stehen sollte? Man hatte mir freilich erzählt, Wanda Orbin habe ihre Wahl unterstützt, um die Leitung um so sicherer in der eignen Hand zu behalten . . .“ (a. a. O. 213/14).

Ignaz Auer, eine führende Persönlichkeit in der Partei, äußerte ein Jahr später noch Frau Lily Braun gegenüber: „Glauben Sie mir, so lange ich denken kann, war bei den Frauen stets derselbe Krakeel, und wenn ich schon längst modere, wird's ebenso sein. Sie haben alle Untugenden der Unterdrückten in konzentriertester Form, und schwingt man nicht, wie die Wanda, ständig die Ämte, so hat man verspielt.“<sup>1)</sup>

Die „Gleichberechtigung der Frau“ war in der Partei selbst zu jener Zeit noch stark Theorie. Als Lily Braun einmal in einer Sitzung der Berliner „Genossinnen“ vorschlug, die allgemeine Parteipresse zu veranlassen, mehr in der Frauenfrage zu tun, lachte alles. „Da kennen Sie unsere Männer schlecht,“ meinte die dicke Frau Wengs, „die wollen von uns rein gar nichts wissen.“ „Die wüßten erlauben den Frauen nicht, daß sie in 'ne Versammlung gehen oder in 'nen Verein. Dabeem sollen sie sitzen um Strümpfe stoppen,“ rief eine andere.<sup>2)</sup> „Bei den Genossen heißt's noch immer, wenn unsereins den Mund aufstut: Kusch dich! Zu Hause — wie in der Bewegung,“ sagte eine langjährige Parteigenossin. Und Frau Wengs klagte ein andermal über die Behandlung, seitens der „Genossen“: „Als wir auch nur eine einzigste von uns in den allgemeinen Versammlungen als Delegierte zum Parteitag wollten aufgestellt haben, sagten die Vertrauensleute: „Wascht man eure dreckige Wäsche alleine.“<sup>3)</sup>

Kein Wunder, wenn unter so bewandten Verhältnissen bei Klara Zetkin das Gefühl vorherrschte, daß angesichts der neuen Strömung unter den bürgerlichen Frauen etwas Besonderes zu geschehen habe, daß die Partei von sich aus näher an die proletarische Frauenbewegung heranrücken, sich nunmehr rückhaltlos zu ihr bekennen müsse. In Berlin stand ein großer Kongreß der bürgerlichen Frauen an. Es mußte vermieden werden, daß er irgendwelchen Eindruck auf die Proletarierinnen machte und so Verwirrung in die proletarische Bewegung hineinbrüg. Der nächste Parteitag in Gotha mußte die *Frauenagitation* als besondern Punkt auf die Tagesordnung setzen. Die „Gleichheit“ setzte auseinander, *warum*:

„In reinlicher Scheidung hat sich die proletarische Frauenbewegung von der bürgerlichen Frauenrechtlerei losgelöst, sich in völliger Zieleinheit mit der Sozialdemokratie auf den Boden des Klassenkampfes gestellt. *Aber die Sozial-*

1) A. a. O. 315. — 2) A. a. O. 177. — 3) A. a. O. 250.

demokratie als Partei hatte bisher noch nicht den grundsätzlichen Charakter, die Ziele, die Taktik der proletarischen Frauenbewegung erörtert und festgelegt. Die Notwendigkeit, dies zu tun, wurde in dem Maße dringlicher, als die proletarische Frauenbewegung auf der einen Seite sich ausdehnte und erstarkte, als die bürgerliche Frauenrechtelei auf der andern Seite sich kräftiger entwickelte, als ihr einer Anzahl mit seinen Zielen aber die Förderung der Interessen der höheren Töchter hinausging, seine Tätigkeit Fragen zuwendete, wo sich die Bestrebungen mit denen der Proletarierinnen berühren müssen. Die Auseinandersetzung zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung wurde nun von völliger Bedeutung, und zwar für die gesamte Sozialdemokratie („Gleichheit“ 1896, 178).

Auf dem Wobauer Parteitag waren acht Delegierteninnen vertreten. Clara Zetkin hielt das Referat, radikal zum ersten, radikal zum zweiten und radikal zum dritten Male.<sup>1)</sup> „Wir haben nicht spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation unter den Frauen zu treiben. Nicht die unmittelbaren Augenblicksinteressen der Frauenwelt dürfen wir in den Vordergrund stellen, andere Aufgabe muß sein, die moderne Proletarierin in den Massenkampf einzuführen.“<sup>2)</sup> Wer das Ziel der Frauenagitation vermochte sie nach wie vor zu folgen. Wir haben erst zu lernen, wie wir unter den Frauen agieren müssen. In einer Resolution schlug sie vor, besondere Vertrauenspersonen unter den Frauen zu wählen, die die Aufgabe haben, die gewerkschaftliche und wirtschaftliche Organisation unter den Frauen anzuregen, einbreiteter und planmäßiger zu gestalten. Also eine Ausbildung des Systems der Vertrauenspersonen zugunsten der Frauenbewegung. Am nächsten sei Wert auf die schriftliche Agitation zu legen, auf Flugblätter, Broschüren; auch die Tagespresse müsse mitwirken und dabei nicht bei Unanpasslichkeit und dem schlechten, ungeübten Geschmack der Frauen stehenbleiben. Der Parteitag nahm eine lange Resolution an über das Problem der modernen Frauenfrage und präziserte eine Reihe Forderungen des Arbeiterinnenkampfes und der privaten ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter. Dem Vorschlag Zetkins, in allen Orten, wo es möglich, in öffentlichen Versammlungen besonders weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, wurde zugestimmt. Das Referat Zetkins wurde als Broschüre herausgegeben. Derselbe Parteitag erneuerte die Aufforderung, mehr als bisher an der gewerkschaftlichen Agitation unter den Frauen sich zu beteiligen.

Clara Zetkin war trotz der unbefriedigten Erfolge, die der Parteitag gebracht, bereit bis aufs äußerste und voller Willkür und Besorgnis-

<sup>1)</sup> Henriette Dürrth in der „Gleichheit“ 1896, 198. — <sup>2)</sup> Prot. 165.

tungen. Die zaghafte Bitte einer „Genossin“ Löwenherz um Verständnis für bürgerliches Frauenstreben in der Debatte zur Frauenagitation auf dem Parteitag schlug sie unbarmherzig nieder, und als später Henriette Fürth ihr mit ähnlichen Wünschen in die Quere kam, fiel sie ebenso leidenschaftlich über diese her. Es war Klara Zetkin gelungen, die neue Aquisition Lily v. Gizycki, die inzwischen die Frau des Parteigenossen Heinrich Braun geworden war, davon abzuhalten, jenen bürgerlichen Frauenkongreß zu besuchen, dessen Wirkungen sie gefürchtet hatte. Nur eine Erklärung, eine Abjage an die bürgerliche Frauenbewegung durfte Lily Braun abgeben und zu den Sonderversammlungen der proletarischen Frauen einladen. Bald nachher rückte die „Genossin“ Braun mit einem neuen „Aktionsprogramm der Arbeiterinnenbewegung“ heraus. Sie befürwortete die Schaffung einer besondern „Frauenauskunftsstelle“, die alle einschlägigen Materialien für die Bewegung bearbeiten sollte. Wiederum schöpfte Zetkin Verdacht. Es sollte keine andere Zentrale neben ihrer „Gleichheit“ geschaffen und es sollte vor allen Dingen nicht die Überläuferin Lily Braun auf so bequemen Wegen zu einer „einträglichen Stellung“ gelangen. Dabei dachte die „Genossin“ Braun nicht im entferntesten daran, den zu schaffenden Posten für sich reklamieren zu wollen. Ihr Plan war vielmehr, Klara Zetkin dazu vorzuschlagen, um so die „Gleichheit“ von ihr (Zetkin) zu befreien und mehr dem Einfluß der „Genossinnen“ zu unterstellen.<sup>1)</sup> Zetkin war gegen die Frauenauskunftsstelle, und damit war die Sache abgetan. Die „Gleichheit“, hieß es, könne die Aufgabe mitübernehmen. Das Blatt erfährt denn auch von da ab eine weitere Ausgestaltung, eine Bereicherung des Inhalts. Die Nr. 44 des Jahrgangs 1897 verkündet, daß in Zukunft der Notizenteil erweitert und bereichert werden soll. Hier soll möglichst vielseitiges und zuverlässiges Tatsachenmaterial erscheinen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der proletarischen Frauen, über den Stand und die Entwicklung der Arbeiterorganisationen im In- und Ausland, über den Stand und die Entwicklung der Frauenbewegung allerwärts, über die Fabrikinspektion usw. „Besondere Aufmerksamkeit gedenken wir der sozialen Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiterinnen zuzuwenden. Genossin Braun, deren Vorschlägen wir manche Anregung zu der begonnenen Neuerung verdanken, hat bereitwilligst eine regelmäßige und umfangreiche Mitarbeiterschaft auch in diesem Teil der »Gleichheit« zugesagt.“ Folgt ein schmeichelhaftes Lob der trefflichen weitreichenden Kenntnisse, der lichtvollen Darstellungsweise der Genossin Braun.

Die „Auskunftsstelle“ feierte also in dieser Form ihre Auferstehung. Nicht zum Schaden der „Gleichheit“. Sie bekam ein anderes Gesicht, sie wurde mehr Frauenrevue. Die Nr. 1 des folgenden Jahrganges konnte

<sup>1)</sup> Lily Braun, Memoiren, Kampfsjahre 215 ff.

es sogar wagen, das Blatt auch der Beachtung derer zu empfehlen, welche die sozialistische Überzeugung nicht teilen, aber von der Erkenntnis durchdrungen sind, daß der werttätigen Masse und den Frauen eine größere Anteilnahme an dem Kulturleben und eine tätige Mitarbeit an seiner Fortentwicklung gesichert werden muß. Der maßgebende Umflap Lily Brauns, die von nun an den Wertenteil in Verbindung mit Clara Zetkin bearbeitete, zeigte sich unverkennbar. Der agitativerisch satirische Ton trat selbst in den Artikeln der „Gleichheit“ zurück.

Die Partei rüstet zum neuen Wahlkampf 1898. Aber in der „Gleichheit“ ist von Frauenerläuterung und Frauenaquitation weniger die Rede. Wohl werden Frauensammlungen abgehalten, die bekannten Agitatortinnen reden da und dort. Im ganzen aber kein Vergleich zu 1893. In der Partei wütete der Streit um Bernstein. Verkärterung, Verflüchtigung und Vermittlung beherrschten die Lage. Clara Zetkin stand im Vorderreihen der radikalsten Kämpfer wider Bernstein und seine Freunde. Der Wahlausgang enttäuschte.

Der Glanz des neuen Sternes Lily Braun wird heller und heller. Ihre Versammlungen sind überfüllt, sie gewinnt an Einfluß in Genossenschaftskreisen. Als Delegierte auf dem Parteitag der Provinz Brandenburg erklärt sie sich für einen Antrag durchzubringen wonach dem Zentralwahlkomitee aufgetragen wird, zur systematischen Frauenaquitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zwecke in jedem Kreise wenigstens zwei Frauensammlungen im Jahr zu veranlassen. In Berlin kommt Bewegung unter die Dienstboten. Lily Braun nimmt sich der Bewegung an, die Genossinnen lehnen zunächst ab. Die Dienstboten wären „noch nicht reif“ für die sozialistische Bewegung, man möge sie „ruhig sich selbst überlassen“. Aber die Erfolge der „Genossin“ Braun beunruhigen sie bald und schließlich wird offiziell als Pflicht erklärt, sich der Dienstbotenbewegung anzunehmen.

Es verbleibt noch nachzutragen, daß die deutschen Sozialistinnen während der Zeit auch an Diskussionen über die Frauenfrage auf den internationalen Kongressen der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften regen Anteil genommen, und daß auf diesen Kongressen die Bewegung eine nicht zu unterschätzende Förderung erfuhr. Bereits auf dem Kongress in Zürich 1893 referierte Luise Nantky als Vertreterin der Wiener Arbeiterinnen über den Kampf der Arbeiterinnen mit betriebsverwaltenden Ausschüssen der Frauen in die sozialdemokratische Partei. Die Männer kämpften bisher nur mit einem Arm, der linke Arm, die Frau, fehle; wird die Frau noch

miteinbezogen, dann sei erst der ganze Kämpfer fertig.<sup>1)</sup> Auch Clara Zetkin sprach auf dieser Tagung in scharfer Polemik gegen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die immer wieder vergäßen, daß zwischen Bürgerfrauen und Proletarierinnen ein unüberbrückbarer Klassen-gegensatz bestehe. Auf dem L o n d o n e r Kongreß, drei Jahre später, auf dem drei deutsche Genossinnen vertreten waren, erwirkten die „Genossinnen“ die Annahme einer Resolution, worin die Frauen in allen Ländern aufgefordert werden, Seite an Seite mit den Arbeitern zu kämpfen und sich mit ihnen gemeinsam politisch zu organisieren. Den G e w e r k s c h a f t e n machte derselbe Kongreß zur Pflicht, die im Beruf beschäftigten Frauen als Mitglieder aufzunehmen und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen anzustreben. Von da ab sehen wir auf jedem internationalen Sozialistenkongreß deutsche Vertreterinnen erscheinen.

Wie in der Partei, so wuchs in der Zeit der Einfluß der Frauenbewegung auch in den G e w e r k s c h a f t e n. Im Jahre 1891 brechen sie mit ihrer Abneigung gegen die Organisierung weiblicher Arbeitskräfte. Die Konferenz der Zentralvorstände der Gewerkschaftsverbände vom 7. und 8. September 1891 genehmigte den Antrag der drei Frauen Steinbach, Kähler und Wolter, worin es heißt:

„Zu Erwägung, daß bei der großen, täglich wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit auf allen Arbeitsgebieten sich die energische Zuangriffnahme und Organisierung derselben als ein Gebot der Selbsterhaltung erweist, beschließt die Konferenz, die Vorstände und die bestehenden Organisationen aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Statuten derselben derart umgestaltet werden, daß auch den im Beruf beschäftigten Frauen der Beitritt zu denselben möglich ist. Die Agitation für Ausbreitung der Organisation hat sich bei allen Berufen, in welchen Frauen tätig sind, auch auf deren Heranziehung zu erstrecken.“

Der nachfolgende Kongreß in Halberstadt 1892 erhob diesen Antrag ebenfalls zum Beschluß. Frau Steinbach begründete den Antrag daselbst nochmals unter Hinweis darauf, daß es äußerst schwierig sei, die Frauen a l l e i n zu organisieren. Sie müßten in die Organisationen der Männer gezogen werden.<sup>2)</sup> Die Ursache lag nicht nur in den polizeilichen Belästigungen, es zeigte sich, daß diese reinen Frauenorganisationen auch da wo sie freiere Bahn hatten, kein Leben zu entfalten vermochten. Ende 1894 machte das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der sozialistischen Verbände Anstalten, den Halberstädter Beschluß zu fruchtbarisieren. Es schärfte die Pflicht der Agitation unter den Frauen ein,

<sup>1)</sup> Prot. 37. — <sup>2)</sup> Prot. 73.

die Heranziehung von Weiblichen zu den Anhängern in der Organisation der Verbände, unterbreitete den Vorschlag, seitens der Gewerkschaften Veseabende für ihre weiblichen Mitglieder einzurichten, und forderte die redigierendsten Frauen auf, sich bei den Verbandssitzungen als Referentin zu melden. Im August 1895 legte dann eine allgemeine und planmäßig durchgeführte Agitation unter den Arbeiterinnen ein. Der Erfolg war aber nur spärlich. 1892 verzeichneten die Gewerkschaften insgesamt 4355 weibliche Mitglieder, 1893 5384, in den folgenden Jahren fiel die Zahl, die erwähnte Agitation steigerte sie aber auf 6697.

Es mußte etwas Besonderes getan werden. Das sahen die Gewerkschaften ein. Und der Berliner Kongreß 1896 beschäftigte sich eingehender mit der Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen. Frau Adèle v. Hamburg erstattete Bericht. Der Kongreß stimmte einer Resolution zu, in der es hieß:

Unter Hinweis auf die unzureichend sich leistende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft, ihre billigen Unternehmung, verpflichtet der Kongreß sämtliche Verbandsvorstände, auch in Zukunft die Agitation unter den Arbeiterinnen in jeder Weise zu fördern. Die Delegierten verpflichten sich, für den Anschluß der Arbeiterinnen an die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen Sorge zu tragen (Prot. 122).

Der im August desselben Jahres folgende internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß unterstrich die Wichtigkeit zur Aufnahme in die Organisationen. Wieder folgte sich etwas die Agitation; ein umfangreicher Streik in der Berliner Konfektionsindustrie kommt ihr zustatten. Ende 1896 waren 15266 Arbeiterinnen organisiert, davon allerdings nahezu die Hälfte, als Frucht des erwähnten Streiks, im Verband der Schneider und Schneiderinnen. Allein wie gewöhnlich, so zerfallen. Das Interesse erlahmt wieder, die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Weiblichen geht zurück, um erst Ende der 90er Jahre mit dem allgemeinen Aufsteigen der Gewerkschaften wieder dann aber in schnellerem Tempo zu wachsen.

Dabei spielt eine Einrichtung eine nicht zu unterschätzende Rolle, deren Aufbau bereits 1897 in Angriff genommen war. Es handelte damals der Plan auf, zwecks Überwachung des Schutzes der Arbeiterinnen in gesundheitlicher und namentlich moralischer Hinsicht sogenannte „Schwamm“, „Freudinnen der Arbeiterinnen“ als Vermittlungsgang zwischen Fabrikinspektoren und Arbeiterinnen und als Ersatz für weibliche Fabrikinspektoren zu schaffen. Der Vorschlag wurde in der „Arbeit“ mit Spott und Hohn abgelehnt. Solcher „bürgerlichen Schwamm“ bedürfte man nicht. Statt dessen möge man die Einrichtung forcieren, von denen im „Korrespondenzblatt“ früher schon die Rede war, die nämlich der *W e i b e r d e k o m m i s s i o n*, eingeleitet durch die Kartelle der Ge-

werkchaften selbst. In diese Beschwerdekommisionen müßten die Gewerkschaften auch Vertreterinnen der Weiblichen hineinwählen. Deren Aufgabe sei es dann, „die Schwestern auf das Wirken des gewerkschaftlichen Vermittlungsglieds aufmerksam zu machen, ihre Beschwerden über geschlechtlich unzulässige Arbeitsbedingungen entgegenzunehmen, zu sammeln, dem Kartell vorzulegen, allein oder mit dessen Hilfe das diesbezügliche Material zu prüfen, kurz, alle jene Arbeiten zu leisten, welche durch das Frausein erleichtert und gefördert werden. Wo irgend es durchzuführen ist, da sollte man als weibliches Kommissionsmitglied eine Arbeiterin wählen. Denn in täglicher Berührung mit den Kameradinnen fällt ihr deren Vertrauen zu, erhält sie Kenntnis von Mißständen, welche auf anderm Wege kaum je, wenn nicht zufällig ermittelt werden können.“<sup>1)</sup>

Wir sehen später, wie sich diese Einrichtung der Beschwerdekommisionen zu einem besondern Bestandteil des Organisationsbetriebs der sozialdemokratischen Frauen herausbildet, darum eben, weil sie ermögli-lichte, soziale Hilfsarbeit mit agitatorischem Zielstreben für die Partei zu verbinden.

Das krasse Mißverhältnis zwischen der Riesenzahl der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen (über 16 Jahren) und der in den sozialistischen Gewerkschaften organisierten, wie es noch in der zweiten Hälfte der Vier Jahre bestand, zeigt nachstehende Zusammenstellung:

Jahr	Beschäftigte Arbeiterinnen	Gewerkschaftlich organisiert
1896	699 579	15 265
1897	732 909	14 644
1898	764 548	13 481
1899	798 408	19 280

Es ist September 1899. In Hannover ist wieder Parteitag. Die „Genossinnen“ treffen sich. Der Parteitag beschließt eine Agitation für den Arbeiterinnenschutz, aber es mangelt an Organisation und an organisatorischen Kräften unter den Frauen. Die neue Zentralvertrauensperson Ottilie Baader fordert zu einer einheitlichen Agitation mit Unterstützung der Partei auf. Die Bewegung ist noch nicht sonderlich weitergekommen. „Es hieße jedoch raßen und rosten,“ schreibt die „Gleichheit“, „wollten sich die Genossinnen der Erkenntnis verschließen, daß die proletarische Frauenbewegung in Zukunft mehr leisten muß und auch mehr leisten kann als in der Vergangenheit. Und zwar gilt es nicht nur kräftiger und umfassender als bisher an den allgemeinen Aufgaben der Sozialdemokratie mitzuarbeiten, als vielmehr auch ganz besonders mit geisti-

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1897, 10.

gerter Energie für die Sonderinteressen der proletarischen Frauennetz einzutreten“<sup>1)</sup> Die wichtigste Vorbedingung für höhere Leistungen der proletarischen Frauenbewegung ist aber eine planmäßige einheitliche Regelung der Arbeit auf Grund einer engeren Fühlung, als sie bis dahin vorhanden. Es müsse Wandel geschaffen werden, das System der weiblichen Vertrauenspersonen ausgebreitet und besser ausgebaut werden, das Was und Wie der Agitation unter den Frauen erfordere gründliche Erörterung. Die Berliner „Genossinnen“ geben der Meinung Ausdruck, daß ein eingehender Meinungsaustausch der Genossinnen unter sich in Verbindung mit dem Parteitag zu Mainz, und zwar bevor dessen Arbeit beginnt, am Platze wäre. In einer besondern Sitzung während des Parteitages konnten die Arbeiten nicht erledigt werden. Eine Tagesordnung wird aufgestellt. Die Frauenkonferenz in Mainz wird einberufen, die erste ihrer Art. Tomis beginnt eine neue Phase in der Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung.

<sup>1)</sup> N. a. S. 1900 Nr. 8.



## II. Die Frauenkonferenzen

Von 1900 bis zum Erlass des Reichsvereinsgesetzes 1908

Aus kleinen Anfängen sind diese Konferenzen der sozialistischen Frauen entstanden. Schon auf dem Gothaer Parteitag 1896 fanden in den Abendstunden Zusammenkünfte der weiblichen Delegierten statt, in denen Agitationsfragen erörtert wurden. Viel konnte bei diesen Zusammenkünften, die vor sich gingen, wenn die „Genossinnen“ schon ermüdet waren, nicht herauskommen. Deshalb stellte sich die Notwendigkeit heraus, besondere Konferenzen abzuhalten.<sup>1)</sup> Der erste Versuch in Mainz gelang.

Mainz 1900. 17 Delegiertinnen nehmen an dieser ersten Konferenz teil. Sie wird insofern von weittragender Bedeutung, als sie der sozialistischen Frauenbewegung einen festen organisatorischen Unterbau gibt, und zwar auf Grund eines ausgebauten Systems von Vertrauenspersonen.

Die „Genossinnen“ werden verpflichtet, in jeder größeren Stadt eine weibliche Vertreterin zu wählen, deren Aufgabe es ist, die Agitation und die Heranziehung des weiblichen Proletariats zur modernen Arbeiterbewegung planmäßig zu betreiben. Des weitern haben sie die Forderung der proletarischen Frauen und Mädchen auf allen Gebieten mit Nachdruck zu vertreten und darauf hinzuwirken, daß das weibliche Proletariat an allen Kämpfen und Aufgaben seiner Klasse teilnimmt und ihm die moralische und materielle Unterstützung seitens der organisierten Arbeiterschaft zuteil wird. Mittel: Veranstaltung von Versammlungen aller Art, Herausgabe und Verbreitung zweckentsprechender Broschüren und Flugblätter, Einwirkung auf die lokale Arbeiterpresse im Sinne einer nachdrücklichen Förderung der Aufklärung des weiblichen Proletariats, Sammlung von Materialien über die Lage der Arbeiterinnen und Sammlung materieller Mittel zu vorstehenden Zwecken.

Mehrere Orte werden zu einem Kreis vereinigt. An der Spitze steht eine Kreisvertrauensperson. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte müssen miteinander und mit der Kreisvertrauensperson stete Fühlung halten. Letztere muß alle Jahre einen Situations- und Tätigkeitsbericht für den ganzen Kreis veröffentlichen und stete Verbindung mit der Zentralvertrauensperson unterhalten.

<sup>1)</sup> D. B a a d e r, Bremer Konferenz 1904.

Die Zentralvertrauensperson hat ihren Sitz in Berlin. In ihren Händen lauten alle Nadeln zusammen. Sie hat dafür zu sorgen, daß die auf den Frauenkonferenzen gefassten Beschlüsse zur Ausführung kommen, daß die Agitation in ganz Deutschland einheitlich betrieben wird, ihr liegt es ob, durch Wort und Schrift eine systematische Agitations- und Organisationsarbeit der Genossen in Orten und Gegenden anzubahnen und zu führen, wo bisher die proletarischen Frauen und Mädchen dem Kampf für die Befreiung ihrer Klasse und ihres Geschlechts verständnislos gegenüberstanden. Ein Hauptaugenmerk hat sie der Herangabe geeigneter Flugblätter zuzuwenden, die der allgemeinen Agitation oder der Aufklärung über besondere Forderungen und Stragen dienen. Jedes Jahr hat sie auf Grund der ihr zugehenden Einzelberichte einen Gesamtbericht auszuarbeiten, welcher in der „Gewichte“ veröffentlicht und in den Tätigkeitsbericht des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei aufgenommen wird.

Publikationsorgan ist die „Gewichte“. Jede Vertrauensperson erhält das Organ gratis zur Verfügung gestellt.<sup>1)</sup>

Klara Zetkin forderte auf dieser Mainzer Konferenz, daß die weiblichen Vertrauenspersonen innerhalb der allgemeinen sozialistischen Parteibewegung „zu allen Artikeln und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen heranzuziehen“ seien. Wegen dieser Forderung wurden Beschlüsse faßt. Der Antrag wurde verfaßt: „In den Männern aller Kreise finde noch zu sehr der alte Adam, der gewohnt sei, über die Frau zu herrschen. Der Mann könne nicht aus seiner Haut. Die Frauen aber seien vielfach noch ihren Mächten und Kausalitäten gegenüber indifferent und schwach. Erst wenn sich eine Wandlung der Verhältnisse vollzogen, würden wir weiterkommen.“<sup>2)</sup> Die Forderung fand in abgeschwächter Form Annahme. Grundsätzlich der Agitation kam man darin überein, daß künftighin der Agitation unter den Arbeiterinnen (samt der Hausfrauen), gewerkschaftlich und politisch, größere Aufmerksamkeit und mehr Kraft gewidmet werden müsse. Eine besondere Kommission wird ernannt, deren Aufgabe es sein soll, Flugblätter abzufassen und herauszugeben. Die Frauenbildungskomitee erhalten nur eine Zusammenfassung. Was wird hervorgehoben, daß solche Frauenbildungskomitees äußerst wichtig wären für Frauen in jenen Ländern, wo jede andere Form der Erziehung unmöglich sei. Dort solle der Bildungsausschuß die einzige Möglichkeit der Teilnahme am öffentlichen Leben der Frauen zu werden und zu entwickeln. Namentlich für die proletarischen Hausfrauen könnten solche Komitees „Stätten der Aufklärung“ sein. Von anderer Seite wurde dem aber ent-

<sup>1)</sup> Aus dem „Regulativ“, abgedruckt im „Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz“, Parteitagsprotokoll 1900, 248 ff.

<sup>2)</sup> Frau Steinbach, Prot. 250.

geengehalten, daß die Frauenbildungsvereine, weil es an geeigneten Lehrkräften fehle, eine „zwecklose Spielerei“ darstellten und sich „fast stets zu Klatsch- und Zankvereinen“ entwickelten.<sup>1)</sup>

In Mainz versuchte Lily Braun eine Aussprache über die Stellung der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung zu provozieren. Der Antrag versank sang- und klanglos. Später erklärte sie, daß es ihr nur darauf angekommen wäre, bestätigt zu erhalten, daß „Genossinnen“ gelegentlich und vorübergehend auch mit Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung zusammenwirken dürften — eine Annahme, der sofort der Widerspruch von Klara Zetkin auf dem Fuße folgte, wie überhaupt jegliches Hervortreten der von Anbeginn verdächtigen „Genossin Lily Braun“ sofort eine gereizte Stimmung auf der andern Seite auslöste. Bald kam es um der Idee von Haushaltungs-genossenschaften, dann um der Gesamtauffassung der Frauenfrage<sup>2)</sup> willen zu bittern Auseinandersetzungen zwischen den beiden Frauen. Schließlich setzte eine regelrechte Verschwörung der fernern Wirksamkeit Lily Brauns in der sozialdemokratischen Frauenbewegung ein Ziel. „Wegen Unzuverlässigkeit in der Ausführung von Parteipflichten“ ward ihr der Stuhl vor die Tür gesetzt. Ende Mai verschwindet ihr Name von der Rubrik „Notizen“ in der „Gleichheit“.

Die Wirkungen der Mainzer Konferenz machten sich im Lande bald fühlbar in verstärkter politischer und gewerkschaftlicher Agitation, wobei einmal der Arbeiterinnenschutz, dann die Wirtschaftskrise oder die Beratungen des Zolltarifs („Brot- und Zolhvoucher“) den Anknüpfungspunkt abgaben. Im Versammlungswesen der sozialistischen Frauen Preußens tritt eine Erleichterung ein. Laut Verfügung der Polizeipräsidenten wird ihnen jetzt gestattet, jede politische Versammlung zu besuchen, „nur muß ein bestimmt abgegrenzter Teil des Saales zur Verfügung stehen“ und die „Frauen dürfen nicht durch Zwischenrufe und Beifallsbezeugungen sich an den Verhandlungen beteiligen“.

Die wirtschaftliche Krise bringt eine Steigerung der Frauenerwerbsarbeit auf Kosten der männlichen. Nun werden die Gewerkschaften gezwungen, der gewerkschaftlichen Organisationsfrage der Arbeiterinnen gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Thema „Agitation unter den Arbeiterinnen“ wird in der „Gleichheit“ und im Zentralorgan der Gewerkschaften erneut aufgerollt und erscheint als selbständiger Punkt auf der Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses 1902 (Stuttgart). Seit 1899 ist die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder um rund 4000 gestiegen.

<sup>1)</sup> Prot. 255. — <sup>2)</sup> Lily Braun, „Die Frauenfrage, ihre geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Seite“, Leipzig 1901.

Die Genossinnen geben sich damit aber nicht zufrieden. Frau Tiep bläst auf dem Gewerkschaftskongreß den Vorständen gehörig den Wind. Es wäre nicht genügend agitiert worden. Alles in allem ist die Agitation unter den Arbeiterinnen später ein als die gewerkschaftliche Agitation überhaupt, und sie war immer nur das Zierfing der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. In vielen Organisationen herrte man sich eine Zeitlang unter schwächlichen Gründen dagegen, die Statuten so abzuändern daß die Arbeiterinnen als Mitglieder beitreten konnten. Man stritt über die Organisationsform, aber der Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen wendete man nur geringe Aufmerksamkeit zu. Dieser Stand der Dinge wirkte lähmend und hindernd . . . und da wundern Sie sich noch, daß wir bis jetzt nicht mehr Erfolge aufzuweisen haben! In eine planmäßige Agitation für die Organisierung der Arbeiterinnen sind wir eigentlich bis heute noch nicht eingetreten.<sup>1)</sup> Es wird erwidert, daß dieser Stuttgarter Kongreß die Verbände zu einer energischen und planmäßigen Tätigkeit verpflichtet. Werkstube-, Haus- und Familienagitation wird empfohlen, die organisierten Arbeiter werden verpflichtet ihre weiblichen Familienmitglieder, welche in irgendeinem Beruf gewerblich tätig sind, zu veranlassen sich ebenfalls zu organisieren; die Generalkommission übernimmt die Verpflichtung, die Unkosten zu tragen, wenn Einzelverbände durch Frauen Agitation unter den Arbeiterinnen betreiben lassen. Der *Territorienverein* wird als erster dazu aber im kommenden Frauenorgan „Die Gleichheit“ als Verbandsblatt für seine weiblichen Mitglieder einzuführen, ein Beispiel, dem andere Verbände später folgen.

München 1902. Die zweite Konferenz der sozialistischen Frauen steht bevor. Sie hat es leichter wie die erste, weil sie nicht wie jene gegen das Mißtrauen ankämpfen muß, als ob sie Mittel zum Zwecke einer eigenbrödelnden Nur-Frauenbewegung sei. Das Zusammenarbeiten von „Genossinnen und Genossen“ ist seit der Mainzer Konferenz ein harmonischeres geworden. Die Aufgaben dieser Münchener Konferenz liegen auf praktischem Gebiet. Die Hauptfrage ist: Was weiter und wie weiter? Es fehlt an geschulten Agitatorinnen. Die proletarische Frauenbewegung hat größere Massen erfaßt, aber neue *agitatorische Kräfte* hat im Verhältnis zu dieser Ausdehnung nicht heran- gewachsen. So nimmt denn die Beratung: Wie können wir Agitatorinnen schulen? einen breiten Raum ein. Man empfiehlt die Schaffung von Les- und Diskussionsabenden.

<sup>1)</sup> Prot. 106 ff.

den, eine Einrichtung, die in der Folgezeit systematisch ausgebaut wird und sich als außerordentlich fruchtbar erwiesen hat. Die Konferenz präzisiert sodann Forderungen zum Arbeiterinnenschutz, zur Kinder- und Heimarbeit, zum politischen Wahlrecht, Vereins- und Versammlungsrecht. Die Einrichtung von Beschwerdekommissionen, die wir bereits kennen gelernt, wird dem Organisationsbetrieb der sozialistischen Frauen einverleibt.

„Um den Arbeiterinnen“, so heißt es in dem Beschluß, „die nötige Kenntnis der gesetzlichen Schutzbestimmungen zu ihren Gunsten zu vermitteln; um ihnen die größte Möglichkeit zur rückhaltlosen Beschwerdeführung über gesetzwidrige Arbeitsbedingungen und zur Nuzamachung der Gewerbeinspektion zu geben; um aus der Klasse des Proletariats weibliche Kräfte für die Gewerbeinspektion zu schulen, erklärt es die Konferenz für wünschenswert:

1. daß in allen Industriezentren mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft im Einzelnehmen mit den Gewerkschaftskommissionen und kartellten Beschwerdekommisionen der Genossinnen errichtet bzw. weibliche Mitglieder oder Vertrauenspersonen der gewerkschaftlichen Beschwerdekommisionen ernannt werden;

2. daß die bestehenden Beschwerdekommisionen und Vertrauenspersonen zur Entgegennahme von Beschwerden der Arbeiterinnen nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter Zugrundelegung eines einheitlichen Schemas tätig sind, und daß bei ihnen eingegangene, sorgfältig geprüfte Material einer Zentralstelle überwiesen wird, durch welche es der allgemeinen Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz nutzbar gemacht werden muß;

3. daß die Genossinnen der in Betracht kommenden Zentren Vortragsskurse über die gesetzlichen Arbeiterinnenschutzbestimmungen organisieren, so daß die Frauen der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Beschwerdekommisionen und Vertrauenspersonen methodisch vorbereitet und geschult werden;

4. daß die Genossinnen sich mit den in Frage kommenden gewerkschaftlichen Instanzen ins Einzelnehmen setzen und gemeinsam mit ihnen der Prüfung und Durchführung der möglichen Maßnahmen nähertreten.“

Als Folge dieser Münchener Konferenz hebt zunächst im ganzen Land eine durch besondere Anweisungen vorbereitete Agitation gegen den „Fleisch- und Zollwucher“ an, wobei immer nach beiden Seiten, gewerkschaftlich und politisch, gearbeitet wird. Dann treten die Frauen in den Wahlkampf ein. Eine Broschüre über „Pflichten und Stellungnahme der Frauen und Mädchen des erwerbstätigen Volkes bei der Reichstagswahl 1903“ gelangt auf Kosten der Partei zur Verbreitung. Die Frauen stürzen sich mit Feuerreifer in den Kampf. In Berlin und Umgebung werden für die Dauer der Wahlperiode besondere „Wahl-

vereine für Frauen" eröffnet. Überall drängen sich die „Genossinnen" zur Mithilfe bei der Wahlarbeit heran. Sie helfen beim Abschreiben und Nähen der Wahlloklisten, beim Adressenschreiben, beim Austragen und Verteilen der Stimmzettel, beim Verbreiten der Wahlflugblätter. Sie sammeln Geld, agitierten für den Besuch der Versammlungen, suchen im Privatverkehr der Sozialdemokratie Stimmen und Anhänger zu werden, führen saumige Wähler auf, um sie zur Urne zu begleiten. Sie hetzern in den großen Mietkasernen treppauf treppab, sozialdemokratische Flugblätter und Broschüren verteilend und wandern vor die Tore der Fabriken in Roverio und Dörfer. Die weiblichen Vertrauenspersonen leisten eine Fülle organisatorischer Mearbeiten, die führenden „Genossinnen" halten Moden über Moden. In solcher Lust gedeiht die Bewegung und der siegreiche Wahlkampf leibt ihr Flügel. Ende 1903 ist die Zahl der Vertrauenspersonen bereits auf 78, die Zahl der Leserinnen der „Gleichheit" von 4000 auf 6600 gestiegen. Die Zentralvertrauensperson wird laut Beschluß des Mändener Parteitag im Hauptamt angestellt und von der Partei besoldet, die Agitation in die „Genossinnen" hineingetragen. Bemerkenswert ist ein Erfolg zu verzeichnen, wie ihn bislang kein Jahr gebracht. Von 1902 auf 1903 stieg die Zahl der weiblichen Organisierten von 28 218 auf 40 666.

Bremen 1904. Die Bremer Konferenz weist wiederum eine steigende Zahl der Vertrauenspersonen auf: 33. In München waren es 20 gewesen. Die Debatten sind angelebter. Zum erstenmal ist der Parteivorstand offiziell vertreten. Die Zentralvertrauensperson berichtet: Wir haben agitiert in den Wahlen, Agitation betrieben mit dem Kinderbuch, mit dem Heimarbeiterschulungspreis. Die Zahl der Frauenbildungsvereine hat zugenommen. Eine Broschüre der „Genossin" Wally Zedler hat Programm in die Aufgaben der Partei hineingetragen. Die Zahl der Vertrauenspersonen beträgt jetzt 106, die „Gleichheit" zählt 12 000 Leserinnen. Man freut sich insbesondere der gewerkschaftlichen Erfolge. Eine „Genossin" legt dar, wie der Buchhändlerverband auf geselligem Wege durch Familienzusammenkünfte, Deklamationen und Tanzveranstaltungen die Arbeiterinnen zu sich herangezogen, sie veranlaßt hat, in die Werkstätten zu kommen. In vielen Orten ist indes die Bewegung nicht viel weiter gekommen. „Auch heute noch gibt es Genossinnen, die der Frauenbewegung sinnlich gegenüberstehen, sie ins Lächerliche zu ziehen suchen".<sup>1)</sup> Eine „Genossin" erzählt, wie die Bewegung in streife Essen-Kasse eingestrichelt nach sich entwickelt habe. Märzfeier.

<sup>1)</sup> Frau Greifenberg, Prot. 337.

Maifeier, Unterhaltungsabende, Gewerbegerichtswahlen sind zur Agitation benutzt worden. Die nicht gewerblich tätigen Frauen, so jetzt „Genossin“ zieht auseinander, müssen als Mutter, Hausfrau und Bürgerin gepackt werden. Mit dem Kinderschutz faßt man die Mutter, mit dem Zollwucher die Hausfrau, mit der reaktionären Vereinsgesetzgebung die Bürgerin.<sup>1)</sup> Die Konferenz legt den Vertrauenspersonen die Verpflichtung auf, g e w e r k s c h a f t l i c h e A g i t a t i o n s k o m m i s s i o n e n von Frauen zu schaffen, eine Einrichtung, die früher von gewerkschaftlicher Seite angeregt worden, aber nur wenig Verbreitung gefunden hatte.

Als Aufgabe dieser Agitationskommissionen wird festgestellt: Durch E r m i t t l u n g e n und S t u d i u m, durch regen und stetigen Verkehr mit den Arbeiterinnen, durch lebendige Anteilnahme an der Gewerkschaftsbewegung usw. genauen Einblick in die Arbeits- und Existenzbedingungen des weiblichen Lohnproletariats am Orte zu schaffen. Mittels des gesammelten Materials haben sie die A g i t a t i o n jeder Art unter den Arbeiterinnen vorzubereiten und zu fördern. Die verheirateten Arbeiterinnen müssen oft an häuslichen H e r d a u f g e s u c h t und Verbindungsfäden zwischen ihnen und der Gewerkschaft geknüpft und unterhalten werden. Eine besondere Aufgabe ist die H e r a n b i l d u n g eines S t a m m e s g e w e r k s c h a f t l i c h e r A g i t a t o r i n n e n und Organisatorinnen.

Nicht zum kleinsten Teile dieser Einrichtung in Verbindung mit den Beschwerdekommisionen ist die spätere sprunghafte Entwicklung der sozialistischen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenbewegung zu danken. Es werden E r m i t t l u n g e n angeregt darüber, „wie viele der erwerbstätigen Frauen, deren Männer organisiert sind, einer gewerkschaftlichen Organisation oder einem Bildungsverein angehören“. Im übrigen beschließt die Konferenz in Sachen Kinderschutz, Zehnstundentag, Vereins- und Versammlungsrecht. Klara Zetkin behandelt die S c h u l f r a g e prinzipiell im sozialistischen Sinne und unter dem Gesichtspunkt der Agitation unter dem weiblichen Proletariat.

An die Behandlung dieser Frage auf der Konferenz knüpft sich eine planmäßige Aufklärungsarbeit im ganzen Reich über das Schulproblem, wobei zwei Forderungen in den Vordergrund gestellt werden: erstens daß die Schule von jedem r e l i g i ö s e n Einfluß befreit werden müsse, zweitens die E i n h e i t s s c h u l e an Stelle der „Armeleuteschule“ zu treten habe. Der Vortrag Zetkin erscheint in Broschürenform und wird in 20 000 Exemplaren verbreitet.

Mit Jahreschluß kündigt die „Gleichheit“ eine Vergrößerung und weitere Ausgestaltung ihres Inhalts an. „Ohne irgendwie ihren Charakter

<sup>1)</sup> Prot. 345.

zu verändern und ihre Aufgaben als Kommissarorgan der Genossinnen zu beschränken<sup>1)</sup>, sollen in ihre zukünftige auch die allgemeinen Interessen der proletarischen Frauen zu ihrem Rechte kommen. Die Proletarinnen soll in der Zeitschrift nicht bloß die treue Beraterin für ihre Beteiligung am Beirungskampf ihrer Klasse finden, sondern auch für ihre allseitige Selbstbildung, für die bessere Erfüllung ihrer Pflichten als Hausfrau und Mutter<sup>2)</sup>. Der Unterhaltungsteil wird vorzüglich für jung und alt.

Wiederholt zum Gewerkschaftstagesproß bevor (Götting 1905). Die Zahl der gewerkschaftslos organisierten Arbeiterinnen ist im Jahre 1904 um weitere 8000 gestiegen. Die Genossinnen konzentrierten ihre Wünsche jetzt auf die Forderung nach Anstellung von weiblichen Gewerkschaftsbeamten und — finden Verständnis. Im Juni 1905 wählt das Gewerkschaftsratratell Nürnberg die Genossin Grünberg zur Arbeitersekretärin — die erste deutsche Arbeitersekretärin. Einige Monate später beruft die Generalkommission der Gewerkschaften die „Genossin“ Altmann in ihr Placatum Monats Korollarium der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen. Damit wird eine Zentrale geschaffen, von der wir später noch hören werden. Eine dritte Anstellung folgt im Frühjahr 1906 seitens des Handlungsgehilfenverbandes.

Auch sonst zeigt die Bewegung Fortgang. 1905 bringt der Bericht der Zentralvertrauensperson erstmals Zahlen über den Umfang der politischen sozialistischen Frauenbewegung. 4000 Frauen und Mädchen sind in den Bundesstaaten, wo es angängig ist, in der Partei organisiert, 3000 gehören „unpolitischen“ Frauenbildungsvereinen an. Die „Gleichheit“ zählt jetzt 23000 Abonnenten. Der Parteitag (Jena) anerkennt in aller Form die proletarische Frauenbewegung, indem er bei Änderung des Organisationsstatuts die bisherigen Sonderrechte der Frauen bestehen läßt und die Forderung nach Berufung weiblicher Vertrauenspersonen in allen Parteiortern zu der seinigen macht. Das neue Statut macht es jedem, der sich zu den Grundfäden der Partei bekennt, zur Pflicht, diese „da und dort durch Geldmittel“ zu unterstützen. Indem nun die Neuierung getroffen wird, daß die weiblichen Vertrauenspersonen „freiwillige Gaben“ entgegennehmen und durch besondere Marken quittieren können, ist den Frauen und Mädchen aller Bundesstaaten erstmals eine politisch nicht faßbare Möglichkeit gegeben, ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nachzuweisen. Die Zentralvertrauensperson gibt Marken von 5 und 10 Pfennig heraus.

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1904. 194.



Eine kleine Beunruhigung bringt der Straßburger Katholikentag, auf dem erstmals die Frauenfrage und Frauenbewegung eine Behandlung finden. Ein „klerikaler Frontwechsel“, meint die „Gleichheit“, ein Frontwechsel, der die Sozialistinnen zu Konsequenzen treiben müsse, die da lauten: „Verdoppelung und Verzehnfachung der Arbeit zur Revolutionierung der Köpfe der proletarischen Frauenmassen.“

Maunheim 1906. Zum vierten Male versammeln sich die Beauftragten der sozialistischen Frauenbewegung. „Zoll- und Steuer-gesetze“, „Wahlrechtskränkereien“ und „Schulverfassung“ hören wir, hätten die Agitation recht lebhaft gestaltet. Bereits 5000 Frauen leisten „freiwillige Beiträge“ für die Partei, 6000 sind mit den Männern in der Partei organisiert. Die Les- und Diskussionsabende haben weiteste Verbreitung gefunden und ihnen wird nachgerühmt, daß sie „die Frauen immer mehr an ernste Lektüre gewöhnen“ und „damit allmählich die Kenntnis des Parteiprogramms in Fleisch und Blut“ bringen. Eine Aufstellung hat ergeben, daß an 45 Orten allmonatlich und an 35 Orten alle 14 Tage solche Abende veranstaltet werden. Für die mündliche Agitation ist eine ganze Anzahl „Genossinnen“ in gesonderten Kurien herangebildet worden. Die Frauenbildungsvereine zählen 9000 Mitglieder. Da und dort hat man Kinderbeschusskommissionen gebildet zwecks Überwachung der Durchführung des Kinderschutzgesetzes. Die „Gleichheit“ mustert 46 000 Abonnentinnen. Der Broschürenvertrieb weist respektable Ziffern auf. Der gewerkschaftlich Organisierten sind es jetzt bereits 74 000. — Außer der Frage der Agitation unter den Landarbeiterinnen bilden Dienstbotenbewegung, Frauenstimmrecht, Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen Gegenstand der Beratung. Klara Zetkin weitet ihr Referat über das Frauenstimmrecht zu einer scharfen Abrechnung mit der bürgerlichen Frauenbewegung aus; zur letztgenannten Frage des Schwangers- und Wöchnerinnenschutzes wird eine Reihe von Forderungen an die Arbeiterschutz-, Arbeiterversicherungs-gesetzgebung und an die Gemeinden präzipiert.

Noch eine kurze Spanne Zeit bis zum Erlaß des Reichsvereinsgesetzes, aber ereignisreich im höchsten Grade für die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung.

Das Ende des Jahres 1906 bringt die Überraschung einer Reichstagsauflösung, d. h. neuen Wahlkampfs. Die Frauen können in Aktion treten. Diesmal besser organisiert und mit verstärkter Kraft. Eine ungemein scharfe Proklamation an „Genossinnen! Arbeiterinnen!

Arbeiterfrauen!') geht ins Land, unterzeichnet von der Zentraler-frauenpersön.

„Auch ihr müßt an dem Volkswort über die strapaziöse und beschränkte Massenpolitik des Deutschen Reiches mitwirken. Was sie brutal unter die Äuße gekämpft hat, auch wenn sie die Macht der Arbeiterfreundlichkeit ung, das sind die Interessen eurer Brüder, das sind eure eignen Interessen und die eurer Kinder . . . Vergeht nicht, daß das Sündenregister der Herrschenden und Regierenden das Register eurer Leiden und Noe ist . . . Ihr seid wohl politisch Weislose, aber nicht Machtlose. Geht in die dunkelsten proletarischen Wohnungen, um dort die Schlafenden zu wecken, die Säugenden und Pössigen zum Kampfe zu reizen, die Flehen mit Mut, die Zweifelnden mit harter Überzeugung zu erfüllen. Führt die Empörung über Verrechnungskonferenzen und Arbeitererregung über die ganze gewaltige Mißwirtschaft im Deutschen Reich zu loderbenden Flammen an. Weist der Empörung den rechten Weg: den proletarischen Klassenkampf. Sorgt für den Massenbesuch der sozialdemokratischen Versammlungen. Der Wahlkampf treibt Geld; beschafft Kriegsmunition. Helft bei der Verbreitung von Flugblättern und anderer Agitationsliteratur. Zwilt euch den sozialdemokratischen Wahlkomitees zu aller Art Arbeit zur Verfügung. Jede aufgeschaltete Proletarierin müßte mindestens zwei uninteressante Arbeiter, einer von dem armen Herr der Reichshüter und Kolonialhüter für die Sozialdemokratie an die Urne bringen.“

In der „Gleichheit“ hallt es wider: „In Noth und Mied des Klassenbewußten Proletariats, ihr Frauen, die ihr mit Sand und Blut der kapitalistischen Ordnung umht, die ihr mit zehender Zednlucht nach starkem, schönem Menschentum verlangt.“ Ausreichender denn je ist die Sprache:

„Schaffen, schaffen, daß Gne und Hunger vermieden, und dabei entbehren, oft das Nötige entbehren, das ist das Los der meisten unserer Arbeiterinnen. Sind sie doch die Ausgebeuteten unter den Ausgebeuteten . . . Die Geißel-hetze der Klassenherrschaft senken täglich nieder auf den Rücken der Arbeiterinnen in Gestalt des Brot und Fleischwunders, in Gestalt unserer gesamten wider-sinnigen Groß- und Handelspolitik diese Weisheit betomme sie zu fühlen in der famosen Finanzreform . . . Alle diese Erfahrungen lehren usw.)

Die Auflage des verbreiteten Flugblattes „Frau und Reichstags-wahlen“ erreicht eine Million. Wie war die Teilnahme der Frauen an den Versammlungen, an der Sammlung für den Wahlkampf, in der Hilfeleistung bei der Wahlarbeit so umfangend und intensiv gewesen. Und doch: Enttäuschung; großer Mandatsverlust der Partei, ungenügender Stimmengewinn. Die Wähler hatten die Partei im Stiche gelassen. Die Frauen wichen die Lehre: Der Sozialismus steht also noch nicht im Kopf und Herz des Proletariatsheeres. Den meisten ist er immer noch

1) S. „Gleichheit“ 1906, 188.

2) „Der Arbeiterin Interesse an der Reichstagswahl.“ „Gleichheit“ 1907, Nr. 2.

nichts anderes als der Kampf um ein bißchen bessere Lebenshaltung, ein bißchen mehr Anteilnahme am Leben; nur wenigen ist er bisher ein Ideal, das ihr ganzes Denken, Fühlen und Wollen durchdringt und ihm Richtung gibt.“<sup>1)</sup> In die Proletarierfamilie müsse sozialistischer Geist — eine Aufgabe für die Frauenbewegung, die auf der spätern Nürnberger Konferenz auch richtig in Angriff genommen wird.

Was 1906/07 politisch gefehlt, kam gewerkschaftlich herein. Als im Mai 1907 die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Gewerkschaften ihren ersten Tätigkeitsbericht erstattete, konnte sie einen Riesenzuwachs feststellen. Die Zahl der weiblichen Organisierten war im Jahre 1906 über das erste Hunderttausend hinausgewachsen — 118 908. Die Sekretärin hatte sich die Schulung jüngerer agitatorischer Kräfte angelegen sein lassen, die Generalkommission eine heute noch bestehende besondere Gewerkschaftsschule<sup>2)</sup> zwecks Ausbildung von Funktionären geschaffen, wozu man auch Arbeiterinnen heranzog.

Eine Welle verstärkter Initiative in bürgerlichen Frauenkreisen — Programmweiterung des Bundes deutscher Frauenvereine, Erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen im März 1907 — wird von den Führerinnen der proletarischen Frauenbewegung erneut zum Ausgangspunkt eindringlicher Vorstellungen an die Adresse der Gesamtpartei hinsichtlich der Unterstützung ihrer Bestrebungen genommen. „Mancher klassenbewußte Arbeiter, mancher Genosse verstößt noch gegen das Gebot der Einsicht, die proletarische Frauenbewegung energisch zu unterstützen.“

„Aus Klugheitsrücksichten“, mahnt die „Gleichheit“, „soll der Sozialdemokrat die proletarische Frauenbewegung unterstützen. Heute ist die Frau politisch ja noch rechtslos, aber sie wird es nicht bleiben. Es ist undenkbar, daß ihr das Wahlrecht dauernd vorenthalten werden kann. Sobald die Frauen aber das Wahlrecht haben, wird es als eine Waffe im politischen Kampf wirken. Für oder gegen uns. . . Die bürgerliche Frauenbewegung, die wahrlich nicht den Zweck verfolgt, bei den Proletarierinnen das Klassegefühl zu wecken, gewinnt an Boden. Sie hat nicht, wie wir, mit polizeilichen Schikanen zu kämpfen. Im Gegenteil. . . die bürgerlichen Frauen haben reichlich Zeit und materielle Mittel, sich der Bewegung widmen zu können. . . Wir dürfen die Proletarierinnen nicht von bürgerlichen Parteien und auch nicht von der bürgerlichen Frauenbewegung gefangen nehmen lassen. Das aber könnte ge-

<sup>1)</sup> K. D. (Käthe Dunker?) in der „Gleichheit“ 1907, 26.

<sup>2)</sup> Sechswöchentliche Unterrichtskurse in Berlin. Einzelleiten siehe Protokoll vom Dresdener Gewerkschaftskongreß 1911, 104 ff.

sehen, wenn wir nicht mit allen Kräften die proletarische Frauenbewegung fördern.“<sup>1)</sup>

Wald folgt der internationalen Konferenz der Sozialisten in Stuttgart und mit ihm

die erste internationale Konferenz der sozialistischen Frauen in Stuttgart 1907

Sie trachten weitere Fortschritte. Bereits 1897 auf dem internationalen Kongress in London hatten die deutschen „Genossinnen“ versucht eine gewisse Fühlung zwischen den Sozialistinnen der einzelnen Länder herbeizuführen. Die Bemühungen waren jedoch erfolglos geblieben. Nun nach einem Abschied, sollte der Versuch auf einer besondern internationalen Frauenkonferenz wiederholt werden. 15 Nationalitäten waren in Stuttgart durch 32 Delegierte politischer und gewerkschaftlicher Organisationen vertreten. Hauptpunkt der Tagesordnung war: Die Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den Genossinnen aller Länder und Festlegung einer einheitlichen Marschroute in Sachen des Frauenwahlrechts. Die deutschen „Genossinnen“ erreichten ihr Ziel. Es wurde ein internationales Bureau eingesetzt und die Redaktion der „Gleichheit“ zeitlich dazu bestimmt. Der internationale Sozialistenkongress von Genève genehmigte die Resolution der Frauenkonferenz, sprach sich für das allgemeine Frauenstimmrecht für alle Weibsbürger aus und verpflichtete die sozialdemokratischen Parteien aller Länder, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Die gewünschte abermalige „wünschliche Überzeugung der Proletarierinnen von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen im Kampfe für das Frauenwahlrecht“ war erreicht.

Einen Erfolg enthielt sodann der Beschluß des Parteitags in Gießen 1907. Er verpflichtete die „politisch-wirtschaftlich tätigen Genossinnen auch Genossinnen“ sowie die gesamte Parteipresse, „bei jeder Gelegenheit für die Ausbreitung der „Gleichheit“ tätig“ zu sein.

Mittlerweile waren die von der Mannheimer Frauenkonferenz ausgestreuten Samentörner aufgegangen. In einer Reihe von Städten — Berlin, Hamburg, Bremen, Lübeck, Nürnberg, Leipzig, Dresden, Hannover, Mannheim, Frankfurt a. M. — war es gelungen, die Dienstboten mobil zu machen, eine Wirkung der energischen Agitation in Wort und Schrift durch die sozialdemokratischen Frauen in Verbindung mit den Gewerkschaften. Eine Dienstbotenbewegung kam in Fluß. Noch im November 1907 trat in Berlin eine außer-

<sup>1)</sup> „Die Frauenbewegung ein politischer Faktor“, „Gleichheit“ 1907, 81.

ordentliche Frauenkonferenz zusammen, um mit den Gewerkschaften<sup>1)</sup> über weitere organisatorische Maßnahmen in der Dienstbotenbewegung zu beraten. Hauptnachdruck sollte auf die Schaffung eigener Stellenmacheweise gelegt werden.

Mitten in diese Zurüstungen kommt in Preußen der Kampfun das Wahlrecht zum Landtag. Die sozialdemokratische Partei geht zu Straßendemonstrationen über. Die Frauen, voran die Berliner „Genossinnen“, machen mit, in Versammlungen, Demonstrationszügen, vor dem Berliner Landtagsgebäude. Die nächstfolgenden Wochen zeigten die sozialistisch organisierten Frauen erstmals im preußischen Landtagswahlkampf. „Wir können nicht wählen, so wollen wir wählen!“ heißt der Schlachtruf. Die „Genossinnen“ rufen Hausfrauen und Käuferinnen zur rücksichtslosen Anwendung des geschäftlichen Boykotts als Druckmittel und Waffe im Wahlkampf auf. Hier die wesentlichen Stellen aus dem offiziellen Flugblatt „Zu den preußischen Landtagswahlen! Genossinnen, Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes in Preußen an die Arbeit!“<sup>2)</sup>

„Vor allem aber heißt es für die Frauen der Arbeiterklassen: Nutzt euren Einfluß als

### **Käuferinnen, als Konsumenten!**

Nutzt euren Einfluß auf die Handwerker und kleinen Geschäftsleute. Die Krämer, Schlächter, Bäcker, die Milch-, Butter-, Brot-, Grünwaren- und Kohlenhändler, die Schuhmacher, Schneider usw., kurzum, sie alle, die von unserer Kundschaft leben, haben ein großes Interesse an der Eroberung eines demokratischen Wahlrechts . . . Sie alle versichern uns in der Regel, daß auch sie Sozialdemokraten sind. Bei der öffentlichen Stimmabgabe zur Landtagswahl versagen sie jedoch nur zu oft. Viele von ihnen gehen da nicht wählen oder wählen einen Gegner. Alle politischen Gegner der Sozialdemokratie sind aber mehr oder minder Wahlrechtsfeinde . . .

Frauen und Mädchen, sagt all diesen Geschäftsleuten, daß es Ehrenpflicht jedes anrechten Mannes ist, sein Wort zu halten, und daß wir sie nicht mehr mit unserer Kundschaft belästigen werden, sofern sie sich in diesem für uns so wichtigen Kampfe als unsere Feinde erweisen.“

Um den Frauen das Vorgehen gegenüber diesen kleinen Geschäftsleuten begreiflich zu machen, veranstalteten die „Genossinnen“ Berlins

<sup>1)</sup> Die sozialistischen Gewerkschaften haben sich 1908 auf ihrem Kongreß in Hamburg ausführlicher mit der Dienstbotenfrage beschäftigt und die Organisation der Hausbediensteten als dringlich erklärt. Z. Referat Grünberg. Prot. 164, und Beschluß, Prot. 36.

<sup>2)</sup> Beilage zur „Gleichheit“ 1908, Nr. 10.

und anderer Städte Zusammentünfte. In ihnen hielten die etwas redigewandten „Genossinnen“ keine belehrende Vorträge bzw. Ansprachen. Die Einladungen zu diesen Zusammentünften wurden in Form eines kleinen Flugblattes von den „Genossen“ verbreitet.<sup>1)</sup> Am Wahltag selbst hielten die Frauen strenge Kontrolle über die Wahlbeteiligung und Haltung der Geschäftsleute.

Mancher Wähler kam es zunächst mit der Angst und dann mit der Einsicht, wenn ihm die Frauen truppenweise auf den Hals rückten. In den Arbeiterkreisen ist sonst der Aufwindung des ewigen späten Bonfatti mandor — wenn auch vielfach erst auf widerholtes Reden — im Wahllokal erschienen, um einem sozialdemokratischen Wahlmann seine Stimme zu geben. Bei der Abgeordnetenwahl hat sich hier und da noch ein ängstlich gemachter Wahlmann zu unserm Gunsten unstimmen lassen, andere Wahlmänner haben auf Furcht leiter der Wahl zurückgeblieben und haben so wenigstens indirekt zu unserm Vortheile gehandelt.“<sup>2)</sup>

Es hat etwas genügt. Die sozialdemokratische Partei erobert in Berlin jedes Mandate und rückt dann zum ersten Male in den Landtag ein. Selbstverständlich schloß die Zentralvertrauensperson auf der Frauenkonferenz 1908 den Einfluß der „Genossinnen“ auf das Wahleresultat. „Wir haben gemeint, daß die Frauen einmal wählen sollten, wie sie den heutigen preussischen Staat hatten. Sie haben sich nicht nur auf die Kantonen beschränkt, sondern sie haben den Namen Geschäftsleuten, die nun den Arbeiterkräften leben, auf den Zahn gefühlt und sie gefragt, wenn sie ihre Stimme geben wollen. Sonten sie, sie wollten für den Gegner stimmen, dann antworteten wir: Gut, dann seid ihr unsere Feinde, und wir werden unsere Kandidaten andern zuwenden. . . . Ich habe an die Genossinnen ein Merkmal versandt, in dem ich ihnen mitteilte, was auf dem Spiele steht. Ich habe ihnen gesagt, daß die Mittel, die die herrschende Gesellschaft gegen uns anwendet, wir einmal gegen die herrschende Gesellschaft anwenden können. Nun haben wir einmal terrorisiert und die herrschende Gesellschaft hat Feter und Merdies geschrieben! . . . Unser Terrorismus ist eine Waffe der Notwehr. Wenn wir in die Zukunft angewandt haben sollten, das nächste Mal wollen wir es noch energischer tun. Zu diesem Zweck müssen wir vor allem die Hausfrauen aufklären.“<sup>3)</sup>

Es war schon ein rege Organisationsleben unter den „Genossinnen“, eine intensive Anteilnahme am Parteileben, örtlichen Versammlungen, Provinzial- und Bezirkskonferenzen, Parteitage, an politischen und

<sup>1)</sup> S. „Gleichheit“ 1908, 108. — <sup>2)</sup> „Gleichheit“ 1908, 127.

<sup>3)</sup> Bericht der Frauenkonferenz in Nürnberg 1908, Parteitagprot. 469.

sozialen Wahlen, als das Reichsvereinsgesetz publiziert wurde und jene weittragende Bestimmung brachte, um die die sozialdemokratischen Frauen jahrzehntelang vergebens gekämpft: die grundsätzliche und praktische Gleichstellung der Geschlechter vor dem Gesetz, gleiches Recht mit den Männern im Vereins- und Versammlungsrecht. Allein es bestätigte sich auch hier das psychologische Gesetz von der wachsenden Entwertung allzulang und vergebens geforderter Rechte. Die proletarischen Frauen hatten sich heiser gefordert um das gleiche Recht, hatten nach Überwindung größter Schwierigkeiten endlich die Form gefunden, die ihnen gestattete, ein mannigfaches Organisationsleben zu entwickeln — unterm Ausnahmegesetz. Was ihnen nunmehr als überreife Frucht zufiel, vermochten sie nicht mehr zu schätzen. Wir verwerfen es als „eines der schändlichsten Ausnahmerechte, welches die moderne Zeit kennt“ — mit dieser unerhörten Kritik begrüßte die „Gleichheit“ das Zustandekommen des Gesetzes. Beunruhigte das neue Recht die Führerinnen der sozialistischen Frauenbewegung etwa in der Annahme, nunmehr einen Teil ihrer Macht an die Gesamtpartei abgeben, das in jahrelangen Mühen ausgebaute System einer besondern Frauenorganisation zerschlagen und ihre Trümmer spurlos im Meer der Gesamtpartei untertauchen sehen zu müssen? Die Befürchtungen waren nicht unbegründet. Es zeigte sich aber, daß beides, „proletarische Frauenbewegung“ und Gesamtbewegung der Partei, unter Wahrung der Spitzen sich vereinigen ließ.

Umfangreicher denn je berichtete die Zentralvertrauensperson 1908 über den Stand der Bewegung, darin mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit das unterstreichend, was Befürchtung, Wunsch und Wille der Leiterinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung für die Zukunft war.

Mürnberg 1908. Die letzte der regulären Frauenkonferenzen. 72 Delegierte waren da. Kernpunkt der Verhandlungen die **Neuorganisation der Genossinnen**.

Wie war es bisher gewesen? Hier scharten sich die Frauen um ihre Vertrauensperson und dokumentierten durch Zahlung regelmäßiger freiwilliger Beiträge ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei; dort war der Frauenbildungsverein der organisatorische Rahmen für die Zusammenfassung der weiblichen Proletarier; wo aber die Vereinsgesetze bisher schon die gemeinsame Organisation der Geschlechter ermöglichten, wie in Baden, Württemberg, Hessen, Sachsen, den freien Reichsstädten usw., waren die Frauen Mitglied der Parteio-rganisation. Nun machte

Das Reichsvereinsgesetz diese gemeinsame Organisation überall im ganzen Deutschen Reich möglichst. Also hieß es für die „Menschen-Preisgabe der besondern politischen Organisationsformen. Dazu waren die Frauen bereit. Allein verschiedene spezifische Einrichtungen, die sich zu Agitations- und Bildungs-zwecken im Laufe der Zeit herausgebildet hatten, wollten sie aller Theore von der „Weichheit der Geschlechter“ zum Trost erhalten wissen.

Die weiblichen Vertrauenspersonen. Sie sollten sehr Vorstandsmittler in den örtlichen Parteiver-einen werden, Titel und Stellung wechseln, ihre besondern Funktionen aber behalten.

Die Frauenbildungsvereine. Konnten sie nicht mehr als politische Organisationen der Frauen oder als Ersatz gelten, so doch Mittelpunkt des geistigen Lebens im allgemeinen bleiben.

Frauenversammlungen. Die Notwendigkeit einer Vertretung der Frauen in gewöhnlichen Versammlungen wurde in Nürnberg also begründet:

„Es gibt Fragen, die die Frauen besonders interessieren. Da reden am besten Frauen zu Frauen. So hatten wir in Dresden einmal eine Professorensammlung gegen die Milchver-einerung. Der Redner ging von der Ver-einerung der Futtermittel aus und sprach ausführlich über die ganze Zollpolitik usw. Eine Frau hätte die Sache ganz anders angefaßt. Sie hätte vielleicht genau dasselbe gesagt, aber sie hätte begonnen, davon zu sprechen, was die Ver-einerung der Milch für die Kinder usw. bedeute. Damit hätte sie das Interesse der Frauen geweckt, die dann auch den Ausführungen über die Zollpolitik zugänglicher gewesen wären. Das Denken der Frauen ist nicht geringwertiger, aber es ist anders als das des Mannes. Die Frauen gehen meist von der praktischen Seite des Lebens aus, und wenn wir sie paden wollen, müssen wir immer wieder von diesen praktischen Fragen anfangen. Aus diesem Grunde brauchen wir also besondere Versammlungen für die Frauen, und dann auch aus dem schon erwähnten Grunde, weil Frauen und Männer nicht gleichzeitig von zu Hause wegkommen können.“<sup>1)</sup>

Frauenlese- und Diskussionsabende. „Gerade auf diesen Diskussionsabenden“, setzte Emilie Baader auseinander, „haben wir aus den ichenen, gedrückten Frauen, die sich nicht trauten, ein Wort laut zu sprechen, tüchtige Agitatorinnen herangebildet. Diesen Diskussionsabenden ist es auch zu danken, daß unsere Parteiliteratur in den letzten Jahren von den Frauen ganz bedeutend mehr gelesen wurde als früher.“<sup>2)</sup>

Frauenkonferenzen. „Diese Konferenzen“, führte Luise Zieß aus, „haben außerordentlich viel dazu beigetragen, daß wir heute

<sup>1)</sup> Bericht der Frauenkonferenz in Nürnberg 1908, Parteitagsprot. 492.

<sup>2)</sup> N. a. S. 468.



so viele geschulte Genossinnen haben. Hier haben die Frauen den größten Teil der Anregungen und Fingerzeige zur Agitation bekommen. Hier wurden auch die Genossinnen untereinander bekannt, was unsere Agitation ungemein förderte.“<sup>1)</sup>

Also herrschte Übereinstimmung. Der in Verbindung mit der Partei ausgearbeitete Organisationsvorschlag fand eine Mehrheit und auch die Zustimmung des Parteitags.

### Seit Nürnberg gelten für die politische Organisation der sozialdemokratischen Frauen folgende Bestimmungen:

1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten.

Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet. Über das Fortleben besonderer Frauen-Bildungsvereine entscheiden die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen enthebt jedoch die Genossinnen nicht der Verpflichtung, den sozialdemokratischen Parteiorganisationen anzugehören.

2. Unabhängig von den Vereinsabenden der Männer sind für die weiblichen Mitglieder Zusammenkünfte einzurichten, welche ihrer theoretischen und praktischen Schulung dienen.

3. Die Festsetzung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Empfehlenswert ist, die Beiträge für die weiblichen Mitglieder niedriger zu bemessen wie für die männlichen.

4. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis zu ihrer Zahl im Vorstand vertreten. Doch muß diesem mindestens eine Genossin angehören.

5. Den weiblichen Mitgliedern des Vorstandes liegt es ob, die notwendige Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand und unter Mitwirkung der tätigen Genossinnen zu betreiben.

6. Solange betreffs der Besetzung der Parteitage durch die Parteiorganisationen noch das gegenwärtige Provisorium gilt, bleiben auch für die Delegation der Genossinnen die jetzigen Bestimmungen des Parteistatuts in Kraft.

<sup>1)</sup> N. a. D. 490.

Das Zentralbureau der Genossinnen bleibt bestehen. Die Vertreterin der Genossinnen darin wird dem Parteivorstand angegliedert.<sup>1)</sup>

Die Münchener Konferenz hat auch insofern eine besondere Bedeutung erlangt, als daselbst die Richtlinien einer sozialistischen Jugend-erziehung in Familie und Jugendorganisation festgelegt wurden.

Die „Gleichheit“ — inzwischen auf 85 000 Abonnenten angewachsen — ändert mit Oktober 1908 ihr Format, erweitert ihren Inhalt von 8 auf 24 Seiten und bringt von da ab in jeder Nummer eine Beilage für Mütter und Kinder. Die Gewerkschaften mahnen in 35 Verbänden 138 443 weibliche Mitglieder! —

<sup>1)</sup> Protokoll gehalten von der Dohse mit dem Zentralbureau (s. Der Parteilin in München: 1902) hatte, wie wir bereits wissen, auf Anregung der Frauenkonferenz ein besonderes Bureau in Berlin für die Frauenbewegung geschaffen und die Zentralvertrauensperson Baader übernommen und besetzt. Dieses Bureau sollte bestehen bleiben und die Vertreterin dem Parteivorstand angegliedert werden. Die Genossin Doehre verzichtete aber auf die Wahl als Vertrauensperson. An ihrer Stelle wurde Luise Zieg gewählt. Beide „Genossinnen“ aber blieben im Frauenbureau. Damit hatten sie eine Ersatzstelle geschaffen, bestehend aus 3 weiblichen Kräften, von denen allerdings nur die eine die Sanction der Partei hatte. Die Halbheit wird nunmehr beseitigt. Die „Genossin“ Zieg wird ständige Sekretaria im Parteivorstand, die „Genossin“ Doehre als Hilfsarbeiterin beschäftigt. Damit sind beide in den Parteistufen aufgenommen

### III. In der Partei

#### Organisation, Agitation, Bildungsbestrebungen

Seitdem die Frauenorganisation integrierender Bestandteil der Gesamtpartei geworden und der sozialistischen Frauenbewegung neben der Initiative, die sie aus sich selbst entfaltet, alle agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen der Partei zugute kommen, befindet sich die sozialistische Frauenbewegung in rascherem Aufstieg. Am Jahreschluß 1908 stellte eine Umfrage fest, daß 40 421 weibliche Parteimitglieder vorhanden waren. Bereits bis August 1909 hatte eine intensive Agitation diese Zahl um rund 33 000 gesteigert. Seitdem brachte jedes Jahr einen Zuwachs von 20 000.

Die Frauen können an allen Lebensäußerungen der Partei und an allen ihren Aktionen gleichberechtigt teilnehmen. Bei allen Parteiveranstaltungen wird mehr oder weniger Bedacht auf Frauen und Fraueninteressen genommen. Diesen Einschlag überall herzustellen, ist die besondere Aufgabe der weiblichen Vorstandsmitglieder in den örtlichen Parteivereinen, in den Wahlkreis-, Bezirks- und Landesorganisationen. Anregung und Anweisungen empfangen diese weiblichen Funktionäre vom Frauenbureau in Berlin. Benötigen sie besonderer Materialien zur Agitation, so brauchen sie sich nur an das Frauenbureau zu wenden und erhalten dann das Gewünschte zugesandt. Werden zur Vorbereitung von Versammlungen Flugblätter gewünscht, so geht die Bitte an den Parteivorstand. Sollen aber spezielle Frauenfragen in den Flugblättern berücksichtigt werden, dann entwirft das Frauenbureau Musterflugblätter. Flugschriften allgemeiner Art für die öffentliche, Versammlungs- und Hausagitation verfaßt das Frauenbureau im Namen des Parteivorstandes. Von ihm werden regelmäßig Artikel und Notizen an die gesamte Parteipresse versandt. Diese Veröffentlichungen behandeln in grundsätzlicher und agitatorischer Form aktuelle politische Tagesfragen, die irgendwie das Interesse der Frauen erheischen. Heute hat jedes Parteiblatt seine besondere Rubrik „Für unsere Frauen“.

Früher kannte man nur die allgemeinen Frauenkonferenzen für ganz Deutschland. Heute halten die agitatorisch interessierten „Genossinnen“

unter Leitung des Frauenbureaus Streiks-, Bezirks- und Landeskonferenzen ab. Auch das Versammlungsweisen ist durchgebaut bis zur Konferenz einzelner Zindteile oder Straßenzüge. Derselbe Einrichtung zur Belebung und Systematisierung der Agitation haben die Gewerkschaften getroffen. Sie halten „Arbeiterinnenkonferenzen“ ab. Namentlich der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, der heute über 50 000 weibliche Mitglieder zählt, rufft zeitweise solche besondern Konferenzen der agitatorisch tätigen weiblichen Mitglieder ein.

Eine neue Einrichtung mit agitatorischer Zweckbestimmung ist auf Beschluß der zweiten internationalen sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Kopenhagen (1911) getroffen worden, der sogenannte „Frauentag“. Alljährlich an ein und demselben Tag demonstrieren die sozialistischen Frauen aller Länder, die politisch und gewerkschaftlich organisierten, in Wort und Schrift für das Frauenwahlrecht.<sup>1)</sup> Dieser Frauentag wird vom Frauenbureau aus planmäßig vorbereitet und durchgeführt. Wodanlang vorher erscheinen in der Partei- und Gewerkschaftspropaganda Hinweise und Aufrufe, immer wiederkehrend. Überall werden dieselben Beschlüsse erfüllt. Den Bericht über Verlauf und Erfolg der beiden bereits abgehaltenen Frauentage zufolge soll der beabsichtigte Zweck in beiden Fällen auch erreicht worden sein. Der Beschluß der Demonstrationsversammlungen 1912 lautete:

„Die Forderung des Frauenwahlrechts findet ihre beste Begründung in der Revolutionierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch den Kapitalismus. Die Leistungen der Frauen in Industrie und Landwirtschaft, im Handel und Verkehrsweisen, die Pflichten, die sie erfüllen als Mütter und Hausfrauen, geben ihnen einen berechtigten Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Frauen fordern das Wahlrecht, um ihre Interessen selbst schützen und vertreten zu können, sie fordern es ferner, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Verwirklichung des Sozialismus.

Die Versammelten erklären deshalb, daß sie sich zur Erringung des Frauenwahlrechts in die Reihen der Sozialdemokratie stellen wollen und mit Energie und Ausdauer für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen öffentlich-rechtlichen und politischen Vertretungskörpern für die über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen.

<sup>1)</sup> Der „Frauentag“ 1911 fand im März, der 1912 im Mai statt.

Die sozialdemokratische Partei ist die einzige politische Partei, die als konsequente Vorkämpferin für das volle Bürgerrecht des Weibes anzusprechen ist.

Ihre wachsende Macht ist die alleinige Gewähr für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassenherrschaft, wodurch auch der Frau erst das volle Menschentum verbürgt wird.

Die Versammelten geloben daher, die Ausbreitung der sozialistischen Anschauungen zu fördern und an der Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und der Verbreitung ihrer Presse unablässig mitzuwirken.<sup>1)</sup>

Parallel mit den Bestrebungen nach Erbreiterung der Agitations- und Organisationsbasis gehen die Bemühungen auf Systematisierung und Vertiefung der Bildungseinrichtungen für Frauen. Die „Diskussions- und Leseabende“ haben wir als Einrichtung bereits kennen gelernt. 1911 bestanden sie an 105 Orten. Ein „Leitfaden“ für die Ausgestaltung solcher Abende und ein „Katalog empfehlenswerter Schriften“ haben sich als gute Hilfsmittel bei der Arbeit erwiesen. Trotzdem geht die alte Klage weiter, daß es nach wie vor sehr an brauchbaren Lehrkräften und an der rechten Lehrmethode fehle. Die Frauenkonferenz 1911, die erste, seitdem die Frauen der Gesamtpartei angehören,<sup>2)</sup> hat ihre Hauptaufgabe eben darin erblickt, in diese Schwierigkeiten hineinzuleuchten und sie zu beheben. Mit spärlichem Erfolg nur.

Interessante Experimente hat der Parteihauptort Großberlin gemacht. Hier werden Kurse für Anfängerinnen und Fortgeschrittene gehalten. Eine in acht Kursen durch vier Jahre hindurch geführte Statistik über die Teilnehmerinnen hat ergeben, daß von 1100 Frauen 700 nur ein- oder zweimal den Unterrichtsabend besuchten. Unter 119 Teilnehmerinnen standen nur 17 unter 25 Jahren, 102 waren verheiratet (mit zusammen 208 Kindern). Es sind in der Hauptsache die Frauen der politisch und gewerkschaftlich schon längere Jahre organisierten Arbeiter, die die Leseabende besuchen. Man hat die Beobachtung gemacht, daß die Frauen nur schwer geschlossenen, systematisch aufgebauten Vorträgen zu folgen vermögen. An Stelle der Vorträge wird Unterricht nach Art des Schulunterrichts vorgeschlagen. Die Mitteilung von Tatsachen soll Hauptsache sein, stofflich soll alles gegeben werden, was für die Frauen irgendwie faßbar ist. Kurt Heinig, der diese Statistik aufgenommen, schließt seine Betrachtung<sup>3)</sup> mit der Feststellung: Die Leseabende werden keine Massen anzuziehen vermögen, nur eine Dbersicht von Frauen, deren geistige Regsamkeit und Charakterkraft über dem Durchschnitt steht, wird die ständigen Besucherinnen stellen.

<sup>1)</sup> „Gleichheit“, 22. Jahrgang, 280.

<sup>2)</sup> Nur Parteitage delegierten konnten, zum Unterschied gegen früher, daran teilnehmen.

<sup>3)</sup> „Gleichheit“, 22. Jahrgang, 358 ff.

Die Jenaer Frauenkonferenz 1911 vermochte, wie bemerkt, trotz weit ausgedehnter Diskussion kein einheitliches Unterrichtsprogramm und keine festen Richtlinien für die Unterrichtsmethode zu geben. Zudem, die Teilnehmerinnen der Bewegung haben die Schwäche der Frauenunterrichtsarbeit erkannt und sich damit auf den Weg zu Karrieren und erstens zu nehmender Bildungsarbeit begeben. Wo geeignete Lehrkräfte in Frauenkreisen noch fehlen, besuchen die „Genossinnen“ die Wanderkurse des Bildungsausschusses der Gesamtpartei. Außerdem wird darauf gedrungen, daß der Parteibildungsausschuß von sich aus besondere Kurse zur Weiterbildung der Frauen einrichtet.

Früher erregte sich die Agitation der sozialdemokratischen Frauenbewegung ausschließlich auf Frauen und Mädchen des städtischen Proletariats (Gewerbetätige und Hausfrauen), sowie auf Dienstboten. Heute wird eine breitere Grundlage gesucht und einer spezialisierten Agitation das Wort geredet. Die „Genossin“ Riep hat neuerdings Anweisungen herausgegeben über die Arbeit über die Agitation unter Landarbeiterinnen, unter den katholischen Frauen (sine Proschure, die sich speziell an die katholischen Frauen wendet, ist in Vorbereitung), unter den Handlungsgehilfinnen und Lehrerinnen.<sup>1)</sup>

Bereits im März 1911, anläßlich der ersten einheitlichen Demonstration der sozialdemokratischen Frauen für das Frauenwahlrecht, hat das Organ der Bewegung in einem besondern Aufsatz („Die Lehrerinnen und das Frauenwahlrecht“) auf das Urrecht verwiesen, das in der Verfassung der Gleichberechtigung der Lehrerinnen gegenüber den männlichen Kollegen besteht, und die Lehrentinnen im Gleichberechtigungskampfe den Sozialismus in Empfehlung gebracht. „Alle die materiellen und geistigen Werte, von denen die Lehrerinnen leben“ werden, seien „mit Ingehoerungen des heutigen unsrerer Schulwesens, bei bewußter Vernachlässigung der Volksschulen durch die Herrschenden“. Die Lehrerinnen müßten Anlauf auf die Gleichberechtigung gewinnen. „Das bedeutet neben vielem ander auch: Beseitigung des Zwangslehrens, Abschaffung des religiösen Glaubenszwanges durch die Einführung der Weltlichkeit bei Schule, Ausrottung eines weltlichen Verhältnisses des Glaubens durch die Gemeindefreiorganisation, endlich der unentgeltliche Glaubenslehre.“<sup>2)</sup>

In den Konsequenzen zur Agitation unter den Lehrerinnen muß Luise Riep wird der Schwerpunkt ausschließlich auf die *Bölibatsfrage* gelegt. „Die Lehrerinnen“, sagt sie, „sind nicht nur schlechter gestellt als ihre männlichen Kollegen, sie sind durch Arbeit auch in ihrer persönlichen Freiheit stark beschränkt, weil sie gezwungen sind, ihrem Beruf den Meisten zu treuen, sobald sie heiraten. Sie können ihrem Beruf also nur treu bleiben auf Kosten ihres Weibthums. . . Die doppelte Moral der bürgerlichen Gesellschaft, die beim Weibe zum todwürdigen Sündenbock, zur höchsten Unmoral herabfällt, löst beim Manne tolerant

<sup>1)</sup> „Gleichheit“, 22. Jahrgang 179 ff. — <sup>2)</sup> A. a. O., 21. Jahrgang, 184.

übersehen oder gar als interessant verherrlicht wird, macht das Eheverbot für die Lehrerin zu einer um so stärkeren Fessel, die fest ihre Glieder und ihre Seele umschnürt, die tief einschneidet und blutige Striemen hinterläßt bei jeder freien Bewegung.“ Aus dem Zölibat der Lehrerinnen erwachse weiter ein schwerer Nachteil, da die mütterlichen Kräfte erzieherisch keine Verwertung finden könnten. Also erleide auch die Gesellschaft, in deren Dienst die Lehrerin stehe, eine hohe Einbuße.<sup>1)</sup>

An wichtigen Aktionen der sozialistischen Frauenbewegung seit 1908 seien hier verzeichnet: In Übereinstimmung mit der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften ist eine Bewegung zur Interessierung der Arbeiterinnen für die Krankenkassen (Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts), sowie eine verschärfte Propaganda für Kinderschuttkommissionen eingeleitet worden. Das Bureau der politischen und das Bureau der gewerkschaftlichen Frauenbewegung haben sich weiter die Förderung von Beschwerdekommisionen angelegen sein lassen. Die politisch bewegte Zeit des Jahres 1909/10 — Kampf um die Reichsfinanzreform — ward zur lebhaften Agitation unter den proletarischen Frauen benutzt. Weiter gab die preussische Wahlrechtsbewegung Gelegenheit, die Frauen aufzurütteln. In allen Aufrufen und Flugblättern der Partei, in allen Versammlungsreden und Resolutionen ist der Frauen und des Frauenwahlrechts gedacht worden. Gemeinschaftlich mit der Generalkommission der Gewerkschaften hat der Parteivorstand eine ganze Reihe Frauenversammlungen angeregt, durch welche die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Gewerbegerichten erneut erhoben wurde. Die Kundgebungen zur Reichsversicherungsordnung dienten einer leidenschaftlichen Agitation „gegen die Sozialpolitik des Klassenstaates“ und zur Propaganda der Mutterschaftsversicherung.

Es ist heute nicht mehr möglich, so bemerkt mit Recht der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1911, in dem kurzen Sonderabschnitt „Frauenbewegung“ ein umfassendes und gründliches Bild „von dem geistigen Leben und der praktischen Wirksamkeit der weiblichen Mitglieder der Partei“ zu geben. In allen Aktionen der Gesamtpartei stecke immer mehr ein Stück Arbeit ihrer weiblichen Mitglieder. Nur über die besondern Mittel und Wege, die ausfindig gemacht und angewendet werden, „um die Ideen des Sozialismus den proletarischen Frauenmassen nahezubringen“, berichtet der Sonderabschnitt im alljährlichen Vorstandsbericht. Danach war es 1911 die Lebensmitteleuerung, die Veranlassung gab, eine allgemeine Agitation unter den

<sup>1)</sup> „Gleichheit“, 22. Jahrgang, 260.

Frauen naturgemäß, d. h. eine Protestaktion gegen die Gott und Meibergabenvollst<sup>1)</sup>. Unter diesem Stichwort lehte auch der Reichstagswahlkampf 1912 unter den Frauen ein. Während der eigentlichen Wahlbewegung bestanden die Frauen überall ein hohes Kontingent der Versammlungsbefucher selbst bei den vielen Versammlungen unter freiem Himmel. Außerdem haben hunderte von Frauenversammlungen stattgefunden, in denen das Interesse der Frauen an den Reichstagswahlen nachgewiesen und die Aufforderung an sie erging, sich aktiv am Wahlkampf zu beteiligen. Sofort nach Beendigung der Wahlbewegung lehte überall im Reich eine lebhafteste Agitation ein zur Gewinnung neuer Parteimitglieder und Abonnenten der Tagespresse und der „Gleichheit“. Zur Verbreitung gelangten die Flugblätter: „Lebensmittelwucher und Hungernot“, „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“, „Für das Frauenwahlrecht“; die Broschüren: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, „Die Frauen und der politische Kampf“, „Bist du eine der Anhängen?“ Das Frauenbureau veranlaßte 60 Agitationsstouren und 140000 Flugblätterverteilungen Referentinnen. Erfolg der Agitation: Steigerung der weiblichen Parteimitglieder von 107 693 auf 130 371. Steigerung der Auflageziffer der „Gleichheit“ auf 107 000. Es bestehen zurzeit in 140 Wahlkreisen regelmäßige Diskussions- und Lesende für Frauen. Berlin und Bremen haben besondere Sturze eingerichtet. In 646 Orten sind Frauen als Vorstandsmitglieder tätig. Einzelne Kreise sind dazu übergegangen weibliche Parteisekretäre anzustellen.<sup>2)</sup>

Die Kinderschutzkommissionen — es gab 1912 deren 125 — haben eine größere Wirksamkeit entfaltet und versuchen jetzt erfolgreich mit Lehrern und Lehrerinnen, mit Armen- und Wohltätigkeitsmissionen, mit den städtischen Säuglingsheimverwaltungen in Verbindung zu treten. Mit den Arbeiterkindern werden Ferienausflüge veranstaltet. In der Jugendbewegung beteiligen sich die sozialistischen Frauen gleichfalls in steigendem Maße. Sie haben die Notwendigkeit erkannt, neben der männlichen Jugend, in weit größerem Umfang als früher, auch die weibliche Jugend für die sozialdemokratische Jugendbewegung zu gewinnen.

<sup>1)</sup> Die Auflagen der verbreiteten Flugblätter haben 1911 nie genannte Höhen erreicht: Das Flugblatt gegen den Lebensmittelwucher 612 000, das Flugblatt über Mütter- und Säuglingsschutz 408 000, ein anderes über Wännen- und Wäffenversicherung 432 000, das Frauenwahlrechtsflugblatt wurde in 2½ Millionen Exemplaren von der Zentralstelle bezogen.

<sup>2)</sup> Vgl. Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Chemnitz 1912, Abschnitt „Frauenbewegung“.



**Über die Broschürenliteratur der sozialdemokratischen Frauenbewegung**  
insoweit ihr nicht bloß vorübergehendes Interesse zukommt, orientierte das Frauenbureau im Juli 1912 die Parteipresse wie folgt:<sup>1)</sup>

„Es wurden zu den beiden bis jetzt stattgefundenen Frauentagen zwei mit Illustrationen versehene gediegene Wahrscheinszeiten von der Redaktion der »Gleichheit« herausgegeben, die wertvolles Material zur Frage des Frauenwahlrechts enthalten und die auch nach dem Frauentag den Genossinnen angelegentlichst empfohlen werden können. Da wird die Forderung des Frauenwahlrechtes in einer Reihe von leichtverständlichen Artikeln theoretisch und praktisch begründet. Es wird gezeigt, welches Interesse die Frauen in ihrer Eigenschaft als Mütter, als Gattinnen, Hausfrauen, Arbeiterinnen und Staatsbürgerinnen daran haben, das Frauenwahlrecht zu erringen und es als politische Waffe zu handhaben.

Als eine Einführung in das Problem des Frauenwahlrechts und in den Stand der Frauenwahlrechtsbewegung in den verschiedenen Ländern, sowie den Gegensatz der sozialdemokratischen zu der bürgerlichen Frauenbewegung ist die von der Genossin Zetkin geschriebene Broschüre: Zur Frage des Frauenwahlrechts zu bezeichnen. Bei den letzten Reichstagswahlen hat unsern Agitatorinnen eine von der Genossin Zieß geschriebene Broschüre: Die Frauen und der politische Kampf gute Dienste geleistet. Sie ist auch heute noch zur Agitation unter den Frauen bestens zu empfehlen, denn ihr Inhalt ist noch immer gleich aktuell. Das gleiche ist zu sagen von einer kürzlich im Verlage des »Vorwärts« erschienenen kleinen Schrift von derselben Verfasserin: Bist du eine der Unfrigen?, die sich im Tone der direkten persönlichen Anrede warm an die Arbeiterinnen und Frauen des Volkes wendet.

Mit besonderer Freude ist in den Kreisen der Genossinnen begrüßt worden, daß der »Vorwärts« zukünftig eine Serie Broschüren unter dem Titel: **Sozialdemokratische Frauenbibliothek** erscheinen läßt. Als Nr. 1 dieser Bibliothek ist die bereits genannte und in zweiter verbesserter Auflage erschienene Schrift der Genossin Zieß: Die Frauen und die Reichstagswahlen erschienen, deren erste Auflage sehr schnell Absatz fand. Als Nr. 2 wird der von der Genossin Wehl vor einem Jahre auf der sozialdemokratischen Frauentagung in Jena gehaltene Vortrag: Die Frauen und die Gemeindepolitik erscheinen. . . .

Natürlich werden Broschüren, die andere Probleme der Frauenbewegung behandeln, folgen. Auf diese Broschürenserie der Frauenbibliothek machen wir unsere Genossinnen aufmerksam und empfehlen sie zum eifrigen Studium. Es empfiehlt sich, diese Broschüren zu sammeln, um im Laufe der Zeit eine eigene kleine Bibliothek zu bekommen, worin man sich über die wichtigsten und naheliegendsten theoretischen und praktischen Fragen unterrichtet, derart, daß immer mehr Frauen und Mädchen überzeugt und geschult in den Reihen ihrer Klassengenossinnen agitieren und lehren können.“

<sup>1)</sup> Wir zitieren nach der „Leipziger Volkszeitung“, 20. Juli 1912, 4. Beilage.

Neben der Nütze agitatorischer Arbeit, die ihren Ausgangspunkt in dem Frauenbureau der politischen Partei findet, geht die andere einher, als deren Quelle das 1906 von den sozialistischen Gewerkschaften errichtete Arbeiterinnensekretariat (Berlin, Sekretärin Hanna) anzusehen ist. Das Sekretariat gibt ebenfalls Flugblätter für Arbeiterinnen heraus, regt Versammlungen an, bereitet sie vor, versorgt Referentinnen, gibt intelligenten schon organisierten Arbeiterinnen Gelegenheit zur Schulung und weitem Ausbildung auch ihrer schriftstellerischen Fähigkeiten, erteilt Rechtsauskünfte usw. Serienflugblätter werden von da aus den Zentralverbänden, Zweigvereinen und Gewerkschaftskartellen in beliebiger Anzahl unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Seit Anfang 1911 wird seitens des Sekretariats den für die Gewerkschaften tätigen Arbeiterinnen in Zwischenräumen von 14 Tagen zu Agitation geeignetes Material zugesandt. Dadurch hofft man der gewerkschaftlichen Agitation mehr als bisher wertvolle Dienste leisten zu können.<sup>1)</sup> Erfolgreichen Teilnehmerinnen an gewerkschaftlichen Unterrichtskursen vermittelt das Arbeiterinnensekretariat Teilnahme an den sechsmonatigen Unterrichtskursen der Generalkommission in Berlin.

**Die zahlenmäßige Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen  
Frauenorganisation seit 1908**

ergibt folgendes Bild:

	Zahl der politisch Organisierten	Zahl der gewerkschaftlich Organisierten
1908	40 421	131 443
1909	62 259	133 888
1910	82 642	161 512
1911	107 693	191 332
1912	130 371	

<sup>1)</sup> Vgl. Mittel „Arbeiterinnensekretariat“ im Protokoll des 8. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten in Dresden im Juni 1911, Bericht der Generalkommission.

## IV. Sozialdemokratische und bürgerliche Frauenbewegung

Wenn innerhalb der deutschen Sozialdemokratie neben der rein ökonomisch orientierten marxistischen Lehre noch Jahrzehnte hindurch rechtsphilosophische Ideen und Begründungen sozialistischer Arbeit ein zähes Leben behaupteten und sich bis in unsere Tage hinein verlieren, ist es da verwunderlich, daß auch die „proletarische Frauenbewegung“ in ihren Erstanfängen „bürgerlich-frauenrechtlerisch angekränktelt“ war? — Erst mit Gründung der „Gleichheit“ beginnt in ihr der Ausrottungsprozeß der Restbestände „bürgerlich-frauenrechtlerischen Denkens“. Und dieser Prozeß ist nach Jahren der Unruhe und der Besorgnisse, nach Jahren konsequenter Herausarbeitung der Gegensätze und leidenschaftlich geführter Kämpfe mit vollem Erfolg beendet worden. Keine einzige bürgerliche Gründung fand Zustimmung, keine einzige Anregung oder Aktion bürgerlicher Frauen vermochte die „proletarische Frauenbewegung“ zu befriedigen oder auch nur ihre Anerkennung zu finden. Jeder Versuch einer Annäherung oder Verständigung zwecks gemeinsamen Vorgehens in aktuellen Detailsfragen, von welcher Seite er auch immer unternommen wurde, ist brüsk zurückgewiesen worden. Und je mehr sich die bürgerliche Frauenbewegung ausbreitete, verzweigte und an Energie gewann, um so abweisender, bitterer, wegwerfender wurde das Urteil über sie in Kreisen der sozialdemokratischen Frauen. Heute gähnt eine breite Kluft zwischen den beiden Bewegungen.

Als im November 1900 Frä. Lischnewska in der „Frauenbewegung“ die Behauptung aufstellte, die Haltung der Sozialistinnen zur bürgerlichen Frauenbewegung datiere wohl von jenem Beschluß bei Gründung des „Bundes deutscher Frauenvereine“, keine „politischen Arbeiterinnenvereine“ aufzunehmen, erwiderte Klara Zetkin in der „Gleichheit“:

„Diese Auffassung bedeutet eine grobe Verdrehung des Tatsachenbestandes, wie eine beleidigend niedrige Einschätzung unserer Überzeugung und unserer Beweggründe. Ich kann Fräulein Lischnewska versichern, daß unsere grundsätzliche Stellungnahme zu den Frauenrechtlerinnen die gleiche wäre, wenn sie, statt jenen Beschluß zu fassen, uns in devotester Weise um den Eintritt in den Bund angefleht hätten. Schon 1890 führte Genossin J h r e r auf dem Parteitag zu Halle aus, daß die Sozialistinnen keine Frauenbewegung im bürgerlichen Sinne anstrebten. Die *«G l e i c h e i t»*, das Organ der geschulten Genossinnen,

steht seit ihrer ersten Nummer auf dem Boden des Klassenkampfes. Auf dem internationalen Sozialkongress zu Paris 1889 erklärte ich als Delegierte der deutschen Genossinnen: »Es ist notwendig, das Tödtlich zwischen sozialistischer Arbeiterinnenbewegung und bürgerlicher Frauenbewegung zu unterscheiden.« Im März 1894 fassten die Frauenrechtlerinnen den wichtigen Beschl. Die Gleichheit schrieb damals dazu: Was die Stellungnahme zur Sozialdemokratie anbelangt, so sind die verehrten Damen in ihrer Erklärung etwas zu spät aufgestanden. . . Die proletarische Frauenbewegung ist sich ihrer vollen, unüberwindlichen Gegensätzlichkeit zu der bürgerlichen Frauenrechtlerbewegung bewußt geworden. In nicht zu dreifacher und zu deutlicher Weise hat sie dies in den letzten Jahren zum Ausdruck gebracht. . . Die Damen können Gift daran nehmen, daß auch ohne ihre Erklärungen es nicht einer einzigen zielbewußten proletarischen Frauenorganisation auch nur im Traum einfallen wäre, Anschlag an den Verband zu suchen. Die deutsche Arbeiterinnenbewegung ist über die Zeit frauenrechtlerischer Harmoniebuscheln längst hinaus.<sup>1)</sup>

Der erwähnte Bund der internationalen sozialistischen Kongress 1889 nahm in seinem die bürgerliche Frauenbewegung ablehnenden Beschl. als Ausgangspunkt die Forderung der bürgerlichen Frauenbewegung zum Arbeiterinnenkampf:

„In Erwägung, daß die bürgerliche Frauenbewegung jede besondere gesetzliche Schutzgesetzgebung zugunsten der Arbeiterinnen zurückweist als einen Eingriff in die *Freiheit der Frau* und ihrer *Gewaltberechtigung*, gegenüber dem *Manne*; daß sie damit einerseits den Charakter unserer heutigen Gesellschaft unbeachtet läßt, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse — der Frauen sowie der Männer — durch die Kapitalistenklasse beruht; und andererseits die durch die *Differenzierung der Wohlstände* geschlossene *besondere Klasse der Frau* verkennet, nämlich ihre für die Zukunft der Gesellschaft so wichtige Rolle als *Mutter der Kinder*, erklärt der internationale Kongress usw.<sup>2)</sup>“

Wesentlich stärker formulierte in der Debatte zu dem Resolution Maria Metten den Wesensunterschied zwischen den bürgerlichen Forderungen.

„Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vergessen immer, daß zwischen Bürgerfrauen und Proletarierinnen ein unüberbrückbarer Massengegensatz besteht. Die Arbeiterinnen müssen diesen zurufen: Wir halten uns für zu gut, euch die Kastanien aus dem Feuer zu holen; eure *Privilegien* sind die Folgen unserer *Armut*, eure *Bildung* nur ermöglicht durch die uns aufgezwungene *Unwissenheit*. »Recht auf Arbeit« in ihrem Munde bedeutet nur *Zulassung zu den höhern Verufen*. Und die Phrase von *allgemeinen Menschenrechten* haben noch keine der Bourgeoisfrauen veranlaßt, *hinabzusteigen in die Minen oder Steine auf den Bau zu schleppen 14 und 16 Stunden lang Tag für Tag*. Nicht für *Erweiterung der sogenannten Frauenrechte*, sondern für *Beschränkung der Ausbeuterfreiheit* haben die Frauen zu kämpfen.“<sup>3)</sup>

1) Prot. 36 ff. — 2) U. a. S. 39.

Am 28. und 29. März 1893 hatte in Berlin der Kongreß bürgerlicher Frauen stattgefunden, auf dem der „Bund deutscher Frauenvereine“ gegründet worden war. Die große Mehrzahl der Rednerinnen erklärte sich gegen die Aufnahme „offenkundig sozialdemokratischer Vereine“. Das Organ der sozialdemokratischen Frauen freute sich unbändig über diese Haltung des Kongresses, „weil er hoffentlich jenen die Augen öffnet, die von dem holden Wahne befangen sind, daß man durch taktisch vorsichtiges Vorgehen viele bürgerliche Frauen für die Sozialdemokratie zu gewinnen vermöge“.<sup>1)</sup> Die Masse der bürgerlichen Frauen werde und müsse aber der Sozialdemokratie feindselig gegenüberstehen, „so will es ihre Klassenlage, und diese ist von zwingenderm Einfluß auf ihre Haltung als ihre Geschlechtslage, als der Umstand, daß sie Frauen sind“. Ausführlicher umschrieb bei dieser Gelegenheit die „Gleichheit“, offenbar Klara Zetkin, die grundsätzlich verschiedene Zielrichtung bürgerlichen und „proletarischen“ Frauenstrebens:

„Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erstreben nur durch einen Kampf von Geschlecht zu Geschlecht, im Gegensatz zu den Männern ihrer eignen Klasse, Reformen zugunsten des weiblichen Geschlechts innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, sie tasten den Bestand dieser Gesellschaft selbst nicht an. Die proletarischen Frauen dagegen erstreben durch einen Kampf von Klasse zu Klasse, in enger Ideen- und Waffengemeinschaft mit den Männern ihrer Klasse, zugunsten des gesamten Proletariats die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft. Reformen zugunsten des weiblichen Geschlechts, zugunsten der Arbeiterklasse sind ihnen nur Mittel zum Zweck, den bürgerlichen Frauen sind Reformen der ersten Art Endziel. Die bürgerliche Frauenrechterei ist nicht mehr als Reformbewegung, die proletarische Frauenbewegung ist revolutionär und muß revolutionär sein. Die proletarischen Frauen werden durch ihre Klassenlage in das Lager der Revolution geführt, die bürgerlichen Frauen in das der Reaktion.“

Alein mit dieser unheimlich klaren und vom sozialdemokratischen Standpunkt aus betrachtet auch absolut konsequenten Formulierung des innern unveröhnlichen Gegensatzes zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Frauenbewegung war der letztern Geist und Einfluß auf die prinzipiell noch ungeschulten Proletarierinnen noch nicht gebannt. Noch böse Jahre der Verjuchung standen der „proletarischen Frauenbewegung“ bevor. Vor allem war es das Jahr 1896. Die „bürgerlichen Frauenrechtlerinnen“ schickten sich allen Ernstes an, sozial zu arbeiten, und hatten in Berlin einen großen internationalen Kongreß einberufen. Es bestand in der Tat Gefahr, daß das „Hüten und Drüben“ vergessen, die „reinliche

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1893, 63.

Scheidung" verwischt würde. Die „Gleichheit“ aber wachte, jeden Augenblick bereit, „der Skape die Schelle umzuhängen“.

Der Verein „Frauenwohl“ in Berlin, der die radikale Richtung in der bürgerlichen Frauenbewegung repräsentierte, unternahm die Errichtung einer Bibliothek für Frauentagen und wagte in einem Aufruf um Sympathie und Unterstützung den Satz niederzuschreiben: „Die materielle und sittliche Not der Arbeiterfamilie ruft die bürgerliche Frau, und schon mehrten sich die Leiden, daß große Aufgaben hier unser wären . . .“ In grimmer Wut stürzte die „Gleichheit“ über diesen Satz her, diesen „Ausdruck heillosen Vergriffenheitswahn“, „deren Vater der Klassenegoismus der Besitzenden“ sein sollte. Wenn die Not der Arbeiterfamilie fordere nicht die bürgerliche Frau, sondern die Revolution.

„Töricht“, eifert das Organ der „Genossinnen“, „wäre das Proletariat allwissend, wenn es sich für die Befreiung seiner Not auf die Bundesgenossenschaft der bürgerlichen Frauen verlassen. Dreimal töricht aber wäre das deutsche Proletariat, wenn es sich einbildet davon, daß bürgerliche Frauenrechte von der Lösung sozialer Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber deskammiert. Denn die deutsche Frauenrechtstheorie ist die Unklarheit, Halbheit und Schwäche par excellence. So hochtrabend ist sie mit Unklarheit, Halbheit und Schwäche geschlagen, daß sie usw.“<sup>1)</sup>

Im selben Jahre holte die Führerin der proletarischen Frauenbewegung auf dem Parteitag in Göttingen zum Zirkel aus und sicherte sich die parteiökonomische Position zu ihrem Verbandsorgan der bürgerlichen Frauenbewegung. Allein sie fand Widerspruch. Eine Genossin Völkner wünschte Verständigung und Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauen und bekannte sich „im Gegensatz zur Referentin“ zur Ansicht, „daß wir in vielen Punkten mit den bürgerlichen Frauenvereinerinnen zusammenkommen können, da wir unter den proletarischen Frauen keinen Überfluß an Intelligenz haben“.<sup>2)</sup> Diese Zeitgenossin brachte diesen Opportunismus mit Hellenstein aus. Solche Auffassung entspreche der Ausräumung. „Daß es eine Frauenbewegung an und für sich und als solche gäbe“.

„Wir sind der Auffassung, daß es eine Frauenbewegung nur gibt im Hinblick an die geschichtliche Verfassung und daß es deshalb eine bürgerliche und eine proletarische Frauenbewegung gibt, die nicht mehr Gemeinsamkeiten haben als die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Gesellschaft. Wir weisen die bürgerlichen Frauenvereinerinnen nicht etwa deshalb zurück, weil wir das nicht näher machen, sondern weil wir das nicht wollen, was gerade den wesentlichen Inhalt unserer Forderungen ausmacht . . .“<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1896, 20. — <sup>2)</sup> Prot. 168. — <sup>3)</sup> N. a. D. 173.

Um die Jahrhundertwende war die sozialdemokratische Frauenbewegung noch nicht vollends mit den „Bürgerlichen“ fertig geworden. Es liest sich wie eine von quälender Besorgnis diktierte eindringliche Mahnung, wenn die „Gleichheit“ ihre Leser zum Jahresbeginn 1900 also begrüßt:

„Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zugunsten des weiblichen Geschlechts innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zugunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist . . .“ Der Standpunkt des Klassenkampfes müsse um so schärfer betont werden, „je mehr sich bürgerliche Frauenrechtlerinnen angelegen sein lassen, durch allgemeine humanitäre Phrasen und kleinliche Konzession an Reformforderungen der Arbeiterinnen Quertreiberei unter die proletarische Frauenwelt zu tragen und sie dem Klassenkampf entziehen zu wollen“.

Die proletarische Frauenbewegung barg ja noch eine Lily Braun in ihren Reihen, die von der bürgerlichen Frauenbewegung hergekommen, und, um mit Klara Zetkin vom Gothaer Parteitag zu reden, noch immer mit „guten Absichten und schönen Gefühlen“ die Welt reformieren zu wollen schien. Eine Sozialistin gemäßigter Richtung, talentvoll genug, um neue Wege weisen, gewandt genug, um Einfluß auf Freund und Feind gewinnen zu können; eine Überleiterin zu anderer Art proletarischer Frauenbewegung vielleicht. Zwar hatte sie im September 1896 in einer Ansprache an den „Internationalen Kongreß für Frauenwerke“ feierlich erklärt: „Wer vorurteilslos und logisch denkt und sich eingehend mit der Frauenfrage — wohl gemerkt, der ganzen Frauenfrage, nicht der Damenfrage — beschäftigt, der muß m. E. ebenso wie derjenige, der die soziale Frage gründlich studiert, notwendig zur Sozialdemokratie gelangen,“<sup>1)</sup> und infolgedessen gleich ihren „Genossinnen“ sich für eine Ablehnung jeder Arbeit in der bürgerlichen Frauenbewegung ausgesprochen. Allein man wußte, wie schwer ihr das geworden, daß sie buchstäblich zur Disziplin gezwungen werden mußte.<sup>2)</sup> Sie hatte in ihrer Rede in der Volksversammlung zwei Tage später gleich ihren „Genossinnen“ die Beschäftigung der Damen der Bourgeoisie mit den Arbeiterinnen verworfen, weil sie das Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl der Arbeiterinnen und das Vertrauen auf ihre eigene Kraft schwäche

<sup>1)</sup> „Frauenfrage und Sozialdemokratie“. Reden anläßlich des internationalen Frauentongresses zu Berlin. Von Lily Braun-Gizycki. Berlin 1896, 3 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Lily Braun, Memoiren einer Sozialistin, Kampffahre 168 ff.

und das wohlwollende Interesse der bürgerlichen Frauen an der Lage des Proletariats verpöndelt: „Wer hat denn heute dieses Interesse nicht? Der eine hat es aus Furcht, denn er sieht im Geiste, wie die dunklen Massen der Unterdrückten und Entarteten bedrohlich zu der hohen Höhe aufwärts streben, auf der er sich sein goldenes Haus erbaut hat. Der andere hat es aus Mitleid; grüßt ihm doch überall das Gespenst des Blinden entgegen. . . . Von allgemeinen Gefühlen aber und schönen Reden bis zur energischen Tat ist ein weiter Schritt.“<sup>1)</sup> Über diese Prinzipienklarheit hatten sich die Genossinnen geäuert. Aber wadum waren Jahre vergangen. Lily Braun hatte noch Kräfte miteinbehalten, indem in ihrer Anrede und Aktionsprogramm n es an grundsätzlicher sozialistischer Erfassung der Gesellschaftsprobleme fehlen lassen. Gelegentlich zusammenhängende Publikationen in der „Gleichheit“ hatten „Nachschriften“ der Redaktion zur Notwendigkeit gemacht! —

Auf der Frauenkonferenz 1900 provozierte die „Genossin“ Braun eine Erklärung, auf Grund derer sie annahm, daß sie vom Parteitag der Genossinnen überlassen bleiben könnte, mit den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung gelegentlich und vorübergehend zusammenzuwirken,“ um, wie sie jagte, dem „Zustand ein Ende zu machen, daß einzelne Genossinnen, die in der angeedeuteten Weise mit Frauenrechtlerinnen zusammentamen, von andern, die in solch einer noch so fernem Verührung schon ein Unrecht sahen, mit Mißtrauen begegnet wurde.“<sup>2)</sup> Klara Zetkin belehrte sie eines Bessern. Der Versuch, sich vom Mißtrauen zu befreien, war ins direkte Gegenteil umgeschlagen. Ihr Schuldkonto war so groß und wuchs noch weiter. Eine „Zentralauskunftsstelle für Frauenfragen“ hatte sie schaffen wollen, „Haushaltungs- und Konsumfragen“ propagiert, einen „Wahrscheinlichkeitsvergleich“ etc. über geredet, und überall hatte die Zensur denselben Mangel an „grundsätzlicher Klarheit“ und „proletarischem Bewußtsein“ festgestellt. Dazu war ihr Gatte des Revisionismus verdächtig.

Der Name Lily Braun zog wohl noch in den Versammlungen, aber ihre Uhr war abgelaufen. Ein Schiedsgericht ächtet sie. Sie will klagen. Ignaz Auer rät ihr ab. „Liebe Genossin, tun Sie das nicht! Lehren Sie mich unsere Weiber kennen! Jedes Schiedsgericht wird Ihnen recht geben — natürlich! Aber glauben Sie, daß damit gehulien ist? Schon am nächsten Tag werden die Völkchen, denen Sie nun einmal ein Turm im Auge sind, neue, noch schlimmere Sünden über Sie zu verbreiten wissen. . . .“<sup>3)</sup> Die Weltanschauung Lily Brauns tritt in eine Krise ein,

1) A. a. O. S. — 2) „Gleichheit“ 1900, 195.

3) Lily Braun, Memoiren, Kampfbuch 408.



deren Verlauf sie aus der sozialistischen Gedankenwelt heraus und zu jener individualistisch gefärbten hinführt, in die sie den zweiten Band ihrer „Memoiren“ ausklingen läßt. Es gibt „keine Gleichheit im Sinne gleichen Wertes und gleicher Entwicklungsfähigkeit, mit der Brüderlichkeit im Sinne gegenseitigen Verständnisses. Als ob die Natur, die jeden Grassalm vom andern unterschied, den Menschen nicht eine noch reichere Mannigfaltigkeit ermöglichen sollte; — als ob wahre Brüderlichkeit nicht immer seltener, dafür aber immer tiefer würde, je mehr wir uns entwickeln! Natürliche Schranken respektieren, statt sie niederzureißen — Distanzen anerkennen, statt sie mit Phrasen zu überbrücken, — kurz, im Sinne der Entwicklung handeln, die stets vom Einförmigen zum Vielfachen schreitet, — das wäre unsere Aufgabe.“<sup>1)</sup> „Den Weg zu unserm Ziele finden wir nur, wenn die Idee der ethischen Revolution der Idee der ökonomischen Umwälzung Flügel verleiht.“<sup>2)</sup> Friedrich Wilhelm Förster, gegen dessen „Ethik des Kampfes“ sie im Oktober 1899 in der „Gleichheit“ zu Felde zog, kann ihr heute eigne Worte zurückgeben. —

Mit Lily Braun ist die letzte, die große Versuchung im eignen Lager beiseiteigeworfen worden. Seitdem ist in der sozialdemokratischen Frauenbewegung das Feld für die Wortführerinnen der „reinen Scheidung“ und des schneidend kalten „Hüben und Drüben“ unbesritten. Seitdem hält die unentwegt klassenkämpferische Richtung der sozialdemokratischen Frauenbewegung eigentlich Monologe. Niemand macht ihr das Feld mehr frei. Selbst die extremste Richtung in der Frauenbewegung wird die Hoffnung auf Verständigung allgemach begraben haben. Denn auch sie wird fortgesetzt der „Halbheit“, der „Freiheit“, der „Konfusion“ und der „Heuchelei“ geziehen. Als „historisch durchaus berechtigt“, als „sozial durchaus begründet in ihrer eignen bürgerlichen Klassenlage“, nur so anerkennt Klara Zetkin die Existenzberechtigung einer bürgerlichen Frauenbewegung.<sup>3)</sup> Sie bestreitet ihr sowohl die Fähigkeit wie auch den Willen, im Interesse des gesamten weiblichen Geschlechts zu arbeiten. Und als das Organ der radikalen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die „Frauenbewegung“, 1907 ihre Bewegung als „liberale organisierte bürgerliche Frauenbewegung“ ansprach, da quittierte die „Gleichheit“ höhnisch dankend: „Es gibt keine einheitliche, ungeteilte Frauenbewegung, und der radikale Flügel der Frauenrechtelei schwebt nicht dem Geiste Gottes gleich über den stürmischen Wassern der Klassen- und Parteikämpfe, sondern ist eine bürgerlich liberale Organisation.“<sup>4)</sup> Auch der „Bund

<sup>1)</sup> N. a. D. 635. — <sup>2)</sup> N. a. D. 654.

<sup>3)</sup> Frauenkonferenz in Mannheim 1906. Parteitagprotokoll 449.

<sup>4)</sup> „Gleichheit“ 1907, 121.

für Mutterschutz" findet keine Gnade. „Alle Zeichen des Zerfalls sind der geistigen Physiognomie der bürgerlichen Frauenbewegung eingegraben," damit schloß die „Gleichheit" ihren Bericht über die Oktobertagungen 1910 des „Bundes deutscher Frauenvereine" und der liberalen Frauen Deutschlands.

Den Vorkursaltern der deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen im März 1907 hat Luise Ziegler zugerufen: „Es hiesse die Selbsterhöhung auf die Spitze treiben, wolle sich die große starke Arbeiterbewegung durch Beteiligung an der Konferenz an den Starren einer Handvoll »Sozialreformer« spannen lassen, die mehr oder minder wohlmeinend sein mögen, die aber jedenfalls fast anschlusslos sind. . . . Wollen jene Herrschaften uns bei der Durchführung unserer proletarischen Klassenforderung behilflich sein, so mögen sie zu uns kommen."<sup>1)</sup> Au dem vom Bund deutscher Frauenvereine im Februar 1912 in Berlin einberufenen Frauenkongress beteiligten sich die sozialdemokratischen Frauen ebenfalls nicht. Sozialdemokratische Parteiorganisation Großberlins und Berliner Gewerkschaftskommission beriefen am letzten Kongressabend eine Gegenabendemonstration ein, in der die versammelten Frauen und Mädchen erklären ließen, „dass sie allein in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften ihre politische und wirtschaftliche Interessenvertretung und Kampforganisation sehen", und dass deshalb eine „unüberbrückbare Kluft" die proletarische Frauenbewegung von der bürgerlichen trenne.<sup>2)</sup>

Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat sich den Namen verbüßelt, prinzipiellste zu sein. Die linksständiges marxistische Richtung in der Partei zählt sie zu der ihrigen, und in der Tat haben die Wortführerinnen der sozialdemokratisch organisierten Frauen bei allen Abstimmungsentscheidungen im Laufe der Jahre auf Seiten der Erhebteren und Unentschiedenen gestanden, mitunter die widerstandsfähigste Sprache gewendet und an Verfolungen durch die männlichen Radikalen weit überboten. Mein Wortführer als Paul Singer war es, der auf der Wärseler der Frauenkonferenz 1908 erklärte: „Was wir im Parteiverband als das erfolgreichste Moment in der Frauenbewegung ansehen, ist die prinzipielle Festigkeit, die gerade unter den organisierten Frauen herrscht und die deutlich zeigt, dass sie durchdrungen sind von der Überzeugung, dass das letzte Ziel, die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, die Hauptaufgabe ihrer Organisation ist."<sup>3)</sup> Und ein „Genosse" darüberhand begründete die Umordnung der Frauenorganisation in den Parteiverband ausdrücklich

<sup>1)</sup> „Gleichheit" 1907, 42. — <sup>2)</sup> „Gleichheit" 1912, 201. — <sup>3)</sup> Prot. 500.

unter Hinweis darauf, daß „je stärker die Genossinnen zu uns stoßen, um so mehr F o r s c h e und S c h n e i d in unsere Bewegung kommt“. <sup>1)</sup>

Der sozialdemokratischen Frauenbewegung solchen Geist aufgeprägt zu haben, kann man ruhig das L e b e n s w e r k Klara Zetkin's nennen, jener anerkannten Führerin seit 1890, die einmal von sich selbst gesagt, daß sie „nicht zu den philosophischen Naturen gehöre, die sich hinter »Wenn« und »Aber« verlaufen, sondern eine Kampfnatur“ sei.<sup>2)</sup> Die Jahrgänge der „Gleichheit“ strohen geradezu von Ergüssen aufreizendster Leidenschaftlichkeit und einer rücksichtslosen, weder Freund noch Feind schonenden Kampfweise. Lily Braun bemüht sich in ihren Memoiren, wie uns scheint mit nicht geringem Erfolg, die persönlichen und sachlichen Eigenarten Klara Zetkin's psychologisch aus ihrer Charakterveranlagung und ihren persönlichen Lebensschicksalen heraus zu erklären. Frau eines russischen Sozialisten, hat sie Jahre hindurch an Aufopferung für Familie und Partei Großes geleistet. Das größte wohl für die Partei, der sie Geist und Empfindung restlos hingegeben. Alles andere wie Parteipflicht und Parteaufgabe hat sie dabei einschlafen lassen müssen<sup>3)</sup> und dadurch jene bitter gefärbte e i n s e i t i g e u n d u n b e d i n g t e T a t k r a f t gewonnen, die sie zur fanatischen Schützerin der alten Lehre und glühenden Hasserin jeder auch nur zweifelnden Kritik, zur Führerin, ja zur absoluten und unduldsamen B e h e r r s c h e r i n Tausender Frauenherzen gemacht hat. Mit Debel verwandt in der Unbedingtheit des Glaubens an die Sache, kam sie doch verschiedentlich mit ihm in Konflikt „wegen der ungeschickten Taktik und der oft recht gehässigen Art, mit der sie die bürgerliche Frauenbewegung bekämpfte“. <sup>4)</sup> Eine anscheinend unharmonische Natur, deren Lebenselement der Gegensatz und der Kampf ist.

Solchen Geist atmen die Jahrgänge der „Gleichheit“: Abender Spott und Befehdung alles dessen, was auf Ausgleich und Verständigung auch nur hindentete, was „bürgerliche Sozialreform“ hieß, und Propaganda der sozialistischen Ideale in einer unerhört aufreizenden Sprache. Jeder Ausruf an Frauen und Mädchen wird zur Brandrakete, jedes Wort in Heißglut gelaucht. Blutige Glendschilderungen, kraße Gegenüberstellungen von Reich und Arm und goldene Verheißung kommender Tage wechseln miteinander ab. Es ist, wie wenn sich die Verfasserinnen selbst dabei berauscht hätten. Hier einige Proben, die für sich selbst wirken mögen:

<sup>1)</sup> N. a. D. 498.

<sup>2)</sup> Parteitag Hannover 1899, Prot. 222.

<sup>3)</sup> Lily B r a u n, Memoiren einer Sozialistin, Kampffahre 58.

<sup>4)</sup> N. a. D. 157.

„Weil sie Proletarierinnen sind, Angehörige der beschloßenen Klassen, müssen Millionen und Millionen Frauen und Mädchen im Schweiße ihres Angesichts bis zur vorzeitigen Erschöpfung der Kräfte schanzten und dürfen sich doch nicht satt essen; weil sie Proletarierinnen sind, erzeugen sie für andere Pracht und Reichtum und leben selbst in Armut und Elend; weil sie Proletarierinnen sind, schaffen sie die Vorbedingung höherer Kultur und kümmern selbst in Unwissenheit und Verwirrung dahin.“<sup>1)</sup>

Ein anderes Beispiel:

„Ein Hinterstückchen, ein Dachlammchen, oft nur eine Salatsche in dein Heim, wenn du allein bist. Unfreundliche Heße, dumpfige Souterrains und lugige Dachwohnungen behaufen dich und die Deinigen, wenn du Familie hast. Dem Dickhäutler an Kraft, das du bei deiner Arbeit vorausgaben mußt, steht ein Schwächling und Schwächlein der Ernährung gegenüber, die du bezahlen kannst. Einen Tag wie den andern ist Schmalhaus dein Küchenmeister. Haberbröte und Schmalz oder Margarinebrot, Kartoffeln, Fering, billige Wurst sind die Gerichte, mit denen er gewöhnlich deinen Tisch bestellt. Wenn's hoch hergeht, so tragt er dir vielleicht selbst Kalbfleisch oder Pflaumenbraten auf.“<sup>2)</sup>

Eine Probe der Darstellungsart Clara Zetkins aus neuesten Tagen ist die Aufsicht, die sie im Juni 1912 an die Generalversammlung des sozialistischen Textilarbeiterverbandes Deutschlands gerichtet hat.<sup>3)</sup> Wir zitieren:

„Mit der ungezügeltsten Wut einer wilden Bestie hat sich der Kapitalismus in seinen Anstrengungen gerade auf die Arbeiterschaft der Textilindustrie gestürzt. Dies hat er seinem Wutit gewissentlos ganze Generationen Ausgeborener geschildert. Die Wächter der Textilindustrie ist mit Blut und Tränen geschrieben, zur Textilarbeiter sind die verurteilten Hyänen zahlloser armer Spinner und Weber, sind die hohen Hügel, unter denen vorzeitig gewellte Frauen und gemordete Kinder modern. Aber in zornigem Rebellenzorn hat sich aus Wesshannum der Textilarbeiterstand erhoben und bekennt, sich getreten zu lassen“ usw.

Es ist unstreitig das Verdienst Clara Zetkins und ihrer „Gleichheit“, an deren Charakter sie über 1000 Jahre lang alle Kräfte und allen Klagen selbst aus Genossentreffen über unpopuläre Schreibweise zum Trotz festhielt, daß die innere Umstellung der proletarischen Frauenbewegung das Stadium erreicht hat, in dem wir sie heute sehen. Es stimmt, was Clara Zetkin selbst in einer polemischen Auseinandersetzung mit Minna Cauer feststellte: „Die Gleichheit hat die proletarische Frauenbewegung prinzipiell wie tatsächlich in reinlicher Scheidung von jeglicher bürgerlichen Frauenrechtelei losgelöst,“ hat sie auf den Boden des Klassenkampfes gestellt.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1893, 66. — <sup>2)</sup> „Gleichheit“ 1902, 163.

<sup>3)</sup> Abgedruckt im „Textilarbeiter“ vom 5. Juli 1911. — <sup>4)</sup> „Gleichheit“ 1903, 102.

## V. Sozialdemokratische Frauenbewegung und Kulturfragen

Die sozialdemokratische Frauenbewegung ist keine Frauenbewegung im engeren Sinne des Wortes und will sie auch nicht sein. Sie geht in der Sozialdemokratie auf; deren Lehren sind auch ihre Lehren; deren Ziele die ihrigen.

Die Sozialdemokratie sieht die menschliche Gesellschaft mit all ihren Daseinsäußerungen und Einrichtungen in bestimmter gesetzmäßiger Entwicklung begriffen und glaubt, daß die Ursache der jeweiligen Veränderung zu bestimmten Formen in der Veränderung der Produktionsbedingungen zu suchen sei. (Historischer Materialismus.) Von dieser Grundanschauung ausgehend, bezeichnet sie unsere heutige Gesellschaft als „kapitalistisch“, beruhend auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Produktion für den Warenmarkt. Was diese Gesellschaft immer an wirtschaftlichen, sozialen Gebrechen und an geistig-sittlichen Nöten aufweist — Armut, Zwang, Rechtlosigkeit, Unwissenheit, Laster, Verbrechen —, habe seine Grundursache in dieser heutigen Gesellschaftsform. Die aber trage von Anbeginn den Keim bestimmter Umwandlung in sich. Die „kapitalistische Produktionsweise“ habe nämlich die Tendenz zur Vergesellschaftung (Arbeitsteilung, Großbetrieb), das Eigentum dagegen, die entgegengesetzte Tendenz, die zur Anhäufung in immer weniger Händen. Das treibe auf einen unhaltbaren Gegensatz hin zwischen Nichtbesitzenden und Besitzenden, zwischen den einzelnen und den Klassen (Klassengegensatz, Klassenkampf), und dieser Gegensatz strebe hinwiederum naturgemäß zu seiner Aufhebung hin, d. h. zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und zur Produktion für und durch die Gesellschaft (Sozialismus). Die soziale Frage von heute sei nichts weiter wie der also gekennzeichnete „geschichtliche Umwandlungsprozeß“, aus sich selbst heraus wirkend, vorangetrieben durch das Werkzeug der „ausgebeuteten Klassen“. Und die Frauenfrage wäre nichts weiter wie ein Teil dieser sozialen Frage. Folglich könne sie nur eine Lösung finden mit ihr. Lösung der Frauenfrage und Sozialismus fallen theoretisch und praktisch miteinander zusammen.

Der grundlegende Beschluß vom Wobhaer-Parlament 1896, der diesen Zusammenhang zwischen moderner Frauenfrage und „kapitalistischer Produktionsweise“ aufzeigt, besagt:

„Die moderne Frauenfrage ist das Ergebnis der durch die kapitalistische Produktionsweise gezeitigten wirtschaftlichen Umwälzungen. Sie tritt deshalb in den verschiedenen Klassen auf, die der modernen Gesellschaft wesentlich sind, nimmt aber in jeder derselben eine andere Form an.

In der Klasse der oberen Zehntausend ist die Frau als Besitzerin eigenen Vermögens unabhängig vom Manne unabhängig, aber als Oberin ist sie rechtlich ihm noch vielfach unterworfen und kann in der Regel nicht frei über ihren Besitz verfügen. Der Mann führt in dieser Klasse zur Gabeln und zu ihrem Wohlstand, dem Ehrenamt; er führt die Kostung des Familienlebens und enthebt die Frau ihren Pflichten als Gattin und Mutter. Im Vordergrund der Forderungen, welche die Frauen dieser Klasse stellen, steht die rechtliche Sicherung des Vermögensbesitzes und das freie Verfügungsrecht darüber für das weibliche Geschlecht. Der Emanzipationskampf dieser Klassenklasse ist ein Kampf für die Beseitigung aller sozialen Unterschiede, die nicht auf dem Vermögensbesitz beruhen. Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeutet die letzte Stufe der Emanzipation des Privatbesitzes.

In der kleinen und mittleren Bourgeoisie sowie in der bürgerlichen Antiquarität tritt die Familie durch wesentliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktion zerfällt. Es wächst die Zahl der erwerbenden Frauen, die dadurch auf eigenen Verdienst angewiesen werden; es wächst die Zahl der Familien, denen der Erwerb des Mannes nicht genügt. Die weiblichen Angehörigen dieser Schichten werden zur Erwerbsarbeit auf dem Gebiete der höheren Berufe gedrängt. Am Vordergrund ihrer Forderungen steht wieder das Recht auf gleiche Beschäftigung und Berufsbildung für beide Geschlechter, für völlig freie Konkurrenz auf allen Gebieten. Der Kampf der Frauen für diese Forderungen ist ein wirtschaftlicher Interessentkampf zwischen Männern und Frauen jener Schichten. Und da jeder wirtschaftliche Interessentkampf ein politischer wird, drängt er die Frauen auch zur Forderung der politischen Gleichstellung der Geschlechter. Erst durch die Verwirklichung dieser Forderungen erringt die Klein- und Mittelbürgerin die volle Gleichstellung mit dem Manne.

Im Proletariat ist es das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals, das die Frau zur Erwerbsarbeit zwingt und die Familie zerstört. Durch ihre Erwerbsarbeit wird die proletarische Frau dem Manne ihrer Klasse wirtschaftlich gleichgestellt. Aber diese Gleichstellung bedeutet, daß sie, wie der Proletarier, nur härter als er, vom Kapitalisten ausgebeutet wird. Der Emanzipationskampf der Proletarierinnen ist deshalb nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse, sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Das höchste Ziel dieses Kampfes ist die Beseitigung von Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung. Sein Endziel ist die

politische Herrschaft des Proletariats zum Zwecke der Beseitigung der Klassenherrschaft und der Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft.“<sup>1)</sup>)

Im Lichte dieser grundsätzlichen sozialistischen Auffassung betrachtet und wertet die sozialdemokratische Frauenbewegung alle Teilprobleme der Frauenfrage und stellt ihr Zielstreben darauf ein. Aber auch ihre Stellung zu allgemeinen Fragen höherer Kultur, zu Religion und Kirche, Schule und Erziehung, Ehe und Familie, Staat und Gesellschaft gewinnt sie aus dem Gedankenkreis der sozialistischen Weltanschauung heraus. Was die sozialdemokratische Partei hierin sagt und wozu sie verpflichtet, das ist auch für die Frauenbewegung gesagt und für sie verpflichtend. Wenn die sozialdemokratischen Frauen trotzdem im Laufe der Jahre Veranlassung genommen haben, in ihrer Zeitschrift oder auf Frauenkonferenzen Teilgebiete solcher Kulturfragen von sich aus zu behandeln, so wohl darum, weil es ihnen darauf ankam, das spezifische Interesse und die besondern Aufgaben der Frau dabei herauszuarbeiten.

### Religion, Kirche, Schule

Geschichtlich genommen griff die sozialdemokratische Frauenbewegung neben allgemein sozialistisch-ökonomischen und Frauenrechtsfragen zunächst das religiöse Problem auf. Wer die Versammlungsberichte und Sitzungsprotokolle der Frauenbildungsvereine anfangs der 90er Jahre nachliest, stößt immer wieder auf Vorträge mit mehr oder weniger antireligiösem Einschlag. „Religion und Wissenschaft“, „Volksaberglaube“, „Der erste Mensch“, „Tier und Mensch“, „Tod und Todesfurcht“, „Christentum und Buddhismus“, so lauten die Themata. Die Bewegung stieß damals offenbar in weiteren Frauenkreisen, wie es heute noch der Fall ist, auf religiöse Bedenken. Die galt es zu zerstreuen. Dabei suchten wohl einige Rednerinnen Religion durch naturwissenschaftliche Aufklärerei zu „ersetzen“.

Konsequenter wie diese sozialdemokratischen Freidenkerinnen der 90er Jahre hielt sich in ihrer Stellung zur Religion das offizielle Organ der Bewegung, „Die Gleichheit“. Sie debattierte nicht darüber, insofern der marxistischen Gedankenwelt treu bleibend, die keinerlei Platz für religiöses Interesse übrigläßt und annimmt, daß religiöse Ansichten weiter nichts wären wie „Ausdruck“, „Widerschein“, „Folge der wirklichen Lebensverhältnisse der Menschen“, mit deren Besserung sie von selbst absterben. Erst im letzten Jahrzehnt, mit dem Zeitpunkt, da die Bewegung in die Breite wächst und religiöse Widerstände in den Industrievieren des Westens, im Süden und Osten des Deutschen Reiches aufs neue

<sup>1)</sup> Prot. 174.

empfangen werden, begegnen wir in der Zeitschrift der sozialdemokratischen Frauen längere Auseinandersetzungen über Religion und Kirche.

Im November 1906 läßt sie einen Professor Dr. Arnold Tubel Lugano erklären: „Die Kirche wird den freien Arbeiter nicht einsparen!“

„Zwischen wird ein großer Bruchteil der freier gewordenen Arbeiterschaft noch lange dem Zug nach dem Metaphysischen, dem Übernatürlichen folgen. Die Prosa des Alltagslebens genügt auf die Dauer keinem tiefstehenden Menschen; sie befriedigt auf der Dauer nicht einmal den Durchschnittsmenschen, der an höheres Denken gar nicht gewöhnt ist, sondern erst noch dazu erzogen werden muß. Alle Denkenden aber haben auch Sehnsucht. Und in jedem entwicklungsfähigen Menschen liegt die eine große Sehnsucht nach der Befreiung aus allerlei unheimlichen Banden usw. . . .“ Die christliche Kirche habe jene eine große Sehnsucht, den Drang nach Erlösung aus den Banden der Erbsünde genannt. Sie suchte die Hilfe dort, wo sie nicht werden konnte, nämlich außerhalb uns selbst. Sie liege aber in uns, „wir werden einen Gottesdienst neuer Art haben, den Dienst der Wahrheit, die Verehrung der Erkenntnis aller harmonischen Wirkens in Natur und Weltall, aus welcher Erkenntnis neue Tugenden erwachsen und uns fähig machen werden, auf der Bahn der aufsteigenden Entwicklung getreuer zu gehen, höher und höher hinauf, bis alle Sehnsüchte nach jener Erlösung aus der Tierheit gestillt sein werden.“<sup>1)</sup>

Und einige Nummern hinterher unternimmt eine Schülerin des Herrn Professors, Hanna Dorich, das Wesen der Religion also zu umschreiben:

„Von jeher hat es auch Menschen gegeben, welche erkannten, daß sie in der Religion ein Mittel hatten, ihre Nebenmenschen zu beeinflussen; und von ihnen wurde sehr bald diese eigentümliche, sich in Furcht und Verehrung ausdrückende Erscheinung in der Menschheit, die wir als »Religion« bezeichnen, zu bestimmten Zwecken absichtsvoll benutzt. Der Priester nahm das religiöse Leben der Menschheit in die Hand, brachte ein System hinein und bildete es aus. . . . Wir, die wir den Zusammenhang aller Dinge zu erforschen lernen und zu verstehen suchen, wir wissen heute, daß auch die christliche Religionslehre nur eine von den vielen wechselnden Formen ist, die für die Menschheit zur gegebenen Zeit nützlich und kulturfördernd waren — die aber, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt und sich überlebt haben, abgeirrt werden müssen von allen denen, welche sich nicht durch starres, veraltetes Dogmenwesen hemmen lassen wollen in der freien Fortentwicklung des Menschengesistes. . . .“<sup>2)</sup>

Bereits 1904, auf der Bremer Frauenkonferenz, hatte Clara Zetkin in ihrem Referat zur Schulfrage<sup>3)</sup> offen und frei erklärt: „Wir Sozialdemokraten leben auf dem Boden der wissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre, auf dem Boden der materia-

1) „Gleichheit“ 1906, 159. — 2) „Gleichheit“ 1906, 186. — 3) Vgl. Prot. 360 ff.



listischen Geschichtsauffassung und der darwinistischen Theorie. Wie wir den gesellschaftlichen Organismus nicht als das Produkt eines Schöpferwillens bewerten, wie wir die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht als etwas Festes, Gegebenes, ewig Unwandelbares betrachten, wie wir sie begreifen in ihrem Keimen, Wachsen, Reifen, Welken und Vergehen: also erfassen wir auch den menschlichen Organismus im Flusse der Entwicklung, unter dem Einflusse der Entwicklung. Nicht der vorbebestimmende Wille eines Schöpfers, einer Vorsehung entscheidet darüber, wie die einzelne Person werden, welches Ziel ihre Entwicklung erreichen soll. Vererbung und Milieu sind ausschlaggebend dafür<sup>1)</sup> — und in Konsequenz dieses Standpunktes in der schärfsten Weise der Beseitigung jeglichen Religionsunterrichts aus der Volksschule das Wort geredet.

„Hinaus mit der Religion aus der Schule. Sie hat in der Schule nichts zu suchen, nichts aus ethischen, nichts aus pädagogischen Gründen. Der Religionsunterricht trägt vor allem das Brandmal der Aufgaben, welche die herrschenden Klassen ihm zuweisen. Er soll nicht das religiöse Empfinden fördern, er soll die wirtschaftliche und soziale Sklaverei der arbeitenden Klassen aufrechterhalten. Er dient nicht der Pflege religiösen Empfindens, sondern dem mechanischen Einbläuen von Dogmenformeln, die in schreiendstem Widerspruch zu den Ergebnissen der Wissenschaft und zur Wirklichkeit stehen. Damit ist er unsittlich. Der Religionsunterricht in der Volksschule ist nicht in erster Linie ethisch, sondern dogmatisch, er vergiftet die Volksschule . . . ethischer Unterricht ist auch ohne Verquickung mit dem Religionsunterricht möglich.“<sup>2)</sup>

Auf der Nürnberger Frauenkonferenz machte sie speziell der „christlich-spiritualistischen Auffassung“ den Vorwurf, daß sie den menschlichen Leib „beschmutzt und entwürdigt“ habe<sup>3)</sup>. Auf derselben Konferenz erhob die Genossin Dunker die Anklage, daß der Religionsunterricht in der Schule auf Schritt und Tritt „das natürliche Verhältnis von Grund und Folge“ fälsche.

„Kein Naturgesetz, das nicht durch Wunder durchbrochen werden könnte! und dazu die grausamsten Mißhandlungen aller gesunden Logik! Gott ist allwissend, aber er muß doch erst prüfen, ob Abraham ihm gehorchen wird. Er ist allgütig, aber eines Tages übermannt ihn der Zorn, und er ersäuft „all sündhaft Vieh und Menschenkind“. Ein Gott, aber drei Personen usw. Der gesunde Wirklichkeitsinn unserer Kinder wird vergiftet durch derartigen Unterricht. . . Wo irgend möglich, sollten deshalb die Eltern unter allen Umständen ihre Kinder vom Religionsunterricht dispensieren lassen. Wo das unmöglich ist, sollten sie den offenen Kampf gegen diese systematische Verdummung

<sup>1)</sup> Prot. 361. — <sup>2)</sup> Prot. 365 ff. — <sup>3)</sup> Prot. 529.

aufnehmen, indem sie konsequent und sachlich ihre Weltanschauung der in der Schule gelehrt entgegensetzen.<sup>1)</sup>

Und die Rednerin zeigte am praktischen Beispiel, am eigenen Mund, wie's gemacht werden könnte. —

In neuerer Zeit ist im Lager der sozialdemokratischen Partei eine Bewegung entstanden, die auf ernstere Behandlung des religiösen Problems hindrängt. Der schweizerische sozialistische Genossenschaftler Hans Müller, Dr. Wamontbrecher, Gerhard Gildebrand u. a. m. sind ihre Vorführer. Sie gestehen zu, daß wirtschaftliche Gedankengänge und Programme kein ausreichendes Lebensbrot für die Masse der Parteiangehörigen sein könnten, daß Klassenideale („kollektiver Egoismus“) allein nicht gemeinschaftsstiftende Kraft genug in sich tragen, um den Sozialismus der Theorie zur Wirklichkeit werden zu lassen, daß Religion unbestreitbar einer der Hauptreize fortschrittlicher sozialer Entwicklung sei, religiöse Strömung sich beim Aufbau sozialistischer Wirtschaftsorganisationen dauernd nicht entbehren lassen und daß ohne sie jede sozialistische Bewegung verfluchen müsse.<sup>2)</sup> Gerhard Gildebrand sagt bitter über die Unzulänglichkeit der offiziellen „wissenschaftlichen“ Sozialismus.<sup>3)</sup> Nach welchen Regeln oder Grundfäden das Verhalten des einzelnen zum Nächsten, zum Staat, zur Gesellschaft im ganzen einzurichten sei, wenn die ökonomisch-historischen Bewegungsgesetze nicht zur Aufhebung der Klassengegenstände und zur Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln führen, darüber warben sich diese Sozialisten ebenfalls den Kopf zerbrechen, was über die Beziehungen der Menschen zueinander außerhalb des unmittelbaren Bereichs der Klassengegensätze. Die Abklärung dieser selbständig zu bestimmenden, allumfassenden Hindernisse der Entwicklung könne aber die Arbeiterbewegung dahin führen, daß nach dem Verblassen der Zwerggesellschaftsmoratorium nichts als die bewußte, nackte und krasse Klasseninteressenpolitik übrigbleibe. Man brauche als stärkste innere Bewegungsmacht das Gefühl der Abhängigkeit, der äußeren und inneren Verbundenheit, der Verantwortlichkeit, der Verpflichtung. Diese Gefühle besitzen heisse Religionen haben. Eine solche religiöse Neubelebung hält Gildebrand für eine der vornehmsten Aufgaben der Arbeiterbewegung.<sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Prot. 510 ff.

<sup>2)</sup> Hans Müller. Das religiöse Moment in der sozialistischen Bewegung. „Sozialistische Monatshefte“ 1910, 16–56 ff.

<sup>3)</sup> Gerhard Gildebrand, Sozialismus, sittliches Bewußtsein und Religion. „Sozialistische Monatshefte“ 1911, 627 ff.

<sup>4)</sup> „Dieser Prozeß der sittlich-religiösen Neubelebung ist es, in dem die

Von dieser außerordentlich bemerkenswerten Wandlung in der Haltung zum religiösen Problem innerhalb einer Oberschicht der sozialdemokratischen Partei ist in der Frauenbewegung bis auf eine einzelne Ausnahme nichts zu spüren. Ob die Quellen neuer Einsicht und besserer Wertung religiöser Gedanken- und Empfindungswelt hier auf alle Zeit verschüttet sind? Sollten gerade die Frauen es vermögen, auf Wegen weiter zu gehen, vor deren Ausgang es Männern zu grauen beginnt? Das ist schwer anzunehmen. Einstweilen allerdings scheinen selbst Frauenbildungsabende, wenn das Beispiel Hamburgs als typisch angesehen werden darf, geradezu Tunnelplätze oberflächlichster Hebereien gegen Christentum und Kirche zu sein. Von einem Bildungsabend in Hamburg, an dem 91 Personen teilnahmen, ist zu lesen:

„Genosse Kalmbach sprach recht anschaulich über »Christentum, Sozialismus und die schwarze Gefahr«. Er betonte, wie notwendig es für den Klassenkampf sei, die breite unaufgeklärte Masse des Volkes vom kirchlichen Dogma und Aberglauben zu befreien. Bei dieser Aufklärungsarbeit müsse uns Babels Ausspruch als Parole dienen: »Christentum und Sozialismus vertragen sich wie Feuer und Wasser.« Der Programmpunkt, der die Religion als Privatsache erkläre, verpflichte uns, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, daß die Schule von der kirchlichen Herrschaft frei werde. . . Alle, die innerlich mit der Kirche gebrochen hätten, müßten auch ihren Austritt aus der Landeskirche in aller Form erklären. Diese Aufforderung fand in der Diskussion nachdrückliche Zustimmung“<sup>1)</sup>

### Ehe und Familie

Zum Problem der Ehe und Familie hat die sozialdemokratische Frauenbewegung bislang auf einer offiziellen Tagung sich nicht ausgesprochen, und auch im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens hat selbst ihre Zeitschrift kaum etwas weiteres darüber verlauten lassen. Ein anderer hatte für sie bereits die Frage aufgeworfen und im sozialistischen Sinne „gelöst“, Bebel, der Parteiführer, in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“. Später hat es der Marxinterpret Karl Kautsky Arbeiterbewegung eine große aktive Rolle spielen, eine große geschichtliche Mission erfüllen kann, wenn sie nach dem Zusammenbruche der historisch-ökonomisch begründeten Zukunftsstaathoffnung der Gefahr ausweicht, zu einer bloßen Arbeiterinteressenvertretung herabzusinken, und statt dessen bewußt und vorurteilsfrei die Entfaltung aller schöpferischen Kräfte der Gesellschaft von der Grundlage der vorgefundenen Gesellschaftsordnung aus und unter Verzicht auf die irreführende Gewohnheit, alle gesellschaftlichen Probleme in erster Linie unter dem Gesichtspunkte der Klassegegensätze zu beurteilen, sich zum Ziele setzt.“ N. a. D. 634

<sup>1)</sup> „Gleichheit“, 21. Jahrgang, 105.

in verschiedenen seiner Schriften<sup>1)</sup> genau. Beide prophezeien übereinstimmend als Folge der kapitalistischen Entwicklung die völlige Verfertigung der Frau in der Berufsarbeit und damit eine radikale Änderung der bürgerlichen Ehe und Familienverhältnisse im Sinne freier Ehe und Auflösung des Einzelhaushalts. Es mag auffallend erscheinen, daß man ein Jahrzehnt hindurch in der „Gleichheit“ kaum einem Hinweis auf Babels Buch begegnet. Nicht als ob die „Genossinnen“ es nicht zu schätzen gewußt hätten, allein es scheint denn doch, als ob es einen weit größeren Leserkreis in bürgerlichen als im sozialistischen Frauenlager gefunden hätte. Jedenfalls finden Fragen der Ehe und Familie lange Zeit im offiziellen Organ der sozialdemokratischen Frauenbewegung eigentlich nur eine indirekte Behandlung, in den Lebensbildern hervorragender Frauen.<sup>2)</sup> Bis 1905 plötzlich eine heftige Auseinandersetzung ausbricht, veranlaßt durch einen Aufsatz des „Genossen“ Edmund Fischer<sup>3)</sup> über „die Frauenfrage“. Fischer erlaubte sich doria unter Hinweis auf übereinstimmende Urteile anderer Sozialisten der Ober Jahre<sup>4)</sup> den Standpunkt zu vertreten, daß die Familie unbedingt erhalten bleiben müsse und durch die Entwicklung nicht zerstört werden dürfe; daß die Entwicklung aber auch im Gegensatz zur Annahme von Babel und Mautsky gar nicht nach der Richtung hinsehe. „Die Entwicklung geht bei der Frauarbeit nicht den Weg, den man bisher annahm, und die Staatsküchen und Hauswirtschaftsgenossenschaften bleiben ein utopischer Traum, der an der psychologischen Beschaffenheit des Menschen, des Weibes und des Mannes allezeit scheitern wird.“<sup>5)</sup> Die Frau durch gesellschaftliche Einrichtungen, Vorhalten aller Art von den häuslichen Arbeiten (der „Knechtschaft des Hauses“) zu befreien, wodurch sie in die Lage käme, ebenso im beruflichen und öffentlichen Leben zu wirken wie der Mann, wäre keine Lösung der Frauenfrage. Die sogenannte „Frauenemanzipation“ widerstrebe der weiblichen Natur und des menschlichen Natur überhaupt, sei Unnatürlich und daher unüberwindbar. Mann und Frau seien auch gemäß der Schwereart, daher die Arbeitsteilung zwischen ihnen das Natürliche. Das eine Geschlecht könne weder Mann noch Frau entbehren, allen Dampfmaschinen, Abwässerungsanstalten und Strohverwertungsanstalten zum Troh.

1) „Das Erfurter Programm“ 1892, „Die Agrarfrage“ 1899.

2) Vgl. z. B. George Sand „Gleichheit“ 1904, 125.

3) „Sozialistische Monatshefte“ 1905, 256 ff.

4) W. Brade auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, 23. November 1867.

5) M. a. D. 259.

„Die Mutter will ihr Kind auch selbst pflegen, sie will sich ihm widmen, sie will es selbst versorgen. Sie zwingen wollen, ihr Kind einer Anstalt zu übergeben, um in einem Genossenschaftsbetrieb produktiv tätig sein zu können, wäre schlimmer als die Knechtschaft des Hauses“<sup>1)</sup> Der „letzte entscheidende Schritt“, die „Übernahme der Unterhaltungskosten des Kindes durch das sozialistische Gemeinwesen“, gehöre in das Gebiet der Utopie. Mit der eignen Küche dazielbe. Die Erfahrung lehre, daß der der Herdenatur entrückte Mensch den kasernenmäßigen Wohnungen wieder zu entfliehen suche, um, wenn er es nur einigermaßen machen könne, am liebsten allein mit seiner Familie zu wohnen. Und auch Sozialisten und emanzipierte Sozialistinnen gäben von dem natürlichen menschlichen Drange und Bedürfnis Beispiele an: „Ein ungeniertes, ungestörtes Nestchen mit seinen Lieben, Gatten und Kindern,“ ganz spießbürgerlich, philisterhaft, kleinbürgerlich. Zum eignen Heim gehöre aber auch die heutige Form der Familie. „Alle Änderungen, die letztere durch die Entwicklung erfahren wird, können nur darin bestehen, daß der Frau eine Anzahl Arbeiten abgenommen werden, ihre Arbeit erleichtert wird; aber den Einzelhaushalt und damit die Familie können sie nicht aufheben.“ Ziel: die Frau muß der Familie wiedergegeben werden. Das müßten auch die Sozialisten wollen, da die Familie der ganzen Natur des Menschen entspreche. Die Frau müsse zwar politisch und rechtlich dem Manne gleichgestellt und ihr die Entwicklungsmöglichkeit auf allen Gebieten gegeben werden. „Aber es wird sich auch dann zeigen, daß das erste und höchste, tief in der Natur des Weibes begründete Lebensziel der Frauen ist: Mutter zu sein und der Pflege und Erziehung der Kinder zu leben.“<sup>2)</sup>

„Aus Krähwinkel“ überschrieb Klara Zetkin ihre Zurückweisung der Fischerschen Darlegungen. Die hervorstechendsten Merkmale der Krähwinkellei wären dem Aufsatz aufgeprägt: „Das kleinbürgerliche Vernarrtsein in eine Schneckenhauswelt und damit die Unfähigkeit, den breitflutenden Strom der geschichtlichen Entwicklung in seinem Fluß, in seinem Woher und Wohin zu begreifen und unbefangen zu würdigen.“<sup>3)</sup> „Philisterhafte Scheu vor Tatsachen“, „Beschränktheit des Blickes“, „beschämende Unkenntnis der einschlägigen Literatur“, vollständig schiefe Einblicke und enge kurzfristige Ausblicke“, „ein wahrer Mattentönig von Unklarheiten und Widersprüchen“ wird Fischer zum Vorwurf gemacht. Die Erziehung des Kindes müsse denn doch von einem andern Standpunkt aus betrachtet werden als „dem des erhabenen Gefühls: das

1) A. a. O. 264. — 2) A. a. O. 265. — 3) „Gleichheit“ 1904, 31 ff.

ist m e i n e Frau, die in m e i n e m Heim m e i n Kind erzieht“. Das entscheidende Wort aber das Problem spreche die Mütterlichkeit auf die bestmögliche Entfaltung der weiblichen und menschlichen Kräfte des Kindes. Und da dränge sich die Frage auf:

„Vermag die E r z i e h u n g im H e i m durch die Mutter allein das Kind zur starken, zur schönen Persönlichkeit zu entwickeln . . . ? So hoch wir das mütterliche Wort verkünden, so unentbehrlich, ja so vernunftgemäß ist uns der erzieherische Einfluß des Heims dünkt: Wir sagen n e i n ! Die Erziehung des Kindes muß das harmonisch zusammengesetzte Werk von Heim und gesellschaftlichen Einrichtungen, von Mutter und Vater sein. Die Erziehung des Kindes in öffentlichen Institutionen stellt die besten pädagogischen Kräfte, die vorzüglichsten pädagogischen Hilfsmittel in den Dienst der Entwicklung der Jugend, Kräfte und Hilfsmittel, über welche die Einzelfamilie nur ausnahmsweise oder gar nicht verfügt.“

Die heimische Kindererziehung in den öffentlichen Anstalten habe das soziale Bewußtsein, die Erziehung im Heim die persönliche Ehrenpflicht zu pflegen, in vollkommener, vernünftiger Weise zu individualisieren. Die Entgegnung an den „Archivforscher“ betont: Die Frau ist nicht nur Geschlechtswesen, sie ist Mensch, weiblicher Mensch. Was der besten Natur des Weibes zehrt, was an Tugenden und Kräften, Widmungenswollen aus ihr emporquillt, das erschöpfe sie nicht durch das Ausleben des spezifisch Weiblichen; es vermag „bewußtlich Entfaltung, und Verwertungswerten außerhalb derselben in dem weitem spannenden Gebiet allgemein menschlichen Werdens“. Die Entwürdigung zwinge die Frau in die Berufswelt. Die kapitalistische Entwürdigung habe der produktiven Arbeit der Frau im Heim nach für die Familie mehr und mehr den Boden abgeraubt. Immer auskömmlicher werde die Familie im Hause wirtschaftlich zu einem „bloß noch konsumierenden Ganzen“. Die Berufsarbeit aber zerstörte das Band der ökonomischen Abhängigkeit und befreie die Frau von der „Herrschaftsstellung des Mannes“, unter der nicht „die vollste soziale Stellung der mütterlichen und hauswirtschaftlichen Tätigkeit ausgelöscht oder wenigstens getrübt“ worden. Desungeachtet werde auch eine sozialistische Gesellschaft „nicht bloß die Berufstätigkeit der Frau“, sondern auch „ihren Mutterberuf als Legitimation ihrer vollen sozialen und rechtlichen Gleichstellung werten“. Aber das vernünftige Wort: Weib das Fundament der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Weibes vom Manne. Ohne ihre lebendige Macht schränke das Verfallensrecht der Frau über ihre Verison, schränke ihre Freiheit der Liebeswahl, die Möglichkeit der nötigen leichtern Lösung der Ehe zu einer toten Formel zusammen.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> „Gleichheit“ 1905, 37.

„Jedemoch: Erwägungen, die in den stizzierten Richtungslinien laufen, will die Krähwinkler Furcht vor dem Gegenstück der Zwangserziehungskaserne nicht gelten lassen, die Furcht vor der Hausgenossenschaft, der entsetzlich dräuenden Zwangswohnungs- und Zwangsabfütterungskaserne, aus der jedes häusliche Behagen, jede Rücksicht auf »Männchens Lieblingspeise« fühllos verbannt ist. Es hieße das Wesen der Familie als einer sittlichen Einheit beleidigen, wollten wir uns mit der Auffassung auseinandersetzen, als wäre für sie die Speisefeschüssel, in welcher die Frau eigenhändig am eignen Herde zubereitete Gerichte aufsticht, das festeste ewige Bindemittel, der lebendig wirkende Zauber, der dem Heimleben Traulichkeit, Schönheit und stärkende Kraft verleiht.

Tatsache ist, daß die gesamte soziale Entwicklung den Einzelhaushalt mehr und mehr zersetzt; daß immer mehr der Funktionen, welche die Frau in ihm individuell erfüllt, an moderne Industrien übergehen oder ihnen übertragen werden könnten; daß der Großbetrieb, daß die genossenschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Form häuslicher Funktionen betreffs des geringern Aufwandes an Zeit, Kraft und Mitteln sowie betreffs der Leistungen dem Einzelhaushalt überlegen ist. Das bedeutet aber keineswegs die Vernichtung des tiefsten Wesensgehalts eines innerlich gefestigten Heimes, ja das besagt nicht einmal, daß die Entwicklung mit zwingender Notwendigkeit zur Hausgenossenschaft oder insbesondere nur zu ihr führen müsse. Die ihr als geschlossenes Ganze zugeordneten Aufgaben können einzeln von Großbetrieben, von Genossenschaftsbetrieben übernommen werden. Was sich allmählich mit der fortschreitenden Industrialisierung häuslicher Verrichtungen herausbildet, da ist die Grundlage für die verschiedensten genossenschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen Betriebe, welche Funktionen des Heimes, der Hausfrau ablösen: Wohnungsgenossenschaften, Speisegenossenschaften, genossenschaftliche Restaurants, Kommunalbücherei, Kommunalwaschhäuser usw. usw. Fällt die kapitalistische Ordnung mit ihrem Boden- und Häuserwucher; stehen Verkehrsmittel, zentrale Licht-, Wärme- und Wasserquellen, Putz- und Reinigungsinstitute usw. nicht mehr im Dienste engbrüstiger Privat- oder Klasseninteressen; zwingt die kapitalistische Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft nicht länger, mit jeder Minute Zeit, jedem Zünken Kraft zu geizen: so kann sich ebensogut wie die Großhausgenossenschaft — die idealistische Mietkaserne unserer Zeit — und neben ihr auch die Gartenstadt mit Ein- und Zweifamilienwohnhäusern entwickeln. Die gemeinwirtschaftliche oder genossenschaftliche Organisation der wirtschaftlichen Funktionen des Haushalts läßt sich hier sehr wohl mit einer höchst individuell geprägten Gestaltung des Heimlebens vereinen. Davon zu schweigen, daß der Einzelhaushalt alten Stils recht fein kann, was dem Kleinbetrieb billig sein soll, der nicht auf der Ausbeutung fremder Arbeitskraft beruht. Nicht der Zwang, die Einsicht in die Überlegenheit vollkommener sozialer Gebilde mag ihn modeln und verdrängen. So braucht nicht einmal in Krähwinkel ein Zittern vor dem Verlust »des alten lieben Sofas«, ein Schütteln vor dem Einertei der Rumpfschiff- und Dickerbsegenüsse den Mann vor der Berufstätigkeit der Frau schrecken.“<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> U. a. D.

Als der christlich-soziale Abg. Stöcker 1906 im Reichstag die Enehe gegenüber der Idee „freier Liebe“ verteidigte, griff Clara Zetkin in einer langen Artikelreihe<sup>1)</sup> das Thema „Ehe und Sittlichkeit“ auf, das Problem, dessen sozialistisch-ökonomische Behandlung sie bereits im Jahrgang 1898<sup>2)</sup> begonnen. Grundgedanke: Die Enehe ist als bedeutamer geschichtlicher Fortschritt zu würdigen, aber sie ist ebensowenig die vollkommene wie die letzte Form der Geschlechtsbeziehungen zwischen Mann und Weib. Veränderte Produktionsweise und die sich entwickelnde „individuelle Geschlechtsliebe“ treten als Gegenmächte gegen sie auf und zwingen ihren Rahmen. Die „bürgerliche Gesellschaft“ mußte ihre Gesetze reformieren. Diese Reform hat indes nicht den glänzenden Traum von einer durchgreifenden Befreiung des Geschlechtsbonds zu verwirklichen vermocht. Die „Befreiung der Liebe von Zwang und Scham“ komme nur eine „Zeit der sozialen Revolution“ hem. Die sei im Anzuge. Die proletarische Ehe sei heute schon etwas anderes wie die „bourgeoise Schacherel“, eine „Arbeits- und Stammsgemeinschaft von Mann und Frau“. Die produktive Arbeit der Arbeitergattin vertiefe und erweitere ihre Aufgaben für Familie und Gesellschaft. Da Weib ihre wertvolle Moral und tüchtigen ferneren Ausleben als Monopol des Mannes gar wenig Spielraum. Die wirtschaftliche Selbständigkeit ermögliche der Proletarierin, „frei über ihre Liebe zu verfügen“. „Menschheit und Treue verwandelt sich aus Vermögensrechtlichen in sittliche Werte.“ Die Entwindung des in der Widmung einer Gleichstellung der Geschlechter, „indem sie dem Liebesleben des Weibes vor der Ehe größere Bewegungsfreiheit sichert, dem des Mannes aber in der Ehe größere Gebundenheit“ auferlege. Uchster Gewinn: Größere Wahrheit, Reinheit, Gerechtigkeit.“

Man haben die Anklammern über die Ehe und Familie in Kritik und Reformwörter, von sie sich im helligen Reichswort der sozialdemokratischen Frauenbewegung widerwärtig, hier ausführlicher vordergegeben. Nicht um sie im einzelnen auf Wahrheitsgehalt zu prüfen, denn der Zweck vorliegenden Schritt ist überwiegend der, ein Charakterbild der Bewegung und ihrer Ideen zu geben, so wie sie sich uns darstellen. Wie man sich aber auch immer zu dieser sozialistischen Kritik der „bürgerlichen Ehe“ und zu den Reformideen stellen mag — die Proletarier und so nicht nur, der französische sozialistische Atomist Fourier hat sie vor halb einem Jahrhundert ähnlich ausgedacht und war eben

1) „Gleichheit“ 1906, Nr. 8, 10, 11, 14—18.

2) „Ehescheidung und Sittlichkeit“, „Gleichheit“ 1898, 57.



darum von seinem Genossen Proudhon<sup>1)</sup> scharf bekämpft worden — es erfordert die Objektivität, festzustellen, daß die Träger dieser „Auflösungs-idee“ der „bürgerlichen Ehe“, Bebel sowohl wie Kautsky und Klara Zetkin, für ihr privates Leben niemals diejenigen Konsequenzen gezogen haben, die die letzten Folgerungen der von ihnen vertretenen Anschauungen begründeterweise befürchten lassen. Von ihrem Ehe- und Familienleben sind keinerlei Katastrophen bekannt. Bebels Familienleben ist auch von seinen schärfsten Gegnern niemals angetastet worden, und von Klara Zetkin weiß man, daß sie sowohl Gatten wie Kindern fürsorgend und aufopfernd gewesen, und manche Züge tiefer Mütterlichkeit werden von ihr erzählt. In dem bereits erwähnten Vortrage Zetkins auf dem Gothaer Parteitag begegnen wir ja auch einem Passus, worin sie zum Ausdruck bringt, daß die Frauenagitation nicht die Entfremdung von Gatten- und Mutterpflicht zur Wirkung haben dürfe:

„. . . Es darf auch unmöglich die Aufgabe der sozialistischen Frauenagitation sein, die proletarische Frau ihren Pflichten als Mutter und Gattin zu entfremden; im Gegenteil, sie muß darauf wirken, daß sie diese Aufgabe besser erfüllt als bisher . . . je mehr sie die Erzieherin und Bildnerin ihrer Kinder sein kann, um so mehr kann sie sie aufklären, kann sie dafür sorgen, daß sie mit der gleichen Begeisterung und Opferfreudigkeit wie wir in Reich und Glied weiterkämpfen für die Befreiung des Proletariats; — wenn der Proletarier sagt: »Mein Weib!« — daß er dann in Gedanken hinzusetzt: »Die Genossin meiner Ideale, die Gefährtin meiner Kämpfe, die Bildnerin meiner Kinder zum Zukunftskampfe!« So manche Mutter, so manche Gattin, die Mann und Kinder mit Klassenbewußtsein erfüllt, leistet genau so viel wie die Genossinnen, die wir in unsern Versammlungen sehen.“<sup>2)</sup>

Nur im Nachruf für Bebels verstorbene Gattin<sup>3)</sup> begegnen wir noch demselben Grundgedanken, der hier ausgesprochen. Im allgemeinen sind Mahnungen solcher Art in der Literatur der sozialdemokratischen Frauenbewegung kaum mehr anzutreffen.

1) Der Widerspruch der Nationalökonomie oder die Philosophie der Not, deutsch von W. Jordan, Leipzig, 2. Bd. — Vgl. Dr. H. Herdner, Die Arbeiterfrage 264 ff.

2) Prot. 166.

3) „Gleichheit“, 21. Jahrgang, 67.

## Schluß

Eine Frage der Zeit nur und auch innerhalb der sozialdemokratischen Frauenbewegung wird sich jene Krise bemerkbar machen, die heute sozialistische Lehre und Partei ergriffen.<sup>1)</sup> Die Entwicklung sieht nicht fidele, und auch das Denken der sozialistischen Frauen nicht, die sich heute ortsiden, Kinder- und Jugendberührung systematisch zu gestalten auf Grund einer die aberkommenen stitischen und bocialischen Autoritäten negierenden Weltanschauung, in bewußtem Gegensatz zu ublichen Erziehungsgrundsätzen und unter Quarantänelegung auch umstrittener pädagogischer Reformideen.<sup>2)</sup> Der Zeit der goldenen Erlaube und nativer Sexualität wird eine andere Meßtafel folgen, wo all das in genau Meßel verstanden, als Widerspruch und Kathol erkannt wird, was sonst vollkommen Ordnung und Harmonie zu sein schien. Wenn nicht alle Zeichen trügen, kündigt sich diese Periode bereits in einer Repräsentantin der sozialdemokratischen Frauenbewegung, in **Walw Zepeler** an. In einem Aufsatz jüngerer Zeit<sup>3)</sup> redet diese um die Frauenhilfsvereine verbundene Sozialistin einer bewußten Abwendung von jener rein materialistischen Meinung aller Kultur die Wort. Die Kulturdenkmäler stehen nahe vor ihren Augen. Sie sieht die Menschheit wohl wirtschaftlich emporsteigen, aber darum nicht glücklicher werden. Der Aufstieg zu immer edlerer seelischer Entfaltung bringt „Steigerung der Leiden des Daseins“. Den Kulturmenschen ergreift das faustische Ungenügen. „Je reicher und tiefer er denkt, desto rascher durchheilt er alle Phasen des Erkennens, und ist die menschliche Natur auch so gerichtet, daß das Bewußtsein der Unmöglichkeit eines letzten Wissens den Trost der Verzweiflung abwärts rückt, so tritt bei der Abkehr an die Unlösbarkeit aller irdischen Konflikte dennoch während langer Zeiten lähmend in das Leben fast jedes entwickeltesten Geistes. . . . Sehnsucht und Unbefriedigung sind das Kains-

<sup>1)</sup> Vgl. J. J o o s, „Krise in der Sozialdemokratie“, W. Gladbach.

<sup>2)</sup> Vgl. „Unser Patriotismus“, „Gleichheit“ 1907, 89 ff und die Referate „Sozialistische Erziehung im Hause“ von **K. D u n k e r** und „Jugendorganisation“ von **Mara Z e t t i n**, gehalten auf der Frauenkonferenz in Nürnberg. Parteitagprot. 507 ff.

<sup>3)</sup> **Walw Z e p e l e r**, Entwicklung, „Sozialistische Monatshefte“ 1911, 218 ff.

zeichen, das die mühevoll durchrungenen Jahrtausende geistigen Wachstums auf die Menschenstirn gezeichnet haben. Unbefriedigung in seiner Arbeit, im wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffen, auf welcher Höhenstufe er auch stehen mag, Sehnsucht und Unbefriedigung der Seele, die durch alle Lebensstadien, durch gröbere und zartere Genüsse, durch den Rausch erhabenster Freuden doch immer wieder in die Qual schmerzvoller Unruhe zurücksinkt. Denn diese Unruhe ist jene ewige unlösbare Frage nach dem Ziele dieses rastlosen Lebenskampfes, der dunkle Drang, uns selber und unser Wollen zu begreifen, die unverkennbare Kraft zu durchdringen, die uns (der eignen Vernunft zum Trotz) einem unbekanntem Ziele entgegentreibt. Seit Jahrtausenden ist dies das Los des Geistesmenschen, und keine Entwicklung hat dieses Los wandeln können.“<sup>1)</sup> Es geht ü b e r u n s h i n a u s . W o h i n , das weiß die Sozialistin nicht, und glaubt es nie wissen zu können. „Wir wissen, daß der Weg über uns hinauszeigt, daß wir aufwärtsgehen, einem Ziele entgegen, das unsern Blicken verhüllt ist, das uns immer weiter entgleitet, je mehr wir uns ihm nähern, um sich in fernsten Weiten, in der Unendlichkeit zu verlieren. Wir wissen, daß wir den Zug, der uns in unaufhaltbarem Lauf emporreißt, seinem Wesen nach nie begreifen, und daß dennoch gerade die Besten ihm stets von neuem folgen werden.“ Die Verfasserin fragt nicht warum und wozu. Das, meint sie, tun wir nicht, „weil wir unausgesprochen im tiefsten Innern an den übersinnlich göttlichen Ursprung unseres Wollens glauben.“<sup>2)</sup>

Und die Anwendung auf die Frauenfrage? Hören wir wiederum die Verfasserin selbst:

„. . . Eine ganze Reihe von Kämpferinnen für die höchste geistige Ausbildung des Weibes ersehnt den Sieg des n e u e n F r a u e n t y p u s gerade um der Ehe und Mutterchaft willen. Nur ganz vereinzelt Stimmen haben sich erhoben, um uns zu sagen, was doch so naheliegend und an allen Erfahrungen der Gegenwart leicht genug nachzuprüfen ist: Die Differenzierung und psychische Individualisierung des Weibes sind im Verein mit seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit durchaus kein Festigungsmoment dauernder Ehe- und Liebesgemeinschaft; sie tragen im Gegenteil einen Auflösungskeim in jede Beziehung zwischen Mann und Weib, der nur in den seltenen Fällen gleichzeitig höchster Wesens- und Liebesympathie unwirksam werden muß; sie sind e h e r Z e r s t ö r e r a l s N e u s c h ö p f e r d e r E h e . Denn was in jeder andern Hinsicht von der wachsenden Differenzierung und was von jeder geistigen Verfeinerung gilt: daß sie in ihren Trägern die sozialen Gesellschaftsinstinkte unter den überwuchernden Persönlichkeitsstritten erstickt, das muß in sehr viel stärkerem Maße von der vollkommensten Lebensgemeinschaft gelten,

<sup>1)</sup> A. a. O. 225. — <sup>2)</sup> A. a. O. 230.

die die Geschlechter in der sanktionierten oder nicht sanktionierten Ehe zusammenbindet . . .

Wandelt sich der Frauenimpus wirklich, wie es uns heute scheint, wird das Weib ein wirtschaftlich und geistig freieres, auf eigene Wertungen gestelltes Geschöpf, dann treibt die Menschheit auch im Liebesleben *neuem Kampf* entgegen, neuen *Wirrnissen* und *Leiden* und sehr wahrscheinlich einer gänzlich andern, ungebundenern und weitem Norm der ertönschen Beziehungen, die aber (wie jede Freiheit) auch erhöhte seelische Gefahren in sich trägt. Und noch andere Schwierigkeiten muß für die Frau jene Zukunftsentwicklung bergen. Die *Einheitlichkeit* des Lebens, das für sie in der Mutterschaft und dem Familienfrieden den schon Angelpunkt besaß, ist mit dem Verußloßen gesprungen. Der *heute* Menschli zweier widerstreßender Pflichten, die *Konwendigkeit*, für jede einzelne sich erst eine besondere Norm zu zimmern, um Raum für alle *Bedürfnissen* zu schaffen, die den bewegtern *Stuß* dieses neuen Frauenlebens tragen können: dies alles wird auch für das Weib den *Pfad* nicht ruhiger und ebner gestalten."

Was aber der *Harmonie* des Daseins solcherart widerstreitet, muß es nicht unabwehrbar das *Verluste* einzelner und gesellschastlicher Kultur in *stößtem* Maße erhöhen? Und wird die Menschheit einen solchen Zustand ertragen *wollen* und *können*? —

**I. Die weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisation nach einzelnen Agitationsbezirken und im Verhältnis zu den männlich Organisierten in den Jahren 1911 und 1912**

Agitationsbezirke	Zahl der Wahlkreise, die zum Bezirke gehören	Zahl der Ortsvereine	Mitgliederzahl der Parteiorganisation				Mitgliederzahl über überhaupt in Prozenten
			1911		1912		
			überhaupt	weibliche	überhaupt	weibliche	
Ostpreußen . . .	17	23	7 312	1 105	8 909	1 457	21,8
Westpreußen . . .	13	47	3 583	670	3 768	805	5,2
Groß-Berlin . . .	8	81	111 021	16 947	119 769	20 039	7,9
Brandenburg . . .	18	202	25 540	2 810	29 086	3 305	13,9
Pommern . . . . .	14	96	10 406	1 286	11 804	1 715	13,4
Posen . . . . .	15	25	1 302	101	1 235	112	5,1
Breslau . . . . .	13	63	17 270	2 321	19 610	2 944	13,0
Görlitz . . . . .	6	65	8 204	1 320	7 325	1 036	10,7
Oberlangenbief . . .	7	57	11 517	2 225	12 625	2 596	9,6
Kattowitz . . . . .	9	28	1 840	209	2 064	197	12,2
Magdeburg . . . . .	8	116	21 411	3 660	24 054	4 220	12,3
Halle a. S. . . . .	8	157	20 248	3 698	25 432	3 775	25,6
Erfurt . . . . .	4	46	5 757	831	7 368	1 085	28,0
Schl.-Holst. in Hannover . . . . .	10	105	44 687	7 147	50 634	8 721	13,4
Ostf. Westfalen . . .	12	166	30 193	4 731	31 346	4 767	3,8
Westf. . . . .	9	118	10 755	633	12 176	844	13,2
Westf. . . . .	8	199	21 247	4 460	21 750	4 586	2,4
Oberrhein . . . . .	19	99	11 317	1 013	14 781	1 563	30,6
Niederrhein . . . . .	14	85	36 067	5 628	40 932	6 387	13,5
Saargebiet . . . . .	3	5	778	96	749	133	3,7
Franzjurt a. M. . . . .	11	222	23 211	2 675	26 899	3 180	15,9
Kassel . . . . .	6	100	4 949	58	6 094	142	23,1
Nordbayern . . . . .	21	306	40 357	2 850	44 673	3 327	10,7
Südbayern . . . . .	21	117	25 439	2 291	28 936	2 564	13,7
Pfalz . . . . .	6	138	9 822	419	11 856	1 225	20,7
Dresden . . . . .	9	144	45 804	4 131	55 885	5 295	22,0
Chemnitz . . . . .	7	234	25 256	1 451	36 128	3 405	43,0
Leipzig . . . . .	4	107	37 011	5 812	41 171	6 078	11,2
Zwickau . . . . .	3	76	12 456	2 300	17 466	3 273	40,9
Württemberg . . . . .	18	338	27 766	1 589	36 150	2 679	30,2
Baden . . . . .	14	226	19 098	1 371	21 017	1 897	10,0
Hessen . . . . .	9	260	19 803	1 520	20 495	1 489	3,5
Mecklenburg . . . . .	7	64	8 712	1 232	10 067	1 796	15,6
Thüringen I. . . . .	5	125	6 417	563	8 004	712	24,7
Thüringen II . . . . .	3	80	9 712	1 439	11 402	1 590	17,4
S.-Altenburg . . . . .	1	39	5 757	747	6 719	803	16,7
Gotha . . . . .	1	52	2 505	195	2 795	145	11,6
Ob.-Ostfriesl. . . . .	5	47	7 889	1 327	8 810	1 502	11,7
Braunschweig . . . . .	3	72	10 223	1 706	11 842	1 806	15,8
S. Meiningen . . . . .	2	64	2 970	241	2 953	205	0,6
Anhalt . . . . .	2	21	8 269	2 603	9 264	2 964	12,0
Hamburg . . . . .	3	25	48 598	5 895	60 849	8 004	25,2
Nordwest . . . . .	5	49	24 456	3 576	31 218	5 039	26,0
Lübeck . . . . .	1	9	4 708	560	5 446	644	15,6
Elb-Lothr . . . . .	15	129	4 919	242	6 496	320	32,1
Zusammen	397	4827	836 563	107 693	970 112	130 371	15,9

II. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen  
Gewerkschaften im Verhältnis zur gesamten Mitgliederzahl  
(Entwicklung von 1892 bis 1912)

Jahr	Gesamte Mitglieder	Weibliche Mitglieder	Zu Prozent
1892	237 094	4 355	1,8
1893	223 550	5 384	2,4
1894	246 494	5 251	2,1
1895	259 175	6 697	2,5
1896	329 230	15 265	4,6
1897	412 359	14 644	3,5
1898	493 742	13 481	2,7
1899	580 473	19 280	3,3
1900	680 427	22 844	3,3
1901	677 510	23 699	3,4
1902	733 206	28 218	3,8
1903	887 698	40 666	4,5
1904	1 052 108	48 604	4,6
1905	1 344 803	74 411	5,7
1906	1 689 709	118 908	7,1
1907	1 865 506	136 929	7,3
1908	1 831 731	138 443	7,6
1909	1 832 667	133 888	7,3
1910	2 017 298	164 512	8,0
1911	2 320 986	191 332	8,2

**III. Der weibliche Mitgliederbestand 1910/11 in den einzelnen sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden**

Laufende Nr.	Organisation der	Zahl der weiblichen Mitglieder im Jahre			Von 1910 auf 1911	
		1900	1910	1911	Zunahme	Abnahme
1	Bäcker und Konditoren <sup>1)</sup>	—	2 644	3 736	1 092	—
2	Blumenarbeiter	15				
3	Brauerei- und Mühlenarbeiter	—	333	567	234	—
4	Buchbinder	—	913	1 154	2 41	—
5	Buchdruckerei- hilfsarbeiter	3 046	12 308	14 127	1 819	—
6	Bureauangestellte	698	8 965	9 323	358	—
7	Fabrikarbeiter	—	189	206	17	—
8	Fleischer	2 889	19 213	21 853	2 640	—
9	Friseur	—	48	106	58	—
10	Friseur	—	1	1	—	—
11	Gärtner	—	37	17	—	20
12	Gastwirtsgehilfen	—	601	744	143	—
13	Gemeindearbeiter	—	861	1 169	308	—
14	Kassiere <sup>1)</sup>	46				
15	Glasarbeiter	33	573	705	132	—
16	Glasarbeiter	—	2	1	—	1
17	Handlungsgehilfen	80	6 882	8 679	1 797	—
18	Holzarbeiter	726	4 354	5 819	1 465	—
19	Vergolder <sup>1)</sup>	28				
20	Hutmacher	121	3 584	4 414	830	—
21	Kürschner	—	1 413	1 451	38	—
22	Lagerhalter	9	119	154	35	—
23	Lederarbeiter	—	854	1 096	242	—
24	Handschuhm. <sup>1)</sup>	105				
25	Lithographen	—	—	9	9	—
26	Maler	—	39	31	—	8
27	Metallarbeiter	2 693	19 610	25 103	5 493	—
28	Porzellanarbeiter	357	1 313	2 260	947	—
29	Sattler und Portefeuilier <sup>1)</sup>	31	857	1 161	304	—
30	Schmiede	—				
31	Schneider	—	4	—	—	4
32	Schuhmacher	758	8 060	9 363	1 303	—
33	Steinarbeiter	1 916	6 443	7 939	1 496	—
34	Tabakarbeiter	—	9	62	53	—
35	Tapezierer	3 922	15 400	16 870	1 470	—
36	Textilarbeiter	37	116	129	13	—
37	Transportarbeiter	5 254	39 524	45 651	6 127	—
38	Hafenarbeiter <sup>1)</sup>	—	5 321	6 479	1 098	—
39	Zigarrenfortierer	—	60			
40	Zigarrenfortierer	80	862	953	91	—
Summa		22 844	161 512	191 332	29 853	33

Zunahme = 168 488 = 737,56 %

29 820 =  
18,46 %

<sup>1)</sup> Dem vorgenannten Verband angeschlossen.

## Sachregister

- Agitationsweise unter den Frauen, ge-  
 werkschaftliche 34, 35, politische 37,  
 spezialisierte Agitation (Landar-  
 beiterinnen, Hausfrauengewerksamen,  
 Lehrkräften, katholische Frauen 52,  
 bei Krankenkassen, Gewerkschafts-  
 wahlen 53
- Allgemeiner deutscher Frauenverein 7  
 „Arbeiterin“, sozialdemokratische Wochen-  
 schrift 14
- Arbeiterinnensekretariat der sozialdemo-  
 kratischen Gewerkschaften 38, 56
- Beschwerdel Kommissionen, Gründung  
 durch Gewerkschaften 27, Einbe-  
 ziehung in die politische Frauen-  
 bewegung (Zweck, Organisation) 35
- Bildungseinrichtungen 51
- Bonstättbewegung bei preussischen Land-  
 tagswahlen 43 ff
- Wahlkreisvereine der sozialistischen  
 Frauenbewegung 55
- Bund deutscher Frauenvereine 41 59 64
- Bund für Mutterschutz 64
- Bürgerliche Frauenbewegung, Stel-  
 lung der sozialistischen F. gegenüber  
 der 14 24 ff 33, 39 42 57 ff
- Charakteristik der sozialistischen F. 15 ff  
 22 ff 62 64
- Delegiertenkonferenzen, als Vorläufer  
 ständiger Frauenskonferenzen 18 ff
- Deutsche Arbeiterbewegung, was die sozial-  
 demokratische Frauenbewegung an-  
 fangs der 90er Jahre 16
- Dienstbotenfrage und -bewegung 26 42
- Ehe und Familie, in ihren Entwicklun-  
 gsmomenten nach sozialistischer Lehre 78 ff
- Familie und sozialistischer Gedanke 41
- Frauenarbeit, Kaiser Wilhelms II. 14
- Arbeiter, Grund, Stellung zur Frauen-  
 frage und zum Einzelhaushalt 74 ff
- Flugblattkommission 32
- Frauenagitationskommission 10
- Frauenauskunftsstelle 25 62
- Frauenbibliothek 55
- Frauenbildungsvereine 32 ff 36 46
- Frauenerwerbsarbeit, Wirkung der Stei-  
 gerung auf Frauenbewegung 8 33
- Frauenfrage und sozialistische Lehre 67 ff
- Frauengongress 1912 64
- Mainz 31, München 34, Bremen 36,  
 Mannheim 39, heutige Konferenzen  
 50, internationale Frauenskonferen-  
 zen: Stuttgart 42, Kopenhagen 50
- Frauenkonferenzen, zur Geschichte 30 ff
- Frauenrechtlerinnen 59 ff
- Frauentag 50
- Frauenvereinigungen, selbständige vor  
 1890 13, nachher 15 27, Bildungs-  
 arbeit in diesen F. 15 ff
- Frauenversammlungen 46
- Frauenwahlrecht, Stellung der Partei da-  
 zu 10 11, neue Forderungen zum F. 50
- „Frauenwohl“ Verein Berlin 60
- Gewerkschaft, Aufgaben bei sozial-  
 istischen F. zum 53
- Gewerkschaften, Stellung zur Frauen-  
 arbeit und Frauenorganisation vor  
 1890 11, der Halberstädter Kongress  
 27 ff, Weiterentwicklung 33 ff



- Gewerkschaftliche Agitationskommissionen (Zweck, Organisation) 37  
 Gewerkschaftsschule, die Berliner 41  
 „Gleichheit“, die Gründung 14 ff, Ausbau 1897 25, Erweiterung 1904 38, zur Charakteristik der Schreibweise 65  
 Gleichberechtigung der Frauen in der sozialdemokratischen Partei 23 32  
 Internationale Konferenzen der sozialdemokratischen Frauen in Partei und Gewerkschaft 13 26 42  
 Jugenderziehung in Familie und Jugendorganisation 48  
 Katholikentag und Frauenfrage 39  
 Kinderschutzkommission 39 44  
 Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen 1907 41  
 Krankenkassenwahlen 53  
 Kurse für Frauen 51  
 Lese- und Diskussionsabende 34 39  
 Letteverein 7  
 Neuorganisation der sozialdemokratischen Frauen nach dem Reichsvereinsgesetz 45 ff 47 (Bestimmungen), Mitarbeit in der Parteiorganisation 49  
 Organisationsstatut der Partei und Frauenorganisation 11 12 16 38,  
 Organisationsformen der sozialdemokratischen Frauen vor dem Reichsversicherungsgesetz 45 ff  
 Parteipresse und Frauenbewegung 49  
 Parteitage und Frauenfrage, Organisation und Agitation 10 11 17 23  
 Reichsvereinsgesetz und sozialdemokratische Frauenorganisation 45  
 Religion und Kirche, Haltung der sozialistischen F. 69 ff, Wally Zepfers neue Stellungnahme 80 ff  
 Schulfrage und sozialistische F. 37  
 Sozialdemokratische und bürgerliche Frauenbewegung im Verhältnis zueinander 57 ff  
 Verbindungsverbot 11  
 Verein zur Fortbildung und geistigen Anregung der Proletarierfrauen 7  
 Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen 13  
 Verein der Mäntelnäherinnen 13  
 Vereins- und Versammlungsrecht für Frauen vor dem Reichsversicherungsgesetz 8 13 16 17 19 20 33  
 Vertrauenspersonen, das System 19, Ausbau 31 46  
 Vorstandsmitglieder, weibliche, in der politischen Partei 47 49  
 Wahlagitator der sozialistischen Frauen 18 35 ff 39 ff 43 54  
 Wahlrecht der Frauen, vor dem Gothaer Parteitag 10  
 Wahlverein für Frauen 35  
 Weibliche Gewerkschaftsbeamte 38  
 Zentralbureau der sozialdemokratischen Frauen in Berlin 48 49  
 Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen (Sitz Offenbach) 13  
 Zepfer, Wally, über die Krisis in der modernen Frauenfrage 81 ff  
 Zetkin über Ehe und Einzelhaushalt 75 ff, über Ehe und Sittlichkeit 78  
 Zölibatsfrage, in der Agitation unter den Lehrerinnen 53

## Namenregister

- Altmann 38  
 Auer, Ignaz 11 17 23 62  
 Baader 16 17 46 48  
 Bebel 10 65 73 74 79  
 Bernstein 26  
 Braun, Lilli (v. Gizycki) 21 22 33  
     61 ff  
 Dodel, Dr. 70  
 Dorsch, Hanna 70  
 Dunter, Käthe 41 71  
 Fischer, Edmund 74  
 Fourier 78  
 Fürth, Henriette 24 25  
 Grünberg 38  
 Guillaume-Schad 14  
 Haberland 64  
 Hanna 56  
 Hasselmann 10  
 Heinig 52  
 Hersfurth v. 14  
 Silberbrand, Gerhard 72  
 Zhrer, Emma 7 13 16  
 Nähler 27 28  
 Nautsch, Carl 73 74 79  
 Nautsch, Luise 14 26  
 Lieblnchdt 22  
 Pischnewski 57  
 Löwenherz 24 60  
 Mary-Aveling 14  
 Maurenbrecher 72  
 Müller, Hans 72  
 Rohrlad 15 16  
 Rüger 16  
 Singer, Paul 64  
 Steinbach 11 13 27  
 Stöder, Abg. 78  
 Tieg 34  
 Volkmar v. 11  
 Wabnitz 16  
 Wengs 22  
 Wilhelm, Heinrich 16  
 Wolter 27  
 Zevler, Wally 36 81 ff  
 Zettin 8 9 13 14 15 21 ff 32 37 57 ff  
     Zur Charakteristik 65 ff 70 ff  
 Zieg 37 46 48

Von demselben Verfasser erschien:

## Krisis in der Sozialdemokratie

8° (125) 6.—10. Tausend. Geb. M 1.—

Inhalt: I. Vom Werden und Wachsen der Sozialdemokratie. II. Sozialismus und Sozialdemokratie. III. Marxistische Lehren. IV. Die deutsche Sozialdemokratie marxistisch. V. Glaube — nicht Wissenschaft. VI. Streit um Marx. VII. Alte oder neue Marxisten? VIII. Der Revisionismus. IX. Revisionismus und Marxismus. X. Muß der Sozialismus kommen oder kann er kommen? XI. Das religiöse Problem in der Sozialdemokratie. XII. Wem wird die Zukunft gehören? Anhang: Organisation und Agitation der sozialdemokratischen Bewegung.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ schreibt in seiner Nummer vom 6. März 1911:

„Die Schrift kann nachdrücklichst empfohlen werden. Der Verfasser hat die Auseinandersetzungen der führenden Geister innerhalb des sozialdemokratischen Lagers während vieler Jahre sehr sorgfältig verfolgt, wie er auch den wichtigsten, neuern sozialdemokratischen Parteitagen stets beigewohnt hat. Er behandelt die widerstrebenden Auffassungen innerhalb der Sozialdemokratie nicht von der Oberfläche, sondern geht den Streitfragen auf den Grund . . .“

---

Der „wissenschaftliche“ Sozialismus Die Grundlage der Sozialdemokratie. Von Dr. Ludwig Nieder. gr. 8° (40) 20 Pf.

Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland Von Joseph Ripper. (Soziale Tagesfragen Heft 39.) gr. 8° (40) 60 Pf.

Soziale Frage und werktätige Nächstenliebe Für Schule und Haus bearbeitet von Professor Dr. Hermann Ditscheid. Zweite, verbesserte Auflage. gr. 8° (64) 60 Pf.

Soziale Volksbibliothek In Heften von je 16 Seiten 8°. Jedes Stück 5 Pf.

Bis Herbst 1912 erschienen 36 Nummern, über welche Spezialverzeichnis vorhanden.

Sozialdemokratie und Religion Eine Untersuchung der sozialdemokratischen Praxis und Theorie. Von Dr. Franz Meffert. gr. 8° (128) 50 Pf.

Die sozialdemokratische und christliche Sittenlehre (Arbeiterbibliothek Heft 16.) gr. 8° (68) 40 Pf.

---

Volkvereins-Verlag G. m. b. H., M. Gladbach

## Sozialpolitische und staatsbürgerliche Schriften aus

- Einführung in die Arbeiterinnenfrage** Von Frau Elisabeth Gnauck-Rühne. 4.—7. Tausend. gr. 8° (93) Kart. M 1.—  
Die „Nölnische Volkszeitung“ schreibt:  
„Ein Wort zur Arbeiterinnenfrage nimmt soeben seinen Weg in die Welt hinaus, ein ernstes, warmes, von sozialem Verständnis und caritativer Hingabe eingegebenes Wort. Gesehen von einer Frau, die mit Autorität in dieser Frage reden kann, nachdem sie selber ähnlich wie ehemals Pauli Mohre, längere Zeit die Stützen der Arbeit und der Not aufgesucht hat, selber in die Tiefen des sozialen und sittlichen Elends hinabgestiegen ist, um die vielen ihres Geschlechts, die unter hartem Druck seufzend und in leidlichem, geistigem, jechlichem Elend wie begraben sind, wieder emporzuziehen.“
- Die Frau im Handwerk** (Soziale Volksbibliothek Nr. 33.) 8° (16) 5 Bf.
- Gewerblicher Kinderschutz** Von Amalie Lauer. (Soziale Tagesfragen Heft 18.) gr. 8° (72) 80 Bf.
- Reichsversicherungsordnung mit Einführungsgezet** Wortlaut mit übersichtlicher Einführung und praktischem Sachregister H. 8° (500) geb. M 1.20
- Was bringt das neue Versicherungsgezet für Angestellte?** (Soziale Volksbibliothek Nr. 36.) 8° (8) 5 Bf.
- Soziale Unterrichtskurse** (Arbeiterbibliothek Heft 5) Fünfte Auflage. 8° (48) 15 Bf.
- Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter** (Arbeiterbibliothek Heft 7.) 16.—20. Tausend. 8° (56) 20 Bf.
- Invalidenversicherung und Wohlfahrtspflege** Alte und neue Ziele der Invalidenversicherung. (Soziale Tagesfragen Heft 19.) gr. 8° (60) 60 Bf.
- Skizze der Arbeiterfrage und der deutschen Arbeiter-sozialpolitik** Mit einer statistischen Übersicht der Hauptergebnisse der letzten Berufs- und Betriebszählung. Von Professor Dr. Franz Hise. Zweite Aufl. gr. 8° (56) 50 Bf.
- Grundriß der Wohnungsfrage und Wohnungspolitik** Von Dr. Eugen Jacger. 8° (156) geb. M 1.—
- Bildungsfragen für das weibliche Geschlecht** Von Elisabeth Stoffels. (Soziale Tagesfragen Heft 2.) gr. 8° (56) 60 Bf.
- Dienstbotenfrage und Dienstbotenvereine** Von Dr. Ang. Pieper. (Soziale Tagesfragen Heft 21.) gr. 8° (80) 60 Bf.

## dem Volksvereins-Verlag GmbH., M.Gladbach

---

**Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich**  
Leitfaden der Volkswirtschaftslehre und Bürgerkunde in sozial-  
geschichtlichem Aufbau für höhere Schulen, Kurse und zum  
Selbstunterricht. Von Frau Elisabeth Gnauck-Rühne. 9. bis  
14. stark vermehrte Auflage. gr. 8° (179) geb. M 1.20

Inhalt: Einleitung Die geschlossene Eigenwirtschaft. Die Stadtwirtschaft. Die Volkswirtschaft. Die Entstehung der sozialen Fragen. Arbeiterfrage und Sozialismus. Die Sozialreform. Selbsthilfe durch Organisation Die Agrarfrage. Mittelstandsfragen Die Frauenfrage. Die Versicherungsgesetzgebung. Die Wohlfahrtspflege Das Deutsche Reich. Tabelle zur deutschen Sozialgeschichte, Literatur und Register. (Der in die Darstellung eingegliederte rein bürgerkundliche Stoff ist zur gesonderten Behandlung leicht herauszuheben.)

„Soziale Praxis“, Berlin:

„Der vorliegende Leitfaden ist in erster Linie für soziale Frauenschulen oder die Oberklassen der höhern Mädchenbildungsanstalten gedacht, die nach den neuen Reformplänen entstehen werden. Natürlich ist er auch für auf gleicher Stufe stehende Bildungsanstalten für das männliche Geschlecht zu verwenden.“

**Die Entwicklung der Volkswirtschaft** (Arbeiterbibl. Heft 8.)  
21.—30. Tausend. 8° (64) 25 Pf.

**Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1909** Für den praktischen  
Gebrauch in Vereinen und Versammlungen erläutert von einem  
Reichstagsabgeordneten. kl. 8° (102) geb. 50 Pf.

**Grundfragen unserer Handelspolitik** 3.—6. Tauf. gr. 8° (152)  
geb. M 1.—

**Staatsbürger-Bibliothek:** Heft 2: Verfassung des Deutschen  
Reiches. 8° (60) 40 Pf. — Heft 12: Verfassung des König-  
reichs Preußen. 8° (72) 40 Pf. — Heft 19: Verfassung  
von Elsaß-Lothringen. 2. Aufl. 8° (62) 40 Pf. — Heft 20:  
Verfassung des Königreichs Bayern. 8° (60) 40 Pf.

**Staatsbürger-Vorträge:** Heft 1: Staats- und Parteiwesen.  
gr. 8° (146) 1911. M 1.—. Heft 2: Die deutsche Sozial-  
demokratie. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Aus  
Deutschlands Wirtschaftsentwicklung. gr. 8° (182) 1912. M 1.20

---

**Die Stellung der Frau im Menschheitsleben** Eine An-  
wendung katholischer Grundsätze auf die Frauenfrage. Von  
Professor Dr. Jos. Mansbach. (Apologetische Tagesfragen  
Heft 5.) Vierte bis siebte Auflage. gr. 8° (116) M 1.—

**Christliche und moderne Gedanken über den Frauen-  
beruf** Drei Aufsätze von Professor Dr. Jos. Mansbach.  
(Apolog. Tagesfragen Heft 6.) 4.—7. Aufl. gr. 8° (120) M 1.—

## Hauswirtschaftliche u. gemeinnützige Schriften aus

---

- Die Haushaltungsschule** Ein Lernbüchlein für die Schülerinnen der Haushaltungsschule. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). Vierte Auflage (71.—120. Tausend). Mit 51 Abbildungen. 8° (188) kart. 45 Pf., im Hundert 40 Pf., im halben Tausend 35 Pf.
- Begleiter zum häuslichen Glück** Praktischer Leitfaden des Haushaltungsunterrichts für Jungfrauen. Herausgegeben von einer Kommission des Verbandes Arbeiterwohl. Neue Ausgabe (271.—300. Taus.). Mit 35 Abbildungen. 8° (270) geb. 75 Pf.
- Das häusliche Glück** Ein Büchlein für Frauen und Mütter mit vollständigem Haushaltungsunterricht. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). 27. Aufl. Mit 63 Abbildungen. 8° (320) geb. 75 Pf.
- Die Erziehungskunst der Mutter** Ein Leitfaden der Erziehungslehre. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). Dritte, vermehrte Aufl. (21.—50. Tausend). 8° (136) geb. 75 Pf.
- Die Gesundheit** Ein Büchlein für Schule und Haus. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). Zweite Aufl. Mit 120 Abbildungen. 8° (173) geb. 75 Pf.
- Das Landleben** Ein Bauernbuch für Kurze und Haus. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). I. Teil: Feld und Vieh (11.—20. Tausend). 8° (282). II. Teil: Haus und Hof (11.—30. Taus.). 8° (282) geb. je 75 Pf.
- Bauernbriefe** Landwirt Vorwärts an seinen Sohn. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). 8° (128) geb. 75 Pf.
- Wandern, Spiel und Sport** Praktisches Handbuch für jedermann. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). Zweite Auflage (11.—50. Tausend). II. 8° (296). Mit 151 Abbildungen. Geb. 75 Pf.
- Handwerkerkompas** Lehr- und Leisebuch für Kurze und Haus. Herausgegeben vom Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohl). II. 8° (304) geb. 75 Pf.

## dem Volksvereins-Verlag GmbH., M.Glabbach

---

### **Chemiebuch für jedermann Die Chemie in Natur und Technik.**

Ein Lese- und Lernbuch für Schule und Haus. Von Dr. W. Dederichs. 8° (240) geb. 75 Pf.

Partiepreise für die 75-Pf.-Bändchen (auch für gemischten Bezug):

bei 20 Exemplaren 70 Pf., im Hundert 65 Pf., im halben Tausend 60 Pf.

---

**Kunst und Heim** Von Franz X. Jüffer. Eine Anleitung zur Pflege des Sinnes für bildende und angewandte Kunst und zur Ausstattung der Wohnung. Einbandzeichnung von Karl Köster. 8 Bilder nach Schongauer, Dürer, Kethel, Schwind, Richter, Fühlich, Thoma und M. Schiestl; 10 Entwürfe von M. Heidrich; 16 Zeichnungen vom Verfasser. kl. 8° (136) geb. 80 Pf.

**Gemeinnützige Volksbibliothek** In Heften von je 16 Seiten 8°, zum Teil mit vielen Illustrationen. Pro Stück 5 Pf.

Nr. 1: Aufgaben der Volksgesundheitspflege. Nr. 2: Hygiene der Arbeit. Nr. 3: Arbeiterkrankheiten. Nr. 4: Erster Unterricht in der Samariterhandfertigkeit. Nr. 5: Zweiter Unterricht in der Samariterhandfertigkeit. Nr. 6: Die Gesundheit der Schulkinder. Nr. 7: Kommunale Gesundheitspflege. Nr. 8: Ist die sittliche Gesundheit unseres Volkes bedroht? Nr. 9: Schule und Elternhaus. Nr. 10: Naturschutz und Heimatpflege. Nr. 11: Was haben unsere Kinder an der Fortbildungsschule. Nr. 12: Wie erziehen wir unsere Kinder zum lebendigen Christentum?

**Gesammelte Gemeinnützige Volksbibliothek I. Teil, 1. bis 10. Hest.** 8° (164) kart. 50 Pf.

**Pfennigblätter** Karton, zwei Seiten Druck (8°), mit Öse zum Aufhängen. Jedes Stück 1 Pf.

Nr. 4: Diät. Nr. 7: Gesunde Kleidung. Nr. 8: Heiratsgedanken Nr. 10: Kleinkinderwartung. Nr. 13: Noch ein Gläschen. Nr. 16: Quackalberei. Nr. 17: Reinlichkeit. Nr. 18: Schwindsucht. Nr. 19: Tierschutz. Nr. 20: Unglücksfälle. Nr. 21: Volkskrankheiten. Nr. 22: Wohnungspflege.

---

**Wie man eine Mädchenfortbildungsschule einrichtet**  
Vorschläge und Erfahrungen von Dr. C. Krudten. kl. 8° (-48) 50 Pf.

**Stoff und Methode der Lebenskunde für Schulentlassene,**  
entwickelt auf Grund meiner Erfahrungen in der Mädchenfortbildungsschule zu Hochneukirch. Von Dr. C. Krudten.  
Zweite Auflage. gr. 8° (132) Ab 1.—

## Zeitschriften aus dem Volksvereins-Verlag M. Gladbach

---

**Frauenwirtschaft** Zeitschrift für das hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauwirken. Neue Folge des Zentralblatts des Verbandes für hauswirtschaftliche Frauenbildung. Redigiert von Kreisfachschulinspektor Weber, Mergia a. S. 3. Jahrgang 1912/13. Monatlich ein Heft, mit April beginnend. Vierteljährl. 90 Pf.

**Soziale Kultur** Der Zeitschrift Arbeiterwohl und der Christlich-Sozialen Blätter neue Folge. 32. Jahrgang 1912. Redigiert von Volksvereinsdirektor Dr. W. Hohn, M. Gladbach, in Verbindung mit Professor Dr. Franz Hise, Münster i. W. Monatlich ein Heft von 64 bis 80 Seiten Verikon 8". Vierteljährlich .M 1.50.

Die „Soziale Kultur“ will den breiten Kreisen der Gebildeten und zur sozialen Arbeit Berufenen dienen: Gelehrten, Lehrern, Ärzten, Beamten, Juristen, Stadtverordneten, Bürgermeistern, Technikern, Kaufleuten, Fabrikanten, Beamten der Politikstelle und Berufsorganisationen gebildeten Frauen. Kurz alles, das sich rufen und helfen müssen, wenn von innen heraus unser Volk wirtschaftlich und ethisch gesund und gesund bleiben soll.

**Soziale Studentenblätter** Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit. Redigiert von Dr. Carl Sonnenschein. 4. Jahrgang 1912. Erscheinen achtmal jährlich. Preis beim Sekretariat (M. Gladbach, Kurze Straße 10) bestellt für Studierende und Handarbeitende .M 1.—, im Buchhandel .M 2.—, Teilnehmer (jährlich .M 3.—) erhalten die Blätter unentgeltlich.

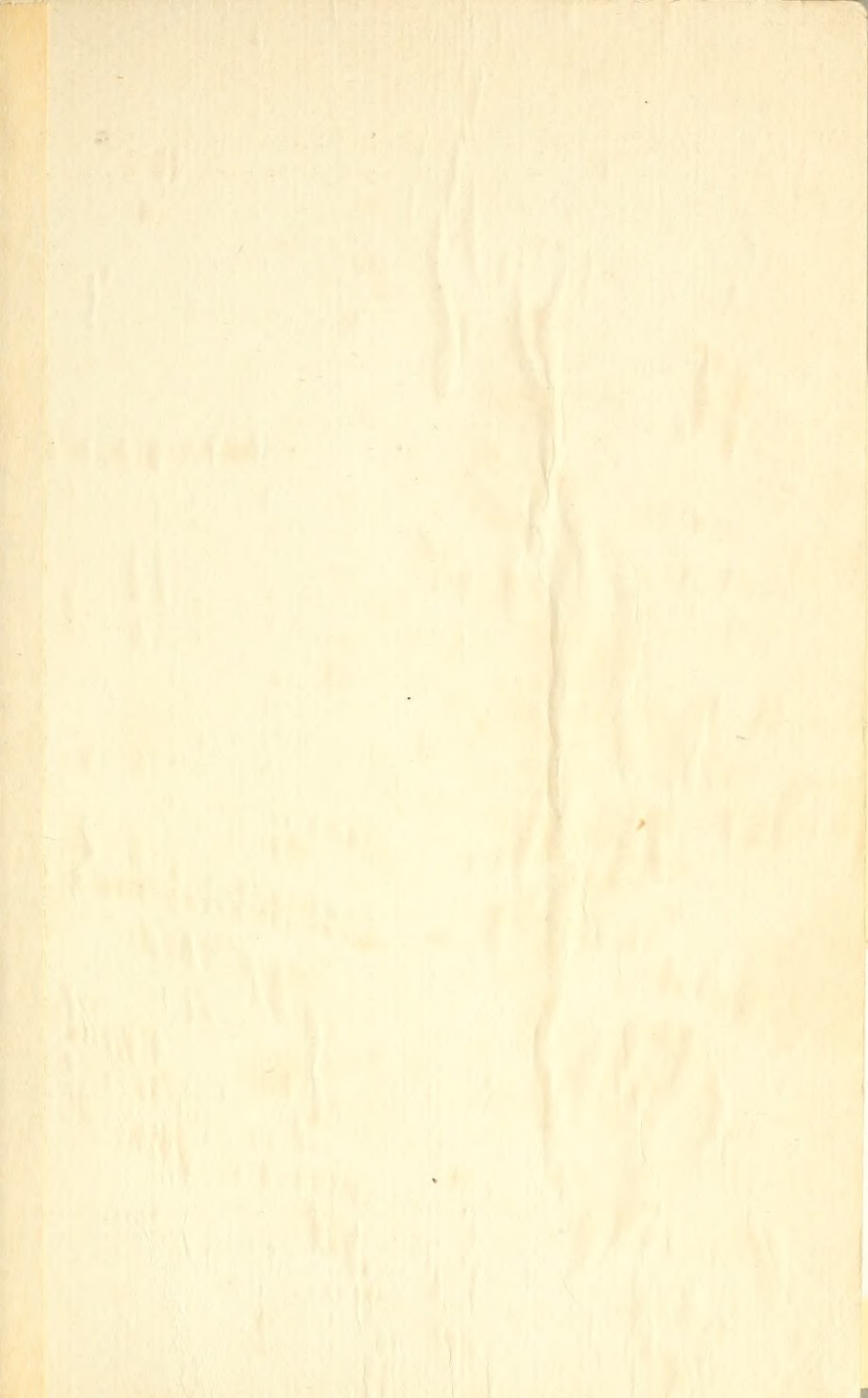
**Die Volksgenossen** Zeitschrift für Studenten und Arbeiter. Organ Heimatlischer Arbeiterkurse. Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, M. Gladbach. Erscheinen achtmal, in Herbst und Winter. Jedesmal 16 Seiten. 80 Pf.

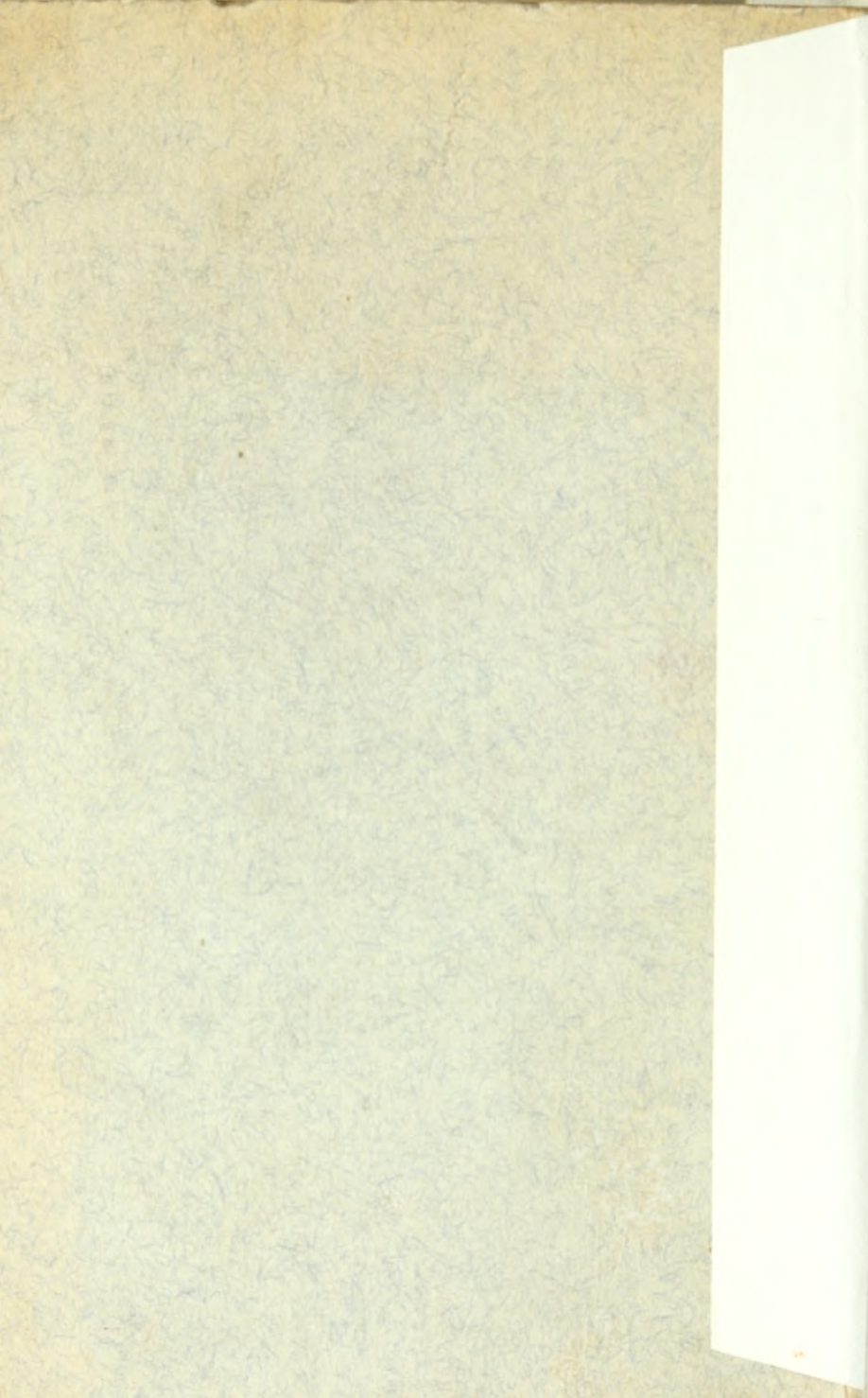
Die „Sozialen Studentenblätter“ benennen und werden fortfahren, Propaganda für unsere Arbeit unter der Jugend der gebildeten und besitzenden Schicht zu treiben. Den „Volksgenossen“ obliegt die gleiche Arbeit im breiten Volkstum. Damit in der Aufgabengruppe parallel zu den „Sozialen Studentenblättern“ anzusetzen. Dabei war dort junge Weltbühne gemacht, ihrer Pflichten zu gedenken, und ihnen erst in die Seele geredet, haben wir ihnen dort Mittel und Wege gemessen und sie methodisch unterrichtet, was sie den Weg zur neuen Welt finden sollten. So möchten wir hier unseren Freunden der handarbeitenden Klassen über unsere Arbeit und ihre Erfolge berichten.

---

**Probenummern stehen gratis zur Verfügung**







PLEASE DO NOT REMOVE  
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

---

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

---

HQ  
1623  
J6

Joos, Josef  
Die sozialdemokratische  
Frauenbewegung in Deutschla

